

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

3-2019

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe Mai-Juni 2019

Redaktionsnotiz.....	3
Gedanken zur Massenarbeit.....	4
<i>Gregor Lenßen: Massenarbeit kann jeder! Womit fange ich an?</i>	4
Den inneren Schweinehund überwinden!.....	4
<i>Fritz Dittmar: Ich muss Euch etwas berichten.....</i>	9
Ernst-Thälmann-Ehrung.....	12
<i>Kommunistische Organisation: Buchenwald, 14.4.2019, Rede an der Gedenkstätte der Ermordung Ernst Thälmanns.....</i>	12

Dokumentationen zum 1. Mai.....	17
<i>Kommunistische Partei Deutschlands</i> : Text des Flugblattes zum 1. Mai 2019 - Die EU ist das Problem, nicht die Lösung!.....	17
<i>Kommunistische Organisation</i> : Zeitung zum 1. Mai 2019.....	18
<i>Partei der Arbeit Österreichs</i> : Rede am 1. Mai 2019 in Wien.....	25
<i>Kommunistische Partei Venezuelas</i> : Erklärung zum 1. Mai 2019..	28
20. Jahrestag der Kriegen der NATO gegen Jugoslawien.....	30
<i>Brigitte Queck</i> : Gedenkrede anlässlich des 20. Jahrestages der NATO-Aggression gegen Jugoslawien.....	30
Ein bisher nicht in gedruckter Form veröffentlichtes Referat von Kurt Gossweiler.....	35
<i>Kurt Gossweiler</i> : Bemerkungen zum Anteil des Revisionismus an der Niederlage des Sozialismus in Europa.....	35
Zur Gründung der SED.....	56
<i>Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und der KPD</i> , 21./22.4.1946: Beschluß über die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.....	56
<i>Willi Opitz</i> : Brüder, in eins nun die Hände! - In Erinnerung an die Gründung der SED im April 1946.....	62
Unterstützungsunterschriften für die KPD.....	74
<i>Redaktion offen-siv</i> : An unsere Leserinnen und Leser in Thüringen.....	74
In eigener Sache.....	76
<i>Redaktion offen-siv</i> : Planung zweier Veröffentlichungsprojekte...	76

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www. offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49,
BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Aus Anlass des 70. Jahrestages der Gründung der DDR, dem Besten, was die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung bisher hervorgebracht hat, dokumentieren wir in diesem Heft den Beschluss über die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands aus dem Protokoll des Vereinigungsparteitages von SPD und KPD.

Ohne die Konstituierung der SED hätte es keine DDR gegeben. Um zu verdeutlichen, was die Existenz der DDR bedeutet hat und was wir mit ihr verloren haben, wollen wir hier aus Hermann Leihkaufs Arbeit „Fakten zu 40 Jahren DDR“, gedruckt in „Unter Feuer. Die Konterrevolution in der DDR“, erschienen bei uns, einen kurzen Auszug zitieren:

„1. Die Entstehung und das Wesen der DDR

Die DDR war vier Jahrzehnte - von 1949 bis 1989 - der staatliche Rahmen, in dem sich auf einem knappen Drittel des ehemals deutschen Territoriums das Leben von ca. 17 Mio. Einwohner, eines Viertels der Deutschen, antiimperialistisch, antifaschistisch und sozialistisch entwickelte.

Vor allem hat die DDR Millionen Menschen aus der Katastrophe von 1933 bis 1945 in ein neues, friedliches Leben geführt, und zwar in bewußter und radikaler Abrechnung mit der faschistischen und imperialistischen Vergangenheit Deutschlands. (...)

2. Die DDR, der erste und bisher einzige deutsche Friedensstaat

Die DDR hat in der gesamten Zeit ihres Bestehens wichtige Beiträge zum Frieden, zur Entspannung und zur Verständigung in Europa geleistet.

(...) Aus heutiger Sicht wird besonders deutlich, daß die Friedenspolitik der DDR, ja schon die bloße Existenz der DDR, sich als Garantie dafür erwies, daß die expansionistische, die Nachkriegsgrenzen in Frage stellende BRD - mit einer in den Traditionen der Naziwehrmacht aufgebauten und befangenen Bundeswehr – sich nicht offen zum Aggressionsstaat mauserte. 40 Jahre konnte sich die BRD an keinem Krieg beteiligen. (...)

3. Die Grundorientierung auf soziale Gerechtigkeit und soziale Gleichheit

Die antikapitalistische Umwälzung der Eigentumsverhältnisse ermöglichte eine Grundorientierung auf soziale Gerechtigkeit und soziale Gleichheit.

Die sozialen Veränderungen beschränkten sich nicht auf einen Austausch der Macht-eliten, sondern waren mit dem sozialen Aufstieg von Millionen Arbeitern, Angestellten und Bauern, einer tiefgreifenden sozialen Umschichtung zugunsten der bisher Unterprivilegierten verbunden.“

Zusätzlich zum Protokoll des Vereinigungsparteitages dokumentieren wir eine Arbeit von Willi Opitz „Brüder, in eins nun die Hände. In Erinnerung an die Gründung der SED im April 1946.“

Dies alles soll der Vorbereitung der Konferenz dienen, die die KPD zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR am 5. und 6. Oktober in Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, durchführen wird.

Des Weiteren beschäftigt uns der 1. Mai, dabei auch Venezuela, die Thälmann-Ehrung, die Friedensbewegung und der 20. Jahrestag des Jugoslawien-Krieges, und wir bringen einen bisher in gedruckter Form noch nicht veröffentlichten Vortrag von Kurt Gossweiler, gehalten im Jahr 2002 in Österreich.

Unsere Leserinnen und Leser in Thüringen bitten wir, der KPD ihre Unterstützungsunterschrift für die Landtagswahlen im Herbst des Jahrs zu geben. Näheres dazu im Heft.

Direkt vor dem Abschicken dieses Heftes in die Druckerei erreichte uns die Nachricht vom Tod des Genossen Alfred Fritz. Sein Tod ist ein großer Verlust für seine und unsere Partei, die KPD, und für die kommunistische Bewegung. Im nächsten Heft werden wir ausführlicher auf sein Leben und seine Bedeutung eingehen.

Redaktion offen-siv, Anna und Frank

Gedanken zur Massenarbeit

Gregor Lenßen: Massenarbeit kann jeder! Womit fange ich an?

Den inneren Schweinehund überwinden!

Unser Partei braucht Kontakt zur Arbeiterklasse, aber im Moment sieht es da für die Kommunisten in Deutschland ziemlich mau aus, auch für die KPD.

„Was kann man schon tun? Wir sind ja noch so wenige“, hört man auch bei uns häufig. Viele Arbeiter wissen gar nicht, dass es die KPD gibt oder denken, wir wären verboten.

Inspiration bei der KO

Seit einiger Zeit führt unsere Partei Gespräche mit der Kommunistischen Organisation, beim Fernstudium von KPD und offen-siv sind viele Genossinnen und Genossen der KO vertreten, in unserem Zentralkomitee sitzt ein ständiger Vertreter. Im „Leitantrag an die zweite Vollversammlung“ der KO finden wir sehr interessante Vorschläge „Zur Arbeit in den Massen – Thesen zum Kampf der Arbeiterklasse!“

Da wir das Rad als Kommunisten nicht immer wieder neu erfinden wollen, erlaube ich mir, meine Inspiration aus beiden Organisationen zu nehmen, aus unserer Partei und von der KO, um auf diese Weise dazu beizutragen, die Zusammenarbeit auch in die konkrete Tat umzusetzen.

Welche Vorschläge zur Massenarbeit finden wir also bei der KO? Gründung eines Stadtteilvereins? Puh, ich bin in meiner Stadt gerade leider der einzige Genosse und -zugegeben - auch ein wenig schüchtern im Umgang mit Fremden. Gründung eines Sportvereins? Oh je, das schaffe ich aber auch nicht. Arbeit im Betriebsrat? Mist, ich arbeite blöderweise in einer kleinen Klitsche und nicht bei einem Monopolisten. Gründung eines Nachbarschaftsvereins? Siehe oben.

Ich kapituliere, die Messlatte für die Massenarbeit ist mir dann doch zu hoch, das schaffe ich doch alles nicht. Halt! Nicht resignieren, mühsam ernährt sich das Eichhörnchen und es geht auch ein paar Nummern kleiner.

Babyschritte

Ich hoffe, ihr seid noch da, denn jetzt erzählte ich euch, wie jeder von euch ohne Scham fremde Menschen zum Thema „KPD“ auf der Straße ansprechen kann und dabei auch positive Reaktionen bekommen wird. „Wie bitte?“, werdet ihr vielleicht fragen. Ich bin doch kein Zeuge Jehovas, der das Anquatschen von völlig Fremden quasi mit der Muttermilch aufgesaugt hat!

Nun folgt mein Erlebnisbericht von der ersten Tuchföhlung mit den „fremden Massen“. Am 06.04.2019 sind wir zu dritt aus Hessen und NRW, zwei Genossen und eine Genossin, nach Thüringen gereist, um in Gotha bei der Sammlung von Unterschriften mit zu helfen. Die benötigen wir, damit unsere Partei in Thüringen zur

¹ <https://kommunistische.org/wp-content/uploads/2019/04/KO-Leitantrag-2.-Vollversammlung.pdf>

Landtagswahl im Oktober überhaupt antreten darf. In dieser ehrwürdigen Stadt, in der die damals noch revolutionäre deutsche Sozialdemokratie sich formierte, stellten wir unseren KPD Pavillon auf, direkt vor der evangelischen Kirche. Der Ironie des Schicksals durchaus bewusst (Mit der Parole „Schwerter zu Pflugscharen“ rief die evangelische Kirche zur Entwaffnung des Sozialismus auf... Schweinepriester...), begannen wir unser Werk und stellten schnell fest, dass Marx lesen und mit Genossen diskutieren ein wenig anders abläuft als die KPD hier in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Unbeholfen standen wir da, in unserem Pavillon und warteten, bis endlich jemand zu uns kommen würde, um zu unterschreiben. Zwei Mal kamen freundliche Bekannte der Genossen Vorort und gaben bereitwillig ihre Unterschrift. Doch dann kam erstmal Leerlauf. Die mit ihren Einkäufen beschäftigten Menschen ignorierten uns höflich, da half auch Blickkontakt nicht. Schüchtern und leicht verschämt versuchten wir es versteckt im Pavillon mit einem „Möchten Sie an unseren Stand kommen?“ Aber die Antworten waren niederschmetternd. Eine Genossin hatte trotz eigener Schüchternheit mehr Mut als ihre männlichen Pendants und entfernte sich vom schützenden Pavillon und begab sich wenige Meter entfernt - bewaffnet mit Klemmbrett, Unterschriftenformular und Kugelschreiber - auf die Einkaufsstraße. Zurückhaltend aber direkt fragte sie die Passanten: „Wollen Sie für uns unterschreiben?“ Der Erfolg stellte sich nicht ein. Wieder eine Niederlage.

Herbert, ein Genosse mit viel Lebenserfahrung und wunderbares Schlitzohr, hatte hingegen weniger Scham als wir alle, genau genommen gar keine! Ohne zu zögern ging er auf die Passanten los mit seinem Klemmbrett und fragte: „Entschuldigung, darf ich Sie kurz stören?“ In schätzungsweise 7 von 10 Fällen wird die Anfrage verneint oder quitiert mit einem „Kommunisten hatten wir lange genug“ oder ähnlichen blöden Sprüchen. Verdammte Antikommunistische Hirnwäsche, da kann man doch nichts tun. Ja von wegen, Herbert machte einfach weiter. Die 3 von 10, die nicht direkt weiterlaufen, lassen sich mit den richtigen Argumenten durchaus überzeugen. Das persönliche Gespräch wirkt hier wahre Wunder, denn nur so kann man überhaupt auf Fragen der Massen eingehen. Neben den blöden antikommunistischen Sprüchen kommen dann immer wieder auch Fragen wie „Wo seid ihr Kommunisten denn?“

Herbert erwies sich hier als gutmütiger Lehrer. Mit motivierenden Sprüchen wie „Jungs, nu traut euch doch mal“ und „Komm, den jungen Mann da sprichst du jetzt an.“ oder „Hol dir deine nächste Abfuhr ab“, weckte er unseren Ehrgeiz, der dann irgendwann doch die Schüchternheit verdrängte. Langsam brach das Eis und es stellten sich auch mehr und mehr Erfolgserlebnisse ein. Wir taten es Herbert gleich und gingen auf die Menschen zu mit dem gleichen Sprüchlein wie er

„Entschuldigung, darf ich Sie kurz stören“, Abfahren quittierten wir mit einem freundlichen Lächeln „Trotzdem einen schönen Tag noch“. Verblüfft waren wir, als trotz des Gespensts des Antikommunismus junge Menschen bereitwillig für uns unterschrieben. Auch die schüchternsten wurden mutiger und taten es Herbert gleich. Ein gerade Volljähriger kam neugierig zum Stand und fragte uns, wie wir zu Artikel 13 stehen (Gemeint ist die Urheberrechtsreform der EU, mit denen die Betreiber von Internetplattformen wie Youtube und Facebook gezwungen werden sollen sogenannte Uploadfilter zu etablieren, die Urheberrechtsverletzungen automatisiert unterbinden. Dies würde zu einer Vorabzensur führen, da ein solcher Filter überhaupt nicht unterscheiden kann, ob beispielsweise Bildmaterial als völlig ordnungsgemäßes Zitat benutzt wird). Eine interessante Frage, die in unserer Agitation für gewöhnlich nicht vorkommt. Aber argumentativ kein Problem für uns: Wir betreiben doch selbst einen Youtube Kanal, der durch solche Beschränkungen Probleme bekäme. „Ihr habt einen Youtube-Kanal. Cool, wo finde ich den?“, ergab sich dann vom einen das andere. Kurz das Smartphone gezückt, den Kanal gezeigt und einen unserer Filme empfohlen und die Unterschrift bekamen wir sowieso. Aber solche Gespräche gibt es nur auf der Straße, nicht im Netz!

Interessant waren auch die Diskussionen. Was tut man beispielsweise, wenn ein Interessent uns in vielem zustimmt, aber sich vor der sogenannten „Islamisierung“ fürchtet und hier lieber auf die AfD vertraut. Auch hier müssen wir uns nicht verstecken: Geduldig erklären wir, dass Migration nicht zum Spaß erfolgt, sondern ihre Ursachen in den imperialistischen Kriegen haben. Wir fahren fort, dass wir im Juni des vergangenen Jahres in Ramstein als KPD gegen die Präsenz der US Basen auf deutschem Boden demonstriert haben, von denen die Drohnenkriegsführung gesteuert wird und fügen hinzu, dass wir dort interessanterweise keine AfDler gesehen haben. Ein Argument, das ihn durchaus zum nachdenken anregt.

Als der Tag vorübergegangen ist, sind wir richtig stolz auf unsere mühsam erkämpften Unterschriften und besonders, dass wir alle unsere anfänglichen Hemmungen und Zurückhaltung überwunden haben. Herberts Zielvorgabe („Wenn wir gut sind, schaffen wir an einem Tag so und so viele..“) haben wir locker überschritten. Mit den Menschen zu sprechen ist uns routiniert in Fleisch und Blut übergegangen und auch gepfefferte Absagen wie „Ich wähle schon AfD!“ berührten uns wenig.

Man muss sich bewusst sein, dass die meisten arbeitenden Menschen es gewohnt sind, von diesem System kleingehalten zu werden und eben nicht zu selbstbewussten Menschen herausgebildet werden, d. h. sie haben mehr Angst vor uns, als selbst der schüchternste von uns vor ihnen haben könnte. Wer als Kommunist aber mutig auf die Menschen zugeht, der wird mit ein wenig Geduld viele positive Rückmeldungen

sammeln und das ist natürlich kein Wunder, trotz aller antikommunistischen Propaganda und Versuche uns entweder zu Monstern oder unsichtbar zu machen, ist der Wunsch in den Massen, mit dem Kapitalismus Schluss zu machen, immer da.

Wie also anfangen?

Die Unterschriftensammelaktion für die Wahlen zu nutzen um mit den Massen in Kontakt zu kommen, ist sicherlich ein guter Vorwand, aber natürlich kein dauerhaft nutzbarer. Darüber hinaus sind bürgerliche Wahlen für uns Kommunisten sowieso nur Mittel zum Zweck, um das Parlament als Tribüne zu benutzen. Zu Beginn des Textes habe ich bewusst die zunächst unmachbar klingenden Ansätze zur Massenarbeit zitiert. Aber die Genossen der KO haben auch Konzepte, um klein zu beginnen. Sie tragen die auf der KO-Homepage veröffentlichten Statements in die Massen und fragen direkt auf der Straße, wie diese angenommen werden. Von den Ergebnissen der Auswertungen wird die Zentrale unterrichtet. Davon können wir uns auch inspirieren lassen, denn dafür braucht es nicht viel. Einen schicken KPD-Pavillon und eine Tisch trägt man natürlich nicht in der Hosentasche mit sich herum. Rucksack, Klemmbrett, Flyer, Papiere, Kugelschreiber und gutes Wetter genügen aber schon. Selbst ein einzelner Genosse kann so wirken, mindestens zwei wären aber besser, um sich am Ende für die Arbeit mit einem Bier oder Eis zu belohnen.

Kleidung, die uns als Kommunisten identifiziert, nicht zu übertrieben, ich empfehle eine Kappe mit rotem Stern, wäre auch nicht verkehrt. An belebten Orten kann man auch ohne eine anstehende Wahl Umfragen für die KPD machen, ähnlich dem Beispiel der KO. Meine Idee um erstmal überhaupt einen Gesprächsvorwand zu haben, wäre eine „Anonyme Umfrage im Auftrag der Kommunistischen Partei Deutschlands“. Dies wäre ein Fragebogen, den Interessierte auf dem Klemmbrett schnell ausgefüllt haben. Folgende Fragen kamen mir dazu in den Sinn, die beantwortet werden durch die Ankreuzoptionen : Nein, Eher nein, Eher Ja, Ja (es hat seinen Grund, dass ich bewusst ein „weiß ich nicht“ o.Ä. weglasse).

- Ist die Arbeitszeit zu lange?
- Haben Sie den Eindruck, am Arbeitsplatz entscheiden zu dürfen?
- Reicht der Lohn in der Regel bis zum Ende Monats aus?
- Sind sie mit Ihrem Arbeitsplatz insgesamt zufrieden?
- Ist Ihre die Miete im Verhältnis zum Einkommen zu hoch?
- Sind die Tarife der Deutschen Bahn zu hoch?
- Sind die Preise für kulturelle Angebote zu hoch? (Kino, Schwimmbäder, Sportvereine etc.)
- Ist die Höhe des Mindestlohns ausreichend?
- Ist Bildung in diesem Land für jeden zugänglich?
- Ist die Verteilung des Reichtums in diesem Land gerecht?

- Soll die Bundeswehr die Auslandseinsätze beenden?
- Soll die NATO die Einkreisung Russlands beenden?
- Soll Deutschland in der NATO bleiben?
- Sollen die 23 Militärbasen der USA aus Deutschland abgezogen werden?
- Alter, Geschlecht, Beruf [Arbeiter, Angestellter, Beamter, Selbstständiger, Freiberufler, Soldat, Azubi, Schüler, Rentner] Berufsbezeichnung

Dies ist natürlich nur ein grober Entwurf. Es können auch spezielle Fragebögen erarbeitet werden, z. B. speziell für Schüler oder Studenten oder ganz eigene für spezielle lokale Themen. Ziel ist es natürlich dadurch ein Gespräch ins Laufen zu bekommen und danach einen Flyer zu überreichen mit Kontaktdaten.

So eine Arbeit kann nach kurzer Überwindung der Scheu (siehe mein Bericht) jeder leisten, es hebt auch die Moral, wenn man es schafft sich hier selbst zu übertreffen und erstmal Kontakt zu finden. Wir bilden auf diese Weise unsere eigenen Fähigkeit heraus. Schön wäre es natürlich, wenn die erfahreneren Genossen den jüngeren Hilfe leisten. Denkbar wäre beispielsweise auch, dass sich zwei Einzelkämpfer Genossen in einer Stadt in der Mitte treffen. Das Nichtvorhandensein des Pavillons macht es ein wenig einfacher, da man niemanden um Genehmigung bitten muss für einen Stand. Menschen ansprechen ist selbst in Deutschland noch nicht verboten (machen Studenten ja auch). Sollte dennoch das Ordnungsamt oder sonst ein Offizieller dazwischenfunken, ist es ratsam einfach freundlich drauf hinzuweisen, dass man ja nicht wusste, dass es jemanden stört. Danach ohne Geschrei einen neuen Platz suchen.

Zu guter Letzt sei noch drauf hingewiesen, dass unser junger Artikel 13 Interessent aus Gotha ca. eine Stunde später nochmal zu unserem Stand kam und sich erkundigte, wie man der Partei beitreten könnte. Natürlich hat man solche schönen Erfolgserlebnisse nicht immer, dennoch zeigt sich, wie wichtig unsere Präsenz ist.

Fritz Dittmar: Ich muss Euch etwas berichten

Hallo, liebe Genossinnen, ich muss euch etwas berichten: Am letzten Freitag (Anfang April) war ich bei „Friday for future“. Dort habe ich den hier unten stehenden Text an die älteren Kids und begleitende Erwachsene verteilt. Die hundert Blätter waren nach 10 Minuten weg. Einige fingen sofort an zu lesen und viele zeigten mir einen nach oben gerichteten Daumen (besser als ein Mittelfinger!). Ich denke, wir sollten diese Bewegung aktiv unterstützen.

Rote Grüße, Fritz

Flugblatt:

„Wenn eine Lösung im System unmöglich zu finden ist, sollten wir das System ändern“ Greta Thunberg (16 Jahre)

Gegen den Satz bring mal etwas vor!

Als alter Mann möchte ich Euch herzlich zu „Friday for future!“ gratulieren. Ihr tut genau das Richtige, und ich hätte mir als früherer Lehrer gewünscht, meine Schüler hätten so etwas gemacht. Haltet das durch, werdet noch mehr und lasst Euch nicht einreden, es hätte doch keinen Zweck.

a) Warum ist das so, dass die Politiker nicht die Interessen ihrer Wähler durchsetzen, sondern die Profite der Reichen? In der Schule habt ihr gelernt, was angeblich Demokratie heißt: Man wählt Politiker, die versprechen, die Politik so zu machen, wie ihre Wähler es wollen, und dann dafür gewählt werden. Funktioniert das so? Ein Beispiel von vielen: In Baden-Württemberg regiert ein grüner Ministerpräsident, Kretschmer. Sein Wahlsieg folgte aus dem Widerstand der Wähler gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21“. Was tut er als Präsident? Er baut den Bahnhof! Das liegt daran, dass in diesem System Leute die Macht haben, die die falschen Interessen haben. Das sind nicht die Politiker, sondern die Reichen und Superreichen. Ihre Interessen sind einfach zu beschreiben: Profit, Profit und noch mehr Profit. Alles andere tritt dahinter zurück, auch die Zukunft des Planeten.

b) Das ist nicht das Interesse der riesigen Mehrheit der Menschen. Sie wollen nicht, dass die Welt in die Katastrophe läuft. Sie wollen es nicht, aber sie haben nicht die Macht, das durchzusetzen. Dass das Wahlrecht nicht reicht, zeigt das Beispiel „Stuttgart 21“. Also müssen sie die Macht selbst ergreifen. Das nennt man „Revolution“. Was kann es demokratischeres geben, als dass die riesige Mehrheit den wenigen Superreichen die Macht aus den Händen nimmt?

c) Mit der Macht in ihren Händen könnte sehr vieles sofort getan werden: Die Verbrennung von Braunkohle könnte sofort gestoppt werden, die Stromtrassen von den Windparks nach Süden könnten in kurzer Zeit fertig sein, und die Energieversorgung nachhaltig werden, der künstliche Verschleiß von technischen Geräten könnte beendet werden. Künstlicher Verschleiß ist eine Perversion des menschlichen Denkens. Kluge Menschen arbeiten daran, dass Geräte kurz nach der Garantiefrist kaputt gehen. So werden Geräte produziert, die zehnmal produziert werden, zehnmal Ressourcen verbrauchen und zehnmal mehr Arbeitskraft verbrauchen als ein Gerät ohne diesen künstlichen Defekt. Wenn es nicht mehr um den Profit geht, hätte niemand mehr Interesse daran, dass die Geräte früher kaputt gehen als nötig.

d) Also: power to the people! Revolution? Revolution!!

e) Kann man nicht auch einen dauerhaften Kompromiss mit den Reichen und Mächtigen schließen? Das ist nicht möglich: Für die Profitrate gibt es keine Obergrenze, und wer die höchste Profitrate erreicht, gewinnt gegen die schwächeren Kapitale. So lange es Kapital gibt, bleibt das das Ziel. Und diesem Ziel steht jede Rücksichtnahme auf die Menschen und auf die Natur als Hindernis im Wege.

f) Warum werden die Politiker zu Handlangern für die Reichen? Ich habe so viele Politiker kennengelernt, die als junge Leute ehrlichen Herzens Politik für Frieden, Umwelt und sozialen Fortschritt machen wollten. Und wenn ich sie heute sehe, muss ich sagen, das System hat sie verschlungen und als Karrieristen wieder ausgespuckt. Wenn sie schon nichts für die Welt erreichen konnten, dann wenigstens für sich und ihren Verein. Man merkt als Politiker von „fortschrittlichen“ Parteien rasch, dass man „Kompromisse“ schließen muss, wenn man „Einfluss“ behalten oder sogar mitregieren will. So orientiert man sich dann am „Machbaren“, und das heißt, unter Berücksichtigung der Kapitalinteressen. Dann gibt man früher oder später seine ursprünglichen Ziele auf. Dann muss man den Wählern „erklären“, dass man für die gute Sache auch seine Ziele aufgeben muss. Dabei bleibt dann zum Schluss nur das Wohlergehen von einem selbst und dem seines Vereins.

g) Darf man denn die Macht ergreifen, ohne gewählt zu sein? Darum braucht man sich keine Sorgen zu machen. Eine Revolution wird überhaupt erst möglich wenn es zu einer revolutionären Krise der ganzen Gesellschaft kommt. Das bedeutet, dass die Reichen und ihre Politiker dann nicht mehr so herrschen können wie bisher, und die Unteren nicht mehr so leben wollen wie bisher. Wenn das geschieht, brauchen die Unteren keine Aufforderung der Oberen mehr, bis zum nächsten Wahltermin zu warten.

h) Warum ist das alles bisher nicht schon so geschehen? Wir waren schon dichter dran als heute: Wir hatten schon unsere Staaten, 1871 in Paris für zwei Monate, 1917 in Russland für 71 Jahre, 1949 in China und in der DDR, 1959 in Cuba bis heute, 1975 in Vietnam. Alle diese Revolutionen waren gewaltige Schritte vorwärts. Aber das wissen auch die Kapitalisten in den alten Ländern, und sie begegnen den sozialistischen Ländern immer mit Hass und Vernichtungswillen. Das zwingt dann leider die Revolutionäre zu Maßnahmen, die ihren eigentlichen Zielen widersprechen: So sagte der Chef der Russen 12 Jahre nach der Revolution: „Entweder holen wir den Rückstand von 50 Jahren gegenüber dem Westen in zehn Jahren auf, oder wir werden zermalmt.“ 12 Jahre später kam der Angriff durch Hitlerdeutschland, und sie haben es unter furchtbaren Opfern besiegt. Auf nachhaltige Produktion und vieles andere konnten sie in dieser Situation keine Rücksicht nehmen, wenn sie überleben wollten.

i) Und wo bleibt dabei die Freiheit der Reichen und der Andersdenkenden? So lange das Kapital herrscht, geht Profit immer vor Nachhaltigkeit. Wer Nachhaltigkeit will,

muss die Herrschaft des Kapitals brechen, und das ist eben der Inhalt der Revolution. Die Freiheit, die Welt für ihren Profit zu ruinieren, muss man den Reichen nehmen. Und die Andersdenkenden werden sich überzeugen lassen, wenn sie erleben, dass sie in einer Welt ohne Kriege, Profit und Umweltzerstörung glücklicher leben.

Ernst-Thälmann-Ehrung

Kommunistische Organisation: Buchenwald, 14.4.2019, **Rede an der Gedenkstätte der Ermordung Ernst Thälmanns**

Liebe Freunde, Genossinnen und Genossen,

wir versammeln uns hier unweit der Stelle, an der Ernst Thälmann, Vorsitzender der KPD, in der Nacht vom 17. zum 18. August 1944 ermordet und wo sein Leichnam verbrannt wurde.

Wir, die Kommunistische Organisation, sind heute hier gemeinsam mit der Kommunistischen Partei Deutschlands, der KPD, in Buchenwald, um gemeinsam Ernst Thälmann und die antifaschistischen Widerstandskämpfer zu ehren.

In den vergangenen Jahren hat an dieser Stelle die KPD eine Rede gehalten und sie organisiert zusätzlich ein Gedenken für Ernst Thälmann in Weimar am dortigen Denkmal. Wir bedanken uns sehr herzlich bei den Genossen von der KPD, dass wir dieses Jahr einen Redebeitrag halten können und gemeinsam Ernst Thälmann ehren. Unser Ziel ist, in den nächsten Jahren die gemeinsame Ehrung und das gemeinsame Gedenken fortzusetzen.

Seit der Novemberrevolution und über die Zeit der Weimarer Republik wuchs Thälmann in die Aufgabe hinein, die die Geschichte ihm gestellt hatte: Sprecher und Vorkämpfer der Arbeiterklasse Deutschlands und darüber hinaus ein weltweit geachteter und bekannter kommunistischer Revolutionär zu werden. Geboren 1886 in Hamburg als Kind einer Familie, die von einem kleinen Geschäft in Hamburg lebte, kam er früh mit der Arbeiterbewegung in Kontakt, war seit 1903 Mitglied der SPD und des Transportarbeiterverbands. Er war Seemann, Hafendarbeiter, Fuhrmann, politisch aktiv und kritisierte spätestens ab 1913 die revisionistische Rechtsabweichung in der SPD. Im Januar 1913 heiratet er Rosa Koch – kurz danach wird er in den imperialistischen Weltkrieg einberufen und muß drei Jahre lang an der

Westfront Militärdienst leisten. Im Oktober 1918 zieht er seine persönliche und politische Konsequenz daraus und desertiert bei einem Heimaturlaub. Kurz darauf verlässt er die SPD und tritt der USPD bei.

In den Kämpfen der Novemberrevolution und der auf sie folgenden revolutionären Nachkriegskrise steht er früh der KPD nah und unterstützt sowohl die Genossen der Bremer Räterepublik bei der Beschaffung von Waffen als auch den Beitritt der USPD zur neu gegründeten Kommunistischen Internationale. Seit 1919 ist er Hamburger Bürgerschaftsabgeordneter - bis zum Machtantritt der Faschisten.

1920 tritt er, gemeinsam mit einer großen Zahl von Mitgliedern der USPD der KPD bei, deren Hamburger Vorsitzender er ab 1921 ist. Thälmann kämpft in der KPD gegen den Kapp-Putsch, gegen das Abwürgen der Novemberrevolution, gegen den Opportunismus des rechten Flügels der KPD. Er ist der populäre Anführer des Hamburger Aufstands im Oktober 1923. Schon im Jahr darauf, 1924, ist er stellvertretender Parteivorsitzender, bereits vorher wird er zum Mitglied des Exekutivkomitees der Komintern gewählt. Er vertritt die KPD seit 1924 auch im Reichstag.

Ernst Thälmann erkannte früh die Gefahr seitens des aufsteigenden Faschismus. Der Rote Frontkämpferbund (RFB), gegründet im Juli 1924, wurde unter seiner Führung innerhalb von drei Jahren zur entscheidenden antifaschistischen Kraft in Deutschland, die bereits 1927 110.000 straff organisierte Mitglieder mobilisieren konnte, die nicht nur technisch und militärisch trainiert, sondern auch marxistisch-leninistisch geschult waren.

Mit dem Ende der revolutionären Nachkriegskrise 1923 kommt es auch in Deutschland in den folgenden fünf Jahren zu einer Phase der relativen Stabilisierung des Kapitalismus. Thälmanns weit über seine Zeit hinausreichende Bedeutung besteht unter anderem darin, daß er erkannte: die Zeit des abflauenden revolutionären Sturms gehört der Konsolidierung, der politisch-inhaltlichen Klärung, dem Aufbau einer konsequent demokratisch-zentralistisch organisierten Partei – sie gehört der Bolschewisierung der KPD. Thälmann war ihre zentrale Persönlichkeit.

Um ihn herum entstand, wuchs und erstarkte das bis heute so genannte „Thälmann’sche ZK“, die kollektive Führung der stärksten, klarsten und am tiefsten in den Massen verankerten Kommunistischen Partei außerhalb der Sowjetunion mit – Ende 1932 – 320.000 Mitgliedern. Es ist nicht zuletzt Thälmanns persönliches politisches Verdienst, daß die KPD beim Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Spätherbst 1929 in vielen Regionen Deutschlands die einflußreichste Partei der Arbeiterklasse ist, hohen Einfluss in einer Vielzahl von Massenorganisation hat, daß ihr politischer Einfluss bei Teilen der Intelligenz, der Kunst und Literatur immer

stärker wird. Auch auf der Ebene der internationalen kommunistischen Bewegung weiß man das: Thälmann steigt ins Präsidium de EKKI auf.

Das ist auch die Folge der Tatsache, daß die proletarisch-internationalistische Haltung Thälmanns weithin bekannt war – so sorgte er persönlich durch sein Eingreifen vor Ort 1926 für einen Hamburger Hafendarbeiterstreik, um britischen Hafendarbeitern, die seit Monaten im Ausstand waren, solidarisch zu Hilfe zukommen zu lassen und nicht zuzulassen, daß der Hamburger Hafen aus dem Streik der Kollegen in England Extraprofite ziehen konnte.

Mit der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise von 1929 verschärft sich erneut der Kampf auch in Deutschland. Einerseits vertritt Thälmann entschlossen die Linie des Programms der KI von 1928: als anzusteuernendes nächstes Ziel steht der Kampf um die Macht, um die revolutionäre Diktatur des Proletariats, um die sozialistische Revolution. Zum andern steht dieser Kampf zwei feindlichen Kräften gegenüber: der NSDAP als Bürgerkriegstruppe des Monopolkapitals und der SPD als seine Hauptstütze gegen die Revolution.

Ereignisse wie der 1. Mai 1929 in Berlin, als auf Befehl eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Maidemonstranten und Antifaschisten in großer Zahl auf offener Straße erschossen wurden, machten deutlich, daß diese beiden Feinde nicht einfach unverbunden nebeneinander standen – es einte sie bei aller Unterschiedlichkeit das konterrevolutionäre Ziel der Erhaltung des Kapitalismus, die Verteidigung der Interessen des deutschen Imperialismus.

Thälmann wies darauf energisch hin und rief zum Kampf in Gewerkschaften, Massenorganisationen und der politischen Öffentlichkeit auf, um das Treiben der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer so bald wie möglich zu beenden. Andererseits gehörte er aber auch zu den zentralen Personen der Einheitsfrontpolitik, die seit Beginn der 1930er Jahre darum bemüht waren, zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten eine Einheitsfront von unten gegen den aufkommenden Nazifaschismus aufzubauen. Der Aufbau der Antifaschistischen Aktion seit dem Juli 1932 war kein Organisationsbündnis „von oben“. *"Die Antifaschistische Aktion muss durch den organisierten roten Massenselbstschutz in breitester Einheitsfront den Mordterror des Hitlerfaschismus brechen"* hieß es im Gründungsaufruf. Diese Politik des Antifaschismus als organisierter roter, d.h. revolutionärer Massenselbstschutz hat Thälmann konsequent weiterverfolgt. Daß sie trotz ihrer großen Popularität die Übergabe der politischen Macht an die NSDAP nicht mehr verhindern konnte, lag nicht in erster Linie an der KPD und ihrem Vorsitzenden: es waren die sozialdemokratischen Führer die auch nach dem Januar 1933 alle Vorschläge zur gemeinsamen Aktion bis hin zum Generalstreik gegen Hitler ablehnten.

In einer Selbstkritik der KPD auf der Brüsseler Konferenz von 1935 sagte Wilhelm Pieck dazu: zwar sei es richtig gewesen, ab 1929 den Hauptstoß gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit und der Verteidigung des Kapitalismus durch die Sozialdemokraten zu richten, doch sei es erst zu spät gelungen, diese Kampf und den Kampf um die Einheitsfront gegen den Faschismus in das richtige Verhältnis zueinander zu bringen. Bei seiner letzten parteiöffentlichen Rede, dem Auftritt im Sporthaus Ziegenhals am 7. Februar 1933 bei Berlin, machte Thälmann einerseits deutlich, daß nur eine breiteste gemeinsam Front gegen den Faschismus eine drohende Terrorherrschaft in letzter Stunde abwenden könne. Aber gleichzeitig verdeutlichte er auch, daß damit zu keiner Sekunde das revolutionäre Ziel der KPD in den Hintergrund gerückt werde.

Einen Antifaschismus, der sich programmatisch zur Verteidigung der bürgerlichen Republik hergibt, lehnte er auch in dieser Lage ab: *„Schon die ersten Tage der Hitlerregierung beweisen den ganzen tiefen Ernst der Situation. Es wäre ein Verbrechen, irgendwelche legalistischen Illusionen in unseren Reihen zu dulden. Wir müssen in der ganzen Arbeiterklasse darüber Klarheit schaffen, daß es wahrscheinlich keine andere Art der Ablösung dieser Regierung geben kann als ihren revolutionären Sturz. Das bedeutet nicht, daß der Sturz der Hitlerregierung und der Sieg der proletarischen Revolution unbedingt ein und dasselbe sein muß. Wir stellen die Frage des Kampfes für den Sturz der Hitlerregierung, die Frage der Beseitigung der Hitler-Hugenberg-Regierung als unmittelbare Aufgabe. Wir stellen sie in jeder Stunde, wir stellen sie heute, wir stellen sie morgen, übermorgen, wir stellen sie in den nächsten Wochen und Monaten, ohne daß wir unter allen Umständen die 100 Prozent sagen können, daß, wenn uns der Sturz der faschistischen Diktatur gelingt, dies schon mit dem Sieg der proletarischen Revolution direkt verbunden ist. Das müssen wir so scharf sagen, weil wir den heftigsten Feldzug ideologischer Art in den Massen gegen jede Theorie des „Abwirtschaftenlassens“ der Hitlerregierung führen müssen. Diese Feststellungen schließen jedoch – ich betone das noch einmal – keineswegs aus, daß der Kampf zum Sturz der Hitlerregierung gleichzeitig in den Kampf um die volle Macht des Proletariats umschlagen kann. Hier darf es kein Schema geben, sondern nur eine dialektische Betrachtung.“*

Wenige Tage später wurde Ernst Thälmann verhaftet. Bei den darauffolgenden Vernehmungen wurde er schwer mißhandelt. Aber die Anklageschrift wegen Hochverrats gegen ihn wurde – nicht zuletzt nach den schweren Niederlagen der Nazijustiz im Reichstagsbrandprozeß sowie im Bülowplatz-Prozeß gegen den späteren Buchenwaldhäftling Albert Kuntz - nie zur Verhandlung gebracht.

Thälmann blieb als sogenannter Schutzhäftling ohne Urteil eingekerkert. 1936, zu seinem 50. Geburtstag, gab es eine weltweite Solidaritätsaktion mit der Forderung

nach seiner Freilassung, der sich unter anderem Heinrich Mann, Maxim Gorki, Andersen Nexö und Romain Rolland anschlossen. Wenige Monate später wurde die gerade frisch aufgestellte XI. Interbrigade der Spanischen Republik und eines ihrer Bataillone mit seinem Namen geehrt.

1944 diktierte Hitler dem SS-Reichsführer Heinrich Himmler in den Notizblock: „*Thälmann ist zu exekutieren*“. Der Befehl wurde umgehend ausgeführt. Der wichtigste revolutionäre Führer des deutschen Proletariats, einer der bedeutendsten Revolutionäre der weltweiten kommunistischen Bewegung wurde nachts von seinem Haftort in Bautzen nach Buchenwald gebracht, dort erschossen und verbrannt.

Sein Mörder, Leiter des Buchenwalder Exekutionskommandos und SS-Stabschef Wolfgang Otto, überlebte den Krieg und lebte in der Bundesrepublik Deutschland, diesem Refugium Tausender Naziverbrecher. Nachdem er zunächst 1947 wegen seiner Verbrechen hier in Buchenwald zu zwanzig Jahren Haft verurteilt worden war, wurde er bereits 1952 „wegen guter Führung“ entlassen. Obwohl den bundesdeutschen Behörden seine Täterschaft beim Mord an Thälmann bekannt war – es gab eindeutige Zeugenaussagen eines polnischen Häftlings und Augenzeugen des Mordes sowie eine förmliche Anklage der in der DDR lebenden Tochter Thälmanns, wurde Otto für den Mord an Thälmann nie verurteilt. Im Gegenteil. Er erhielt eine monatliche Rente in Höhe von 1700 DM bis zu seinem Lebensende. Er starb Ende November 1989, nachdem der Bundesgerichtshof ein Jahr zuvor eine Verurteilung wegen Verbrechen in Buchenwald gegen ihn aufgehoben hatte.

Damit stellte sich der Staat BRD klar auf die Seite, auf die er gehört und stellte sich zugleich selbst ein vernichtendes Urteil aus, ein Urteil, daß seither immer wieder bestätigt wird: NSU, „Hannibal“, „Uniter“ und so weiter. Wir sollten das nie vergessen und allen denjenigen überall, besonders auch hier in dieser Gedenkstätte entgegenhalten, die die unversöhnliche Feindschaft von Faschismus und Kommunismus im Rahmen einer Totalitarismus- oder Extremismustheorie in eine Art politische Seelenverwandtschaft umlügen wollen.

Aber Buchenwald ist nicht nur der Ort des Mordes an Ernst Thälmann. Buchenwald ist auch das Konzentrationslager, in dem nicht zuletzt unter Beteiligung und Führung von Kommunisten vieler Länder die bewaffnete Selbstbefreiung gelungen ist.

Auch dieser Teil der revolutionären Geschichte soll heute weggelogen werden. Wir wissen warum - und wir werden nie zulassen, daß das gelingt.

Von Ernst Thälmann versuchen wir zu lernen, daß es keine Situation gibt, und sei sie noch so schwierig oder aussichtslos, in der Revolutionäre ihr Ziel aus den Augen verlieren oder aufgeben. Hamburg 1923, Berlin 1929 oder 1933 – Thälmann ist niemals gefallen, wie es in einem Lied über ihn heißt. Wir lernen von ihm, daß es

gerade die Zeiten sind, in denen die revolutionäre Erhebung weit weg zu sein scheint, in denen wir unsere Organisationen und unsere Positionen klären, stärken, aufbauen müssen. Wir lernen von ihm, was gerade in unserer Phase wichtig ist, und was so viele an Thälmann abschrecken mag: daß es Situationen gibt, in denen Klarheit wichtiger ist als Einheit, genauer: in denen eine neue revolutionäre Einheit nur auf dem Boden von Klarheit entstehen kann.

Liebe Freunde, Genossinnen und Genossen, hier in Buchenwald sind wir an einem Ort des weißen, des faschistischen Terrors, aber auch an einem Ort, an dem dieser Terror besiegt werden konnte.

In diesem Sinn ehren wir Ernst Thälmann am Ort seiner Ermordung: in dem wir versprechen, alles dafür zu tun, daß wir seinen Weg kämpfend weitergehen. Wir sind zutiefst dankbar für sein Leben und alles, was wir von ihm lernen können.

Ernst Thälmann – Dein Kampf ist heute unser Kampf! Wir kämpfen ihn weiter! Für den Genossen Thälmann – hoch die Faust! Rot Front!

Dokumentationen zum 1. Mai

Kommunistische Partei Deutschlands: Text des Flugblattes zum 1. Mai 2019 - Die EU ist das Problem, nicht die Lösung!²

Versprechen 1: Soziale Gerechtigkeit

Gebrochen! Mit den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und JEFTA, die mit den USA, Kanada und Japan über unsere Köpfe hinweg entschieden wurden, sollen die bestehenden Arbeitsrechte ausgehebelt werden. Die Konzerne suchen sich die jeweils niedrigsten Standards des Arbeitsrechts aus und erzwingen so auch Senkungen in anderen Ländern, damit die Industrien konkurrenzfähig bleiben.

Mit Hartz IV und Leiharbeit hat sich Deutschland auf Kosten der arbeitenden Menschen eine Spitzenposition innerhalb der EU erkämpft. Länder wie Frankreich wollen diese bittere Medizin der Bevölkerung ebenfalls verabreichen. Die baltischen

² Text des Flugblattes der KPD zum 1. Mai, **Homepage:** www.k-p-d.de. V.i.S.d.P.: Christian Kunz, **Kontakt:** post@k-p-d.org

Länder haben massive Lohnkürzungen vorgenommen um dem exklusiven Euro-Club beitreten zu können. Die Spardiktate gegen Irland, Portugal und andere Länder mussten die arbeitenden Menschen bitter bezahlen. Die schrecklichen Zustände in Griechenland oder die zerstörten Infrastrukturen in Afrika durch EU-Billigexporte krönen den Mythos von der sozialen EU.

Versprechen 2: Frieden

Gebrochen! Zusammen mit den USA hat die EU unter deutscher Führung einen Krieg in unmittelbarer Nachbarschaft gegen Jugoslawien vom Zaun gebrochen und das Land zerschlagen. Mit dem Euro-Maidan in der Ukraine hat die EU direkt mit Faschisten paktiert, die bis zum heutigen Tage täglich den östlichen Teil des Landes mit Artillerie bombardieren. Außerhalb Europas haben EU- Staaten Kriege gegen Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien geführt oder führen sie zum Teil immer noch. Die Konfrontation Russlands durch die EU ist extrem gefährlich!

Versprechen 3: Weniger Nationalismus und Völkerhass

Gebrochen! Trotz aller schwülstigen Reden von der europäischen Idee ist das Gegenteil der Fall. Das Spardiktat gegen Griechenland wurde medial mit einer widerlichen Kampagne gegen die „Pleite-Griechen“ begleitet.

Gleichzeitig wuchs in Griechenland der Hass auf die Deutschen. Die Länder, die dem EU-Spardiktat, unterworfen wurden, wurden als Schweine-Staaten (PIGS) bezeichnet!

Die Wahrheit über die EU

Die EU und ihre Vorläufer (EG, Montanunion) waren nie dazu gedacht, das Leben der breiten Masse angenehmer zu machen. Sinn und Zweck waren immer die Profite der europäischen Konzerne, deren Interessen die EU vertritt. Die EU ist nicht reformierbar! Gegen diese zusammengeballte Macht unserer sogenannten Arbeitgeber braucht es die selbstständige Organisation der arbeitenden Menschen.

Stärkt die Kommunistische Partei! Informiert euch über unsere Arbeit in unserer Zeitung und im Netz.

Kommunistische Organisation: Zeitung zum 1. Mai 2019

Anzeichen einer kommenden Krise

Die Weltwirtschaft wankt wieder. Die Auftragseingänge der Industrie brechen ein, die Produktion in der Automobilindustrie ging bereits im zweiten Halbjahr 2018 um 7,1% zurück. Die Prognose für das Wirtschaftswachstum wurde erneut gesenkt – auf jetzt 0,5% für 2019. Deutschland ist nur knapp an einer Rezession vorbeigeschrammt, Italien ist bereits in der Rezession. Und auch China, ein zentraler Absatzmarkt für das deutsche Kapital, schwächelt. Die deutsche Regierung reagiert mit einer „nationalen Industriestrategie“ und will „Champions“ aufbauen, die Steuern für Unternehmen sollen gesenkt werden. Der Kampf um Absatzmärkte und Einflussgebiete geht in die nächste Runde, ebenso wie die Abwälzung der Lasten auf die Arbeiterklasse. Wie tief die Krise werden wird, ist noch nicht zu erkennen – dass die Zeiten härter werden und sich die weltweiten Konflikte zuspitzen, wollen wir in dieser Zeitung anhand einzelner Beispiele deutlich machen: Die drohenden Entlassungen in der Automobilindustrie und das Eindringen von Faschisten und ihrer Ideen in die Arbeiterbewegung wird die gesamte Arbeiterklasse in Deutschland in den nächsten Jahren immer mehr beschäftigen. Die Auswirkungen der Handelskriege zwischen den USA, EU, China und Russland werden die Arbeiter aller Länder zu spüren bekommen, ebenso wie die offenen, zerstörerischen Kriege, die Jahr für Jahr auf der Welt zunehmen. Die Kapitalisten werden, in Anbetracht einer kommenden Krise, die vorhandene Arbeitskraft bis aufs Äußerste auspressen, um ihre Profitraten hoch zu halten – schon jetzt sprechen sie immer lauter von „Flexibilisierung der Arbeit“ und Ausweitung des Arbeitstages auf 12 Stunden.

Wenn „Wirtschaftsweiser“, Kapitalisten und Politiker von einer kommenden Krise sprechen, dann stellen sie jedoch nicht die Frage: Wer ist verantwortlich? Denn sie müssten mit dem Finger auf sich selbst zeigen. Und sie stellen nicht die Frage: Was bedeutet eine Krise für diejenigen, die den gesamten Reichtum auf der Erde im Schweiß ihres Angesichts täglich produzieren? Die wichtigste Stimme, die Stimme eben derjenigen, die Stimme der Arbeiterinnen und Arbeiter, die Stimme des Fortschritts kann in Deutschland nur sehr leise vernommen werden.

Die SPD und die EU-Wahl

Umso lauter ist das Getöse ihrer nur scheinbaren Vertreter. Die SPD will angeblich „Hartz 4“ abschaffen und gibt sich als der Heilsbringer der Arbeiter in Deutschland. Für die Sozialdemokratie ist der 1. Mai 2019 jedoch vor allem eine Bühne, um ihren heuchlerischen Wahlkampf für die EU-Wahl am 26.05.19 voranzubringen. Auf einmal wähnt sich die SPD wieder auf Seiten der Arbeiter, obwohl sie seit Jahren zentraler Bestandteil der Regierungskoalition ist und nicht erst seit der Agenda 2010 den Generalangriff auf die Arbeiterklasse organisiert. Sie bekommt bei ihrem heuchlerischen Getue Schützenhilfe von der Führung der DGB-Gewerkschaften.

Die SPD-Minister der vergangenen Jahre, wie Sigmar Gabriel und Olaf Scholz, aber auch EU-Politiker wie Martin Schulz haben die Politik der Spardiktate gegenüber Griechenland und anderen Ländern massiv durchgesetzt und damit den deutschen Banken Milliarden Gewinne ermöglicht. Die Arbeiter und Rentner in Griechenland sind einer massiven Verarmung unterworfen, die auch von den griechischen Kapitalisten begrüßt und betrieben wird – von einer „neu-sozialdemokratischen“ Regierung unter der Linkspartei Syriza. Die Sozialdemokratie Europas ist ein aktiver Betreiber der arbeiterfeindlichen Politik.

Die EU – Feind der Völker Europas

Der diesjährige 1. Mai steht auch für die DGB-Gewerkschaften ganz unter dem Motto der EU-Wahl. So heißt es in ihrem Aufruf „1. Mai 2019 – Europa. jetzt aber richtig!“:

„Wenn es die Europäische Union nicht gäbe, müsste man sie erfinden.“

Sie sprechen mit hochtrabenden Worten: Es geht um „Lohngerechtigkeit“, „Chancengleichheit“ und „faire Globalisierung“ und die EU solle der Garant dafür werden. Sie sagen jedoch nicht, dass die EU ein Projekt im Interesse der herrschenden Kapitalisten ist und nicht ein Projekt der Völker Europas. Sie sagen nicht, dass die EU verantwortlich für die massenhafte Ausbreitung von Armut und Elend überall in Europa ist, sie sagen nicht, dass die EU mit Waffengewalt Menschen daran hindert, europäischen Boden zu erreichen und Menschen im Mittelmeer massenhaft ertrinken lässt.

Auch die EU-Politiker sprechen von „Chancengleichheit“ und spielen zugleich die Arbeiter gegeneinander aus, erhöhen die Konkurrenz und verschlechtern durch Richtlinien die Arbeitsbedingungen. Das ist die EU, die ganz im Sinne der Regierungen der Mitgliedsstaaten agiert. Bei allen Widersprüchen, die innerhalb der EU aufbrechen, sind sich die kapitalistischen Regierungen darin einig, die Profite zu erhöhen und die Löhne zu drücken. Millionen Menschen, insbesondere in Osteuropa, aber auch in der Bundesrepublik sind betroffen.

Die EU war nie im Interesse der Arbeiter und Völker Europas. Seit ihrer Gründung hat sie die Interessen der Herrschenden verteidigt und auch bei den aktuellen Diskussionen um den Brexit und die EU-Wahl geht es nicht um die Interessen der Arbeiter und Völker.

Die Arbeiterbewegung und damit auch die Gewerkschaften, können nur ernsthaft die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter vertreten, wenn sie sich gegen die EU wenden. Sie müssen diesen Kampf gegen die EU mit dem Kampf für die Macht der Arbeiterklasse selbst verbinden. Denn die Macht der Arbeiterklasse, der Sozialismus, ist der einzige Ausweg aus Verhältnissen, die nur immer mehr Armut und Misere für

die Arbeiter und das Volk hervorbringen können. Der Sozialismus ist nicht einfach ein Fernziel, über das abstrakt geredet wird. Doch die Erkämpfung des Sozialismus in Deutschland passiert nicht zufällig, sondern braucht Klärung der Frage des Weges. Es braucht also einer eindeutigen, gemeinsamen Strategie der Arbeiterklasse.

VW, Daimler, BMW – Kommende Umbrüche in der Automobilindustrie

Der Arbeiterklasse in der BRD stehen große Umbrüche bevor. Die Automobilindustrie orientiert immer stärker auf E-Mobilität, die Fertigungsprozesse sollen „digitalisiert“ werden. E-Mobilität heißt, dass die Verbrenner, wie z.B. der Diesel, zukünftig aus der Fertigung verschwinden werden. An ihre Stelle rückt dann der Elektromotor und das hat große Konsequenzen für unsere Arbeitsplätze. Eine Studie des Fraunhofer-Instituts in Partnerschaft mit den großen Automobilisten und der IG Metall aus dem Jahr 2018 befasste sich mit den Auswirkungen der Fahrzeug-Elektrifizierung. Das Ergebnis: bis 2035 könnte die Beschäftigung allein in der Antriebsstrangproduktion zwischen 37% und 53% abnehmen. Am stärksten soll es hier die Zulieferer-Industrie treffen, also die Betriebe, die einzelne Bauteile oder Baugruppen herstellen, während die großen Autohersteller mehr Möglichkeiten haben werden, die Auswirkungen zu kompensieren, z.B. durch Ruhestandsregelungen und die Entlassung von Leiharbeitern. Aber auch geografisch gesehen wird sich dieses Szenario unterschiedlich auswirken: die großen Betriebe mit mehreren tausend Beschäftigten sind vor allem in den alten Bundesländern angesiedelt, die „verlängerten Werkbänke“ stehen vor allem im Osten. Dort bahnt sich eine zweite Deindustrialisierungswelle nach 1990 an. Die Umstellung auf E-Mobilität ist somit nicht nur eine Änderung der Technologie, sondern bringt gleichzeitig auch große Rationalisierungseffekte mit sich.

Da kommt die Klimadebatte zur rechten Zeit. Dass es bei der Umstellung auf Elektromobilität den Kapitaleignern um ihre Umsätze und um die Konkurrenz mit anderen kapitalistischen Ländern mit großen Automobilkonzernen geht und nicht um „das Klima“, kann man in der Debatte verfolgen. In der deutschen Industrie hat man jetzt die Befürchtung, nicht mitzukommen und fordert die Politik um Unterstützung. Diese wird ihr gerne gewährt. Subventionen und sonstige Hilfsmaßnahmen sind in der Planung. Die Gewerkschaftsführung hat keinen Blick für die Interessen ihrer Mitglieder, wie wir an den Vorschlägen Jörg Hofmanns (1.Vorsitzender der IG-Metall) sehen können. Anstatt Kampfmaßnahmen gegen die Entlassungen vorzubereiten, hat er sich jetzt schon auf die Zeit danach eingestellt und fordert eine Art Kurzarbeitergeld. De facto ist das eine weitere Subventionierung der Kapitalisten durch Steuern, die wiederum die Arbeiterklasse bezahlt. Die IG Metall-Führung

scheint sich hier voll und ganz auf die Sichtweise der Chefetagen der Auto-Branche eingelassen zu haben.

Mit der „Digitalisierung“ als zweiter Komponente der Rationalisierungs-Offensive des Kapitals rückt die „mensenleeren Fabrik“ Stück für Stück näher. Zuerst denkt man an autonom fahrende Gabelstapler, programmierte Roboter und miteinander kommunizierende Maschinen. Doch auch vor der Verwaltung, dem Rechnungswesen usw., macht die Digitalisierung nicht halt. Auch hier sieht das Kapital große Einsparmöglichkeiten. Arbeitsschritte werden zerlegt und sollen zukünftig über die Anwendung von Software erledigt werden. Hiervon werden besonders die Frauen betroffen sein, die traditionell häufiger in diesen Bereichen arbeiten. Neben wenigen Arbeitsplätzen im hoch qualifizierten Bereich wird nicht viel übrig bleiben, außer einfachste und schlecht bezahlte Anlernertätigkeiten in Fertigung und Dienstleistung.

Unter dem Stichwort „Transformation“ versucht sich die IG Metall derzeit in eine gestaltende Rolle einzufinden. Dabei sollen die Betriebsräte, Vertrauensleute und Beschäftigte Konzepte entwickeln, wie die Transformation „menschengerecht“ umgesetzt werden kann. Die zugrundeliegende Frage – wollen wir Bremser oder Gestalter der Transformation sein – ist dabei völlig falsch gestellt. Unsere Fragestellung kann nicht lauten „wollen wir bremsen oder gestalten“. Unsere Frage muss lauten, wollen wir Gewinner oder Verlierer der Transformation sein!

Das Kapital tut nichts, was nicht Profit verspricht. Rationalisierung bedeutet, dass mit weniger Arbeitskraft mehr hergestellt wird. Wir werden arbeitslos gemacht, die Konkurrenz um Arbeitsplätze und der Lohndruck steigen. Dabei waren wir es selbst, die durch unsere Arbeit jene Werte geschaffen haben, die das Kapital bilden, mit welchem die Rationalisierung der Produktion erst ermöglicht wird. Somit dürfen wir es nicht zulassen, dass wir die Leidtragenden dieses Wandels sind. Die Hauptfrage ist, wie wir es durch organisierte Macht schaffen, diese Verhältnisse so umzuwandeln, dass unsere Arbeit nicht dem Profit Weniger, sondern der Entwicklung der ganzen Gesellschaft dient. Das wird nur im Sozialismus möglich sein.

Es stellen sich uns – der Arbeiterklasse in Deutschland – akut folgende Fragen: Was können wir den drohenden Entlassungswellen entgegensetzen? Welche Forderungen müssen hier gestellt werden? Welche Kampfmittel sind angemessen?

Unsere Aufgaben sind:

Erstens: Die geplanten staatlichen Subventionen für die Profite der Automobilindustrie durch politische Aktionen verhindern. Denn diese Subventionen werden aus unseren Taschen bezahlt!

Zweitens: Durch organisierte politische Interventionen verschiedene Teile der Bevölkerung über die privaten Profitinteressen der Kapitalistenklasse und die Möglichkeiten der Produktivkraftentwicklung aufklären.

Drittens: Die DGB-Gewerkschaften, besonders die IG-Metall mit einem hohen Organisationsgrad in der Branche, sollten wir dem Einfluss des Klassegegners entziehen. Das geht nur durch Initiative und Aktivität der Mitglieder von unten und nicht durch Sozialpartnerschaft und Standortlogik.

Viertens: Wir müssen den festen und solidarischen Zusammenschluss der lohnabhängig Beschäftigten vorantreiben. Es ist egal welcher Branche wir angehören oder in welchem Land wir arbeiten, ob wir gerade nur befristet beschäftigt oder gar erwerbslos sind und ob wir noch nicht organisiert sind. Nur geeint als Klasse können wir die kommenden Kämpfe mit mehr Schlagkraft führen und langfristig gewinnen.

Arbeiterbewegung von Rechts? Zum „Zentrum Automobil“

2009 hat sich im Daimler-Werk Untertürkheim mit dem Zentrum Automobil e.V. eine selbsternannte „alternative Arbeitnehmervertretung“ gegründet. Im Hinblick auf die Ziele erweckt das Zentrum Automobil den Eindruck einer tatsächlichen Vertretung der Arbeiter. So schreiben sie: „Hauptanliegen des ZA ist es, die beruflichen, sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu fördern.“ Auch die Kritik an der IG-Metall, sie sei zu sehr mit dem „Co-Management“ beschäftigt und lege zu großen Wert „auf enge Zusammenarbeit und gegenseitige Rücksichtnahme“ mit dem Daimler-Konzern könnte genauso gut eine linke Einschätzung sein. Denn eine Kritik an der sozialdemokratischen Haltung der Gewerkschaft, die allzu oft die Interessen der Arbeiterklasse verrät, ist notwendig. Hinter dem Zentrum stehen aber nicht wie die Selbstdarstellung suggeriert nur frustrierte Lohnabhängige, die das Konzept der Sozialpartnerschaft überwinden wollen, sondern vor allem Menschen mit engen Verbindungen zur radikalen Rechten. Sie haben weder in der Vergangenheit noch heute einen klassenkämpferischen Standpunkt im Sinne der Arbeiterklasse vertreten. So saß die Galionsfigur des Zentrum Automobil Oliver Hilburger, bis 2009 Mitglied der Rechtsrockband „Noie Werte“ und Mitgründer des Plattenlabels G.B.F.-Records mit engen Verbindungen zum faschistischen Blood & Honour Netzwerk, bereits seit 2007 für die Liste der Christlichen Gewerkschaft Metall im Betriebsrat. Der Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse ist ebenso notwendig wie der gegen die Sozialpartnerschaft. Das Zentrum Automobil jedoch führt ihn nicht. Vielmehr kann das Zentrum als Teil einer sozialen Basis für die AfD und insbesondere des Höcke-Flügel in der Automobilindustrie betrachtet werden. Letztlich sorgen Faschisten wie vom Zentrum Automobil oder der AfD mir ihrer Politik, ob im Betrieb oder außerhalb, für eine Spaltung der Arbeiterklasse und handeln damit klar im Interesse des Kapitals.

Zur Lage der Arbeiterklasse in Deutschland

Die Arbeiterbewegung ist seit der Niederlage des Sozialismus 1989 massiv geschwächt. Sie hat mit den sozialistischen Staaten ihre eigene Macht als organisierte Klasse verloren. Große Errungenschaften wurden zerstört, überall setzte sofort der Druck auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Massen ein. Diese Offensive der Kapitalistenklasse hält bis heute an.

In Deutschland waren die schwersten Schläge die Hartz-Gesetze, mit denen durch Leiharbeit, Befristungen, Teilzeit und Sozialabbau ein großer Niedriglohnsektor geschaffen wurde. Millionen arbeiten heute unter widrigen Bedingungen und für Löhne, von denen sie nicht leben können. Die massive Flexibilisierung der Arbeitszeit führt dazu, dass das Leben zerrissen wird, worunter die Familien leiden.

Zugleich stiegen die Vermögen der Reichen deutlich an, insbesondere der Eigentümer von Produktionsmitteln, von Aktienbesitzern und Immobilieneigentümern. Allein die Familie Quandt bezog aus ihrer Aktienmehrheit an BMW im Jahr 2018 1,1 Milliarden Euro fürs Nichtstun – erarbeitet von den Arbeitern bei BMW.

Auf der Seite der Arbeiterklasse sieht die Rechnung schlechter aus: Die Reallöhne gingen besonders zwischen 2000 und 2010 zurück, aber seitdem gibt es auch kaum ein Aufholen, die Abschlüsse sind zu niedrig. Zwischen 2008 und 2018 stiegen die Reallöhne um gerade einmal 1,13 Prozent (Bundesamt für Statistik). Wobei die Einkommen der unteren Lohngruppen zwischen 1995 und 2015 laut Armutsbericht der Bundesregierung von 2015 real sogar gesunken sind. Das ist dem Kurs der Sozialpartnerschaft zu verdanken, aber auch Ausdruck mangelnder Organisation. Der Organisationsgrad – und damit die Kampfkraft – nimmt immer weiter ab.

Das Ergebnis der Entwicklung: Die Arbeiterklasse ist politisch geschwächt, gesellschaftlich gespalten und muss eine deutliche Verschlechterung der ökonomischen Lage durchmachen.

Was droht? Die weitere Flexibilisierung durch Veränderung des Arbeitszeitgesetzes ist bereits in der Diskussion. Die Sozialdemokratie in Regierung und Gewerkschaftsführungen arbeitet im Sinne des Kapitals daran. Das Ziel: Bessere Verfügung über Arbeitskraft. Die Folge: Ausdehnung der Arbeitszeit und der prekären Arbeitsverhältnisse. Die Tarifabschlüsse mit Wahloptionen zwischen mehr Lohn oder weniger Arbeit sind ein Einfallstor für Flexibilisierung und die weitere Spaltung der Belegschaft.

Was ist zu tun?

Wir als Kommunistische Organisation haben uns das Ziel gesetzt, praktisch Formen der Organisierung der Arbeiterklasse zu schaffen. Dafür haben wir ein zentrales Dokument für unsere nächste Vollversammlung formuliert, das wir zur Diskussion stellen. Wir wollen alle einladen, das Dokument zu lesen und zu kritisieren, Anregungen zu geben.

Marx und Engels haben die historische Rolle der Arbeiterklasse erkannt: Sie muss die Kapitalistenklasse stürzen und ihre eigene Macht errichten, um sich zu befreien. Das ist auch die Erkenntnis der 80 Jahre Sozialismus: Sie kann es und sie erreicht dabei große Fortschritte. Was ist heute notwendig, um in der Arbeiterbewegung diese Erkenntnis zu verbreiten, was muss heute getan werden, um die Organisierung der Arbeiterklasse für dieses Ziel voranzutreiben?

Notwendig sind eigenständige, klassenbewusste Organisationen der Arbeiterklasse, in denen die Aktivität aller entfaltet wird, die unabhängig vom Staat und den anderen Erscheinungsformen der bürgerlichen Herrschaft sind, die Klassensolidarität praktisch erfahrbar machen. Dazu sind Formen der gegenseitigen Hilfe im Betrieb oder im Wohnviertel und des aktiven gemeinsamen Eintretens für die Interessen notwendig.

Die Gewerkschaften spielen dabei eine zentrale Rolle, sie sind die größten Massenorganisationen der Arbeiterklasse. Aber die Sozialpartnerschaft ist dominant. Unser Ziel ist die Politisierung der Gewerkschaftsbewegung, der dort organisierten Arbeiter und unser Ziel ist, mehr Arbeiter in den Gewerkschaften zu organisieren.

Damit sind viele weitreichende Fragen verbunden, die wir systematisch bearbeiten und denen wir durch praktische Erfahrung näher kommen wollen. Und wir wollen uns als Organisation aufstellen, um diese Schritte machen zu können.

Lest das Dokument „Zur Arbeit in den Massen“ und schickt uns Kritik und Anregungen oder kontaktiert uns. Wir freuen uns wirklich über alles, was uns und den Kampf der Arbeiterklasse voranbringen kann.

Partei der Arbeit Österreichs: Rede am 1. Mai 2019 in Wien

Redebeitrag der Partei der Arbeit Österreichs bei der Internationalistischen Mai-Kundgebung in Wien, 1. Mai 2019, vor der Staatsoper

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Freundinnen und Freunde!

Als Partei der Arbeit Österreichs begehen wir den 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse. Wir begehen unseren 1. Mai als Kampftag gegen die imperialistischen Mörder und die kapitalistischen Räuber. Wir begehen unseren 1. Mai als Tag des proletarischen Internationalismus.

Auch nach 130 Jahren Kampftag der Arbeiterklasse haben sich unsere Ziele von damals nicht geändert. Denn damals wie heute geht es uns um eine lebenswerte Zukunft, in der der Mensch aufhört ein geknechtetes Wesen zu sein. Eine nahe Zukunft, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen endlich der Vergangenheit angehört und wir die Grundlage schaffen, eine friedliche und völkerverbindende Welt aufbauen zu können!

Doch von einer friedlichen Welt sind wir weiter weg als je zuvor! Nehmen wir das aktuellste Beispiel Venezuela, wo gestern der Putschist Guaidó erneut versucht hat, den legitimen Präsident Nicolas Maduro zu stürzen. Diese Marionette des Imperialismus versucht das venezolanische Volk in einen Bürgerkrieg zu stürzen. Und weshalb? Weil Venezuela sich nicht den Profitinteressen des Imperialismus unterordnet! Und egal, wie man generell zur Politik Maduro stehen mag, gilt es für jeden Internationalisten in dieser Situation solidarisch an der Seite der legitimen venezolanischen Regierung zu stehen! An dieser Stelle möchten wir eine Solidaritätsbotschaft an unsere Genossinnen und Genossen von der KPV und an das gesamte Volk Venezuelas richten: haltet durch! Wir stehen an eurer Seite und fordern USA, EU und auch Österreich auf, die Hände von Venezuela zu lassen! Hands off Venezuela!

Sehen wir uns nun Österreich an: seit gut eineinhalb Jahren regiert Schwarz-Blau und lässt nichts aus, um ihre besonders arbeiterfeindlichen Absichten zu demonstrieren: länger, schneller und flexibler Hackeln sollen wir. Mit ein paar Euros sollen wir bei Erwerbslosigkeit abgespeist werden, davor aber noch das hart Ersparte aufbrauchen. Bei Laune gehalten sollen wir von Kurz und Strache dann damit, dass der Asylwerber ja noch weniger bekommen soll. Und oft scheint es, als ginge diese Rechnung auf. Denn diese harten sozialen Verschlechterungen und der gleichzeitig stattfindende Demokratieabbau werden meist ohne Gegenwehr hingenommen.

Doch wenn man mit Kolleginnen und Kollegen spricht oder auch bei Gesprächen in den Öffis genauer hinhört, kann man die steigende Unzufriedenheit in der Bevölkerung vernehmen. Wenn sich der bestehende Unmut der Bevölkerung dann einmal in Aktionen äußert, verläuft dieser Widerstand dann aber immer wieder im Sand, weil er zu wenig organisiert auftritt. Es sei hier nur an die Demonstrationen gegen den 12-Stunden-Tag oder auch an die Klimademonstrationen erinnert. Und er scheitert momentan auch deshalb, weil die meisten Proteste lediglich dazu genutzt werden, für eine sozialdemokratische Regierungsalternative die Werbetrommel zu

rühren. Doch die Arbeiterklasse in diesem Land braucht keine neu-alten Stellvertreter, die ihnen vorgaukeln, ihre Interessen zu vertreten, um dann ein weiteres Mal verraten zu werden.

Daher geht es für uns darum, die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter zusammen mit ihnen zu artikulieren und politische Forderungen und Inhalte zu entwickeln, damit sie ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen und in die Offensive gehen können. Auf der Basis dieser Einsicht wollen wir Kämpfe für soziale und demokratische Rechte initiieren, vorantreiben und zusammenführen. Die daraus entstehende Bewegung muss notwendigerweise über starke Verankerung in Betrieben, Schulen, Universitäten und Wohnvierteln verfügen und dort Widerstandsnetzwerke entfalten, die in die sozialen Kämpfe in diesem Land eingreifen können. Durch die Bündelung des Widerstands muss eine Gegenmacht entstehen, die dem Kapital Hiebe versetzen kann. Erst eine solche Gegenmacht kann den Kämpfen um die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter, höhere Löhne, soziale Sicherheit und ein sozial gerechtes Bildungswesen, für Frieden, Frauenbefreiung und Umweltschutz, Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe die notwendige Stärke verleihen. Für deren Durchsetzung braucht es schließlich den Sturz des Kapitalismus und die Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft.

Es braucht aber auch die Einsicht, dass die Welt veränderbar ist – und zwar von uns! Die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung – von der Pariser Kommune über die Oktoberrevolution, die sozialistischen Staaten, die kubanische Revolution bis hin zu den heutigen antiimperialistischen Befreiungsbewegungen – zeigt, dass die Mächtigen zu zittern beginnen, wenn die vermeintlich Schwachen nicht mehr dem Trugbild von einem über den Klassen stehenden bürgerlichen Staat auf den Leim gehen und sich zusammenschließen.

Der Sozialismus ist keine Utopie von Weltverbesserern. Er ist eine geschichtliche Notwendigkeit und er ist machbar. Auch wenn er vielen heute und morgen nicht möglich erscheint, so ist der Sozialismus doch heute und morgen dringend notwendig. Es braucht einen qualitativen Bruch im System. Es braucht die sozialistische Revolution!

Hoch der 1. Mai!
Es lebe der proletarische Internationalismus!
Gegen Kapitalismus und Imperialismus!
Für den Kommunismus!

Kommunistische Partei Venezuelas: Erklärung zum 1. Mai 2019

1. Mai 2019: Kämpferische Offensive in Aktionseinheit der Klasse

Die Kommunistische Partei Venezuelas (PCV) richtet einen herzlichen Klassengruß an die Arbeiterinnen und Arbeiter zum Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse. Wir erleben eine Situation der Verschärfung der innerkapitalistischen und innerimperialistischen Widersprüche im Streit um die globale Hegemonie und die imperialistische Aufteilung der Welt, ihrer Naturreichtümer und Energiequellen, für die Monopolisierung der wissenschaftlich-technischen Fortschritte und für die Kontrolle der Märkte, der qualifizierten und billigen Arbeitskräfte, Handelsrouten und geostrategischen Positionen. Zu diesem Zeitpunkt ist eines der Epizentren die vielschichtige Aggression und der nicht konventionelle Krieg gegen unsere Nation als Teil des Hegemonialplans des US-Imperialismus und seiner europäischen Verbündeten zur Neuaufteilung und Beherrschung der Welt.

Wir bekräftigen die Entscheidung, den Aufbau der Patriotischen Volkskomitees voranzutreiben, als Instanzen zur Garantie der Einheit aller patriotischen Venezolanerinnen und Venezolaner, die sich der interventionistischen Politik von mit vaterlandslosen Schichten verbundenen ausländischen Mächten entgegenstellen.

In diese Zusammenhang leiden die Arbeiterklasse und das arbeitende Volk der Stadt und auf dem Land aufgrund des Fehlens einer revolutionären Politik schwer unter den maßlosen Preissteigerungen, dem Mangel, dem Zusammenbruch der Dienstleistungen (Strom, Wasser, Gas, Transport), der gedankenlosen und illegalen Rechnungslegung in Dollars und weiteren Folgen der schweren Krise des abhängigen Kapitalismus, der wirtschaftlichen Umzingelung durch den Imperialismus, der straflosen Taten der korrupten, spekulativen und skrupellosen Mafia im Bereich der Finanzen, des Zwischenhandels und des Extraktionsschmuggels. Die entfesselte Hyperinflation hat die Gehälter zerstört, und durch die nationale Regierung werden dagegen keine Entscheidungen getroffen oder effektive Maßnahmen ergriffen. Das arbeitende Volk leidet unter einem allgemeinen Zustand der Nichtverteidigung und der Schutzlosigkeit.

Das private und öffentliche Unternehmertum verschärft sein Handeln gegen die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter. Illegale Entlassungen und Suspendierungen, Verletzungen von Tarifverträgen, Prekarisierung und Ausgliederung, gewerkschaftsfeindliche Praktiken, die Montage gefälschter Beweise und Fälle der Kriminalisierung von Arbeiterführern sind, neben anderen, tägliche Erfahrungen in den Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmen. Diese in privaten wie

öffentlichen Unternehmen begangenen Praktiken haben trotz erstatteter Anzeigen keine kategorische und wirksame Antwort durch die Staatsanwaltschaft erfahren. Die Gewerkschaftsfreiheit und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation werden durch die Arbeitsbehörden wiederholt verletzt.

Die Gehälter wurden zerstört durch die anhaltende Hyperinflation und angesichts des regressiven und verarmenden Charakter der von der Regierung seit dem vergangenen Jahr befolgten Gehaltspolitik (insbesondere durch die vom Arbeits- und vom Planungsministerium herausgegebenen Orientierungen). Der kapitulantenhafte Charakter der wichtigsten Entscheidungen im wirtschaftlichen Bereich tendieren dazu, die Arbeit zu schwächen und die Rolle des Kapitals in der Gesellschaft zu stärken. Dabei bevorzugen sie bestimmte Monopolgruppen und bedrohen die Gültigkeit des Rechts auf tarifvertragliche Regelung des Verkaufs der Arbeitskraft in Venezuela.

Die PCV ruft die Arbeiterklasse auf, darauf mit einer kämpferischen Offensive in Aktionseinheit der Klasse zu antworten, um die sinnlose Politik der Zerstörung der Gehälter und der tarifvertraglichen Errungenschaften zurückzudrängen. Eine solche vereinte Offensive der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung muss sich auch das Ziel stellen, im Bündnis mit der Bauernbewegung und der kommunalen und Volksbewegung einen Ausweg aus der Krise und dem gegenwärtigen Zusammenbruch aufzuzeigen. In diesem Sinne gilt es, den Kampf um von der Arbeiterklasse und dem arbeitenden Volk in Stadt und Land geführte tiefgreifende, revolutionäre Veränderungen in der Wirtschaftspolitik aufzunehmen.

Die PCV bekräftigt ihren Aufruf, die nationale Produktion durch einen agroindustriellen Plan zu fördern und verlangt von der nationalen Regierung, einige Maßnahmen zu korrigieren, die in diesem Bereich angewandt wurden. Insbesondere geht es darum, Prozesse der Reprivatisierung von für die Ernährungssouveränität strategisch wichtigen Unternehmen umzudrehen. Es ist an der Zeit, die Parameter der Kreditvergabe im Agrarsektor zu verändern und zu garantieren, dass Finanzierung und technische Assistenz die kleinen und mittleren Produzenten erreichen, die Bäuerinnen und Bauern, und nicht die großen Grundbesitzer. Es ist an der Zeit, diesen Prozess als Garantie für den Kampf gegen die Lebensmittelabhängigkeit in unserem Land zu eröffnen.

Mit ihren politischen Massenfronten und breiteren Organisationen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und anderen Produzenten in Stadt und Land befördert und/oder begleitet die PCV die Entwicklung von kollektiven Solidaritätsinitiativen der Arbeiter, Bauern, Kommunen und des Volkes. Sie fördert und organisiert Mechanismen und Strukturen des direkten Austauschs von Lebensmitteln und

anderen Dingen mit dem unmittelbaren Ziel, den Folgen der Krise zu widerstehen, die Einheit und Organisation des arbeitenden Volkes in Stadt und Land zu stärken.

Wir richten einen allgemeinen Aufruf an die Arbeiterinnen und Arbeiter, an die Gewerkschaftsorganisationen, Vorsorgedelegierten, Arbeiterräte und weitere organisierte Formen der klassenbewussten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, ihre Kräfte gegen die imperialistische Einmischung und Aggression zu vereinen, die Klassenunabhängigkeit unserer Rechte zu verteidigen und Kräfte zu sammeln, um die Macht den Repräsentanten der diversen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Tendenzen streitig zu machen, um die Dominanz des Kapitals zu brechen und wirkliche Perspektiven zur Eroberung einer neuen Gesellschaft zu eröffnen, des wirklichen Sozialismus, der die Vorstufe des Kommunismus sein wird, der von jeder Ausbeutung und sozialen Unterdrückung freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

**WEITER KÄMPFEN UND WEITER SIEGEN FÜR DIE RECHTE DES VOLKES
UND DAS SOUVERÄNE HEIMATLAND!**

Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Venezuelas

Quelle: [Tribuna Popular](#) / Übersetzung: RedGlobe

20. Jahrestag der Kriegen der NATO gegen Jugoslawien

Brigitte Queck: Gedenkrede anlässlich des 20. Jahrestages der NATO-Aggression gegen Jugoslawien

Gehalten vor der Neuen Wache in Berlin am 24.3.2019

Während die DDR den Schwur von Buchenwald: „Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus!“ verinnerlicht hatte und quasi an dieser Stelle symbolisch bewachen ließ, mit anderen Worten, während der Zeit ihres Bestehens nie einen Angriffskrieg unternahm, griff die Bundesregierung Deutschland 1999 im Verbund mit der NATO unter dem verlogenen Slogan: „Nie wieder Auschwitz!“ den souveränen Staat Jugoslawien an.

Damit verstieß sie, wie alle NATO-Staaten, aufs Gröblichste gegen die UNO-Charta, die in Kapitel 1 Art.1 erklärte: „Die Ziele der Vereinten Nationen sind, den

Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu ergreifen, um Bedrohungen des Friedens vorzubeugen und zu beseitigen und Angriffshandlungen oder andere Friedensbrüche zu unterdrücken, sowie durch friedliche Mittel und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechtes die Schlichtung oder Regelung internationaler Streitigkeiten... herbeizuführen“.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das sich im Übrigen, wie alle grundlegenden Gesetze der Staaten der Welt, auf die UNO-Charta berufen, verbietet ebenso Angriffskriege. So heißt es unter Art.26 des Grundgesetzes:

„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen!“

Den Serben ist nach den überaus großen Blutopfern, die sie im 2. Weltkrieg im Kampf gegen den Faschismus erbracht haben, durch das verbrecherische NATO-Bombardement 1999, sowie durch die nachfolgenden sogenannten Kriegsverbrecherprozesse unter Federführung der NATO, bitteres Unrecht geschehen.

Den „Schlächter“ Milosevic hat es nie gegeben!

Und Sebrenica, bei dem die Serben angeblich Tausende Albaner ermordet haben, hatte so nie stattgefunden, sondern es war eine militärische Auseinandersetzung gewesen zwischen serbischem Militär, das seine Heimat Jugoslawien vor UCKisten, die via albanischer Grenze von der CIA und vom BND ideell, finanziell und militärisch unterstützt worden waren, gegen diesen Militärangriff auf ihr Land verteidigt hatten, ähnlich, wie es in Syrien acht Jahre lang der Fall war.

Dort hatte sich die syrische Armee einer von den US/NATO ausgerüsteten und bezahlten 200.000 Mann starken Söldner-und Mörderarmee von aus aller Welt - der ISIS - erwehren müssen. Nur durch das auf der Grundlage des Art. 51 der UNO-Charta, sowie des gemeinsamen Freundschafts- und militärischen Beistandsvertrages zwischen Russland und Syrien basierenden militärischen Eingreifens Russlands konnte Syrien als souveräner Staat überleben.

All das muss durch die Friedensbewegung - sprich durch uns - gründlich aufgearbeitet werden!

Dieser heutige, denkwürdige 20. Jahrestag der NATO-Aggression gegen Jugoslawien, erinnert mich an die Fahrt der „Mütter gegen den Krieg“, eingebettet in 160 Friedensbewegte aus ganz Deutschland 1999 nach Jugoslawien, zwei Tage nach dem NATO-Bombardement des Chemiewerkes in Pancewo.

Wir wollten den jugoslawischen Menschen vor Ort zeigen, dass es auch ein anderes Deutschland gibt, das den Schwur der KZ-Häftlinge aller Länder nach dem II. Weltkrieg „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ ernst nimmt.

Die Massenmedien, größtenteils in den Händen großer Monopolgruppen, erzählten den Menschen in aller Welt, dass die serbische Armee und Polizei einen Genozid im Kosovo veranstaltet hätte, dass diese die albanischen Menschen im Kosovo getötet hätten und die NATO hätte eingreifen müsse, um weitere Morde zu verhindern.

Als wir in Jugoslawien ankamen und die zerstörten Häuser, Schulen, Fabriken und Brücken mit unseren eigenen Augen gesehen hatten, verstanden wir, dass sich dieser, seitens der NATO geführte Krieg, nicht gegen die serbische Armee oder Panzer mit von der NATO bis in die heutige Zeit heuchlerisch genannten „Panzer brechenden Waffen“ (Depleted Uranium bombs) richtete, sondern gegen das jugoslawische Volk selbst.

Die radioaktiven Bomben-- eigentlich Mini-Atomwaffen-- von 8.000 Metern Höhe aus abgeworfen, konnten nicht unterscheiden: sind sie gegen Serben, Albaner, Roma, oder Menschen anderer Nationalität dieses Vielvölkerstaates, gerichtet.

Wer also hat im Kosovo und anderen Teilen Jugoslawiens wirklich einen Genozid verübt?

Es war die NATO mit ihren MINI-ATOMBOMBEN, deren Ergebnisse in Form von jährlich steigenden Krebserkrankungen und missgebildeten Kindern bis in die heutige Zeit und über viele Generationen hinaus wirksam bleiben werden.

Heute wissen wir alle, dass dieser Krieg im Jahre 1999 gegen Jugoslawien darauf gerichtet war:

- das sozialistische System in Jugoslawien zu beseitigen,
- sich die reichen Rohstoffvorkommen, besonders des Kosovos (dort lagern die größten Steinkohlereserven Europas, Silber, Gold, Bauxit, Mangan u.a.) seitens der internationalen Monopolbourgeoisie in neokolonialistischer Manier anzueignen,
- diesen Krieg als Sprungbrett für weitere Kriege zu benutzen, besonders gegen das rohstoffreiche Russland und das im asiatischen Raum gelegene, einflussreiche China.

Nicht umsonst befindet sich gegenwärtig der größte Militärflugplatz der USA außerhalb ihres Territoriums heute im Kosovo!

Die nach dem 78-tägigen Bombardement Jugoslawiens unter Druck auf die jugoslawische Regierung zustande gekommene UNO-Resolution 1244, die den Abzug der jugoslawischen Armee und den Einzug internationaler Truppen - in Wirklichkeit mehrheitlich NATO-Soldaten - in den Kosovo, sowie die **BESTÄTIGUNG DER ZUGEHÖRIGKEIT KOSOVOS ZU SERBIEN** bis zur

Findung eines für beide Seiten befriedigenden Status beinhaltete, kann heutzutage als nichts anderes als eine Täuschung der damaligen jugoslawischen Regierung, aber auch der Weltbevölkerung betrachtet werden.

So kamen in der Zeit der Präsenz internationaler Truppen unter Aufsicht der UNMIC, die die UCK unterstützte (bis dahin hatten das die CIA und der BND in logistischer, finanzieller und militärischer Form getan) und die nun unter dem neuen Namen „Kosovo-Schutzkorps“ tätig war, das aus UNO-Mitteln bezahlt wurde, viel mehr Menschen ums Leben, bzw. es verließen viel mehr Menschen fluchtartig ihre Heimat, als das während des NATO- Krieges gegen Jugoslawien der Fall war!

Am 17. Februar 2008 verkündete Kosovo ohne Zustimmung der serbischen Regierung und ohne Billigung der UNO einseitig seine vollständige Unabhängigkeit von Serbien! Das rohstoffreiche Kosovo liegt heute größtenteils in den Händen der internationalen Monopolbourgeoisie. An dessen Spitze fungierte lange Zeit als Ministerpräsident des Kosovos Agim Ceku - 1999 von der amerikanischen Söldnerfirma MPRI in Virginia als Killer ausgebildet und von einem jugoslawischen Gericht für die Ermordung von 669 Serben in der Kraina verantwortlich gemacht. Er leitete sowohl die von der UNMIC geschaffene ICMM, als auch die KTA, beide verantwortlich für Privatisierungen im Kosovo! Heute fungiert Agim Ceku als Stellvertretender Minister für Sicherheitskräfte des selbsternannten unabhängigen Kosovo. Nachdem man 1999 den Kosovo unter internationale Aufsicht, sprich neokoloniale Verwaltung, gestellt hatte, wollte man nun auch die Serben unter das Diktat der Marktwirtschaft zwingen.

Nach großem medialem Druck, man schrieb - würde Milosevic wiedergewählt werden, sei ein erneutes Bombardement Jugoslawiens nicht ausgeschlossen - Versprechungen, Zahlung von vielen Millionen Dollar, wollte es der Westen als auch die innere Opposition auf eine Stichwahl zwischen Milosevic und Kostunica nicht ankommen lassen und verlegte den Kampf vom Wahllokal auf die Straße, indem die innere Opposition mit der von der CIA aus der Taufe gehobenen OTPOR-Studentenorganisation zusammenarbeitete.

Nach 78 Tagen NATO- Bombardement prangerte die Opposition des Landes nicht den Aggressor, sondern den Präsidenten ihres Landes an mit Worten, die aus dem Think-Tank der NATO stammten. Überall prangten die von ihnen gesprühten Losungen: „Er (gemeint war Milosevic!) ist fertig.“

Nach der rechtswidrigen Wahl wurde Kostunica zum Präsidenten Jugoslawiens ernannt. Die damalige US-Außenministerin Albright hatte danach entzückt ausgerufen: „Nun ist endlich die letzte Bastion des Sozialismus in Europa gefallen!“

Kurz nach dem Seitenwechsel einiger einflussreicher Politiker Jugoslawiens wurde der vormalige jugoslawische Präsident Milosevic gekidnappt und vor den nur für Jugoslawien vorgesehenen so genannten Internationalen Gerichtshof in Den Haag gezerrt. Seine exzellente Verteidigungsrede, in der er die NATO für alle kriminellen Akte, die auf dem Territorium Jugoslawiens passiert sind, verantwortlich machte, wurde der Weltbevölkerung vorenthalten. Letztendlich kam Milosevic durch merkwürdige Umstände am 11. März 2006 in Den Haag ums Leben.

Die Studentenorganisation OTPOR aber bekam seitens der Friedrich Ebert-Stiftung als Dank für ihren Anteil am Systemwechsel in Jugoslawien den Menschenrechtspreis 2001!

Ein Teil unserer Vereinigung „Mütter gegen den Krieg Berlin- Brandenburg“ war vom 23.-26.4.09 anlässlich des 10. Jahrestages des NATO-Bombardements auf Jugoslawien auf einer großen internationalen Konferenz mit Vertretern aus mehr als 40 Ländern in Jugoslawien anwesend und wurde danach nochmals zum 15. Jahrestag des NATO-Bombardements Jugoslawiens zu einer wissenschaftlichen Konferenz eingeladen.

Das Resümee beider Veranstaltungen war: „Würde es noch das sozialistische Weltsystem geben, gäbe es auch diese verheerenden Kriege seitens der NATO weltweit nicht. Lasst uns gemeinsam für eine Welt ohne Kriege, für eine gerechtere Gesellschaftsordnung kämpfen!“

Seit dem Aggressionskrieg der NATO gegen Jugoslawien 1999 kämpfen die „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“, ein kleiner Teil der Friedensbewegung, bestehend aus Antifaschisten, Kommunisten, Freidenkern und Christen, wöchentlich auf den Straßen Berlins in Form von Mahnwachen für Frieden und gegen alle US/NATO-Aggressionskriege in der Welt.

www.muetter-gegen-den-krieg-berlin.de

Ein bisher nicht in gedruckter Form veröffentlichtes
Referat von Kurt Gossweiler

Kurt Gossweiler: Bemerkungen zum Anteil des Revisionismus an der Niederlage des Sozialismus in Europa³

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

in der Ankündigung der heutigen Veranstaltung wurde als mein Forschungsgebiet genannt: Faschismus. Das war es bis zur Konterrevolution, also bis 1989. Seit dieser schlimmsten Katastrophe des katastrophreichen 20. Jahrhunderts ist es der Revisionismus und dessen Anteil an ihr.

Dass ich diese beiden Forschungsgebiete wählte, hängt mit den beiden schlimmsten Ereignissen meines Lebens zusammen, mit der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland 1933 und mit dem Sieg der Konterrevolution über den Sozialismus in Europa im Jahre 1989.

“Wie konnte das geschehen?” – das war in beiden Fällen die Frage, die mich bewegte und die mich im ersten Fall zum Faschismusforscher werden ließ, im zweiten Fall mich zur anhaltenden Beschäftigung mit der Rolle des Revisionismus veranlasste.

Deshalb habe ich 1955, als ich meine Aspirantur an der Berliner Humboldt-Universität begann, als Gegenstand meiner Dissertation ein Thema gewählt, das den Faschismus und die Ursachen seines Machtantritts in Deutschland behandelte. Die Ergebnisse meiner Faschismusforschungen sind in einigen Büchern und vielen Aufsätzen nachzulesen.

Der Revisionismus wurde ab 1989 mein Hauptforschungsgebiet, beschäftigt hat er mich aber schon seit längerem, genauer gesagt, seit 1956. Warum seit diesem Zeitpunkt? Weil mich schon seit 1953 in immer stärkerem Maße Ereignisse in der Sowjetunion beunruhigten, für die ich keine Erklärung fand und die mit meinem Bild von der Sowjetunion nicht in Übereinstimmung zu bringen waren.

³ Vortrag, gehalten auf Einladung von Mitgliedern der KPÖ in Wien und Linz am 19. und 20. April 2002, bisher nicht gedruckt veröffentlicht, gefunden auf: www.deanreed.de/AmericanRebel/ml/2cat=5.

Seit ich politisch zu denken angefangen hatte – dank meiner Mutter und ihres zweiten Mannes, beide waren Mitglied der KPD seit 1927 – , also seit meinem zehnten Lebensjahr, war die Sowjetunion für mich das Land meiner Bewunderung und das Heimatland aller Kommunisten. Aber es war keineswegs so, dass im Laufe der Zeit das Vertrauen in die Sowjetunion und ihre Führung nicht auch Belastungsproben unterworfen gewesen wäre.

Die erste waren für mich wie für meine Genossen aus dem illegalen KJVD die Moskauer Prozesse.

Wir hatten damals auch eine Diskussion mit einem Jugendgenossen, der zu den Trotzlisten abgedriftet war und über die Prozesse schon damals alles das von sich gab, was seit den Chruschtschowschen und Gorbatschowschen Rehabilitierungen der damals Verurteilten nun auch zum Standardrepertoire aller “Erneuerer” und “Reformer” in verschiedenen kommunistischen und ehemals kommunistischen, inzwischen umbenannten Parteien gehört: dass alle Verurteilten natürlich unschuldig seien und nur sterben mussten, weil sie Stalins Allmachtstreben im Wege standen.

Auch das heute immer wieder ins Feld geführte angebliche “Testament” Lenins, in dem er vor Stalin gewarnt habe, brachte dieser junge Trotzlist schon damals vor.

Natürlich hatten wir damals keine Möglichkeit, all dies zu überprüfen. Aber dafür, zu überprüfen, ob unser Vertrauen zur Sowjetunion und zu Stalin gerechtfertigt war, gab es ein sehr einfaches und zugleich überzeugendes Mittel: die Prüfung der Taten der Sowjetunion und Stalins in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus!

Im Sommer 1936 hatte Franco seinen Putsch gegen die Spanische Volksfrontregierung unternommen und damit das Startzeichen für die Intervention des faschistischen Deutschland und Mussolini-Italiens zugunsten der Errichtung eines faschistischen Regimes in Spanien gegeben, als Vorspiel zum geplanten großen Krieg.

Damit wurde die Stellung zum Krieg in Spanien zum Prüfstein für die Stellung aller Staaten, Parteien und Einzelpersonlichkeiten zum Faschismus. Wie allen bekannt, gab es nur einen Staat in der ganzen Welt, der die Spanische Republik verteidigen half gegen die Hitler- und Mussolini- Aggressoren, und dieser Staat war nicht etwa das benachbarte Frankreich mit seiner Volksfrontregierung, es war auch nicht England und es waren auch nicht die USA – sie alle halfen vielmehr durch ihre heuchlerische Nichteinmischungspolitik Franco, Hitler und Mussolini bei der Erwürgung der Spanischen Republik. Allein die Sowjetunion kam dem spanischen Volk und den Freiwilligen in den Interbrigaden mit Waffen und Soldaten zu Hilfe. Sie tat also genau das, was wir von ihr erwarteten. Sie hat unser Vertrauen nicht enttäuscht.

Eine zweite Belastungsprobe stellte im August 1939 der Abschluss des Nichtangriffsvertrages der Sowjetunion mit Hitlerdeutschland dar.

Ich war damals zum Arbeitsdienst eingezogen und in ein RAD-Lager in Pommern verbracht worden. Die meisten der anderen "Arbeitsmänner" stammten aus Pommern und waren, wenn nicht Nazis, so doch auf keinen Fall bewusste Nazigegner. Aber mit mir war noch einer aus Berlin in meinem "Trupp", und nicht nur das – auch er kam aus einem kommunistischen Elternhaus, und wir fanden schnell heraus, dass wir beide von der gleichen Farbe waren.

Eines Tages im August erzählte er mir, sein Vater sei am Wochenende zu Besuch hier gewesen und habe ihm eine ganz unwahrscheinliche Ankündigung gemacht. Es werde – so habe er gesagt – in nächster Zeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion ein Vertrag geschlossen werden, er solle sich schon darauf einstellen. Woher sein Vater das hatte, habe er ihm nicht gesagt. Ich hielt das dennoch für eine ausgesprochene Latrinenparole und sagte das meinem Kumpel auch.

Aber dann kam der 23. August, und da gab es keinen Zweifel mehr: Die Sowjetunion hatte mit Hitlerdeutschland einen Nichtangriffs-Vertrag geschlossen! Und die Nazipresse berichtete so darüber, als handelte es sich dabei um ein gegen die Westmächte gerichtetes Bündnis. Was sollten wir davon halten? Das Wichtigste für uns beide war, den veröffentlichten Wortlaut des Vertrages daraufhin zu untersuchen, ob in ihm irgend eine Passage enthalten war, die über ein Abkommen zum gegenseitigen Nichtangriff hinausging und dem Ganzen Bündnischarakter verliehen hätte. Es gab zu unserer großen Beruhigung keine einzige solche Passage. Bei der Suche nach Gründen, welche die Sowjetunion zu diesem Schritt veranlasst haben könnten, waren wir uns einig, dass die Sowjetunion damit sicher der ja offenkundigen Gefahr vorbeugen wollte, dass die Westmächte etwa mit Hitlerdeutschland ein neues Münchener Abkommen, diesmal aber auf Kosten der Sowjetunion, schließen würden; wir wussten beide sehr gut, dass sie die Aufrüstung Nazideutschlands nicht nur geduldet, sondern gefördert hatten in der Hoffnung, die deutsche Aggression gegen die Sowjetunion lenken zu können. Wenn es der Sowjetunion mit diesem Abkommen gelang, Zeit zu gewinnen, dann konnte uns das nur recht sein. Dass es nur um Zeitgewinn gehen konnte, dessen waren wir uns gewiss; denn soviel wussten wir: das wichtigste Kriegsziel Hitlers und seiner finanzkapitalistischen Hintermänner war die Vernichtung der "bolschewistischen Gefahr", der Sowjetunion. Wenn sich Deutschland zunächst gegen den Westen wenden würde, dann auch mit der Absicht, sich den Rücken frei zu machen für einen späteren Krieg gegen die SU.

Auch die Besetzung der ostpolnischen Gebiete durch die Rote Armee am 17. September, die noch heutzutage von so genannten "demokratischen Sozialisten" in höchsten Tönen moralischer Entrüstung als grobe Verletzung des Völkerrechts

verurteilt wird , – von den gleichen Leuten also, die heute, sobald sie in die so heiß begehrten Regierungsgämter gelangt sind, sich zu Bütteln der Durchsetzung der Programme des Kapitals zur Ausplünderung der Wähler hergeben, denen sie vorher die Vertretung ihrer Interessen versprochen, – diese Besetzung zu bejahen und zu begrüßen machte uns überhaupt keine Schwierigkeiten. Zum einen deshalb, weil, wo die Rote Armee Wache hielt, die Wehrmacht nicht weiter vorrücken konnte, die Bevölkerung also davor bewahrt blieb, unter den Stiefel der Faschisten getreten zu werden.

Aber noch viel wichtiger: wir wussten doch, dass dies Gebiete waren, die zu Weißrussland und zur Ukraine gehört hatten und 1920 vom Pilsudski-Regime gewaltsam und völkerrechtswidrig annektiert worden waren. Wir empfanden es als einen Geniestreich Stalins, die gegenwärtigen Verstrickungen der imperialistischen Mächte dazu auszunutzen, friedlich das zurückzuholen, was Sowjetrussland seinerzeit gewaltsam entrissen worden war.

Als ich im Oktober 1940 – jetzt schon als Angehöriger der Wehrmacht – für drei Monate Studienurlaub erhielt, nahm ich natürlich wieder die Verbindung zu den Genossen unserer KJVD-Gruppe auf. Auch sie hatten die genannten Ereignisse genauso beurteilt wie ich und mein Genosse im RAD-Trupp.

Im übrigen war unsere Haltung zur Sowjetunion in dieser komplizierten Zeit, und so abgesperrt, wie wir seit 1933 von Informationen waren, bestimmt von einem durch lange Jahre nie enttäuschten Vertrauen zur sowjetischen Führung. Wir waren auch ganz sicher, dass früher oder später die Wehrmacht den Befehl zum Überfall auf die Sowjetunion erhalten würde, und genauso sicher waren wir auch, dass dies dann der Anfang vom Ende des Hitlerregimes in Deutschland sein würde. Auch darin sollte unser Vertrauen in die Sowjetunion und ihre Führung nicht enttäuscht werden.

Am 21. Juni 1941 war es dann so weit, dass Hitler den Befehl zur Verwirklichung des “Planes Barbarossa”, zum Beginn des Überfalles auf die Sowjetunion gab. Vom ersten Tage an bis zum 14. März 1943, dem Tag meines Übertritts auf die Seite der Roten Armee, war ich gezwungenermaßen Teilnehmer des “Ostfeldzuges”.

Natürlich war ich nach meinem Übertritt für die sowjetische Seite ein Kriegsgefangener und kam in ein Arbeitslager. Das Leben dort war hart, Arbeit im Torfmoor zur Torfgewinnung als Brennmaterial für ein nahe gelegenes Kraftwerk, mit nur zu oft kaputten Schuhen im Wasser der Entwässerungsgräben. Aber ich wusste, wie sowjetische Kriegsgefangene durch die Deutschen behandelt wurden, hatte selbst erlebt, wie Verwundete einfach abgeknallt wurden, wusste, dass in den “Stalags” in Deutschland sowjetische Kriegsgefangene in Massen durch Arbeit, Hunger und Krankheit vorsätzlich umgebracht wurden. Wir dagegen erlebten, wie

sich sowjetische Ärzte bemühten, das Leben verwundeter deutscher Kriegsgefangener zu retten. Die Verpflegung bei uns im Lager war so, dass der Hunger zwar nie völlig gestillt wurde, aber wir wussten auch: der Bevölkerung im nächsten Dorf ging es nicht besser. Wir haben erlebt, dass in einem besonders strengen Winter – ich glaube, das war 1945 auf 1946 – die Leute im Dorf ihren Mahlzeiten Baumrinde beigaben, während wir selbst in den schlechtesten Zeiten in unserem Essen Büchsenfleisch aus den US-Lieferungen fanden. Kurzum, ich erlebte auch als Kriegs-gefangener, dass man sich auf Stalins Wort verlassen konnte: “Wenn sich der deutsche Soldat ergibt, wird er entsprechend den internationalen Abmachungen behandelt!” Das ging – zum großen Ärger vieler “Landsr” – so weit, dass auch die Vorschriften eingehalten wurden, die den Offizieren eine Vorzugsbehandlung einräumten.

Nach einigen Monaten wurde ich zusammen mit anderen Kameraden als Kursant auf die zentrale Antifa-Schule in Taliza geschickt, auf der wir – insgesamt zehn Kursanten – nach Absolvierung des Lehrgangs als Assistenten der dort als Lehrer wirkenden Emigranten-Genossen arbeiteten. Ich blieb dort bis zu meiner Entlassung nach Deutschland im Sommer 1947. Das waren Jahre angespanntesten Studiums, denn wir mussten uns die Kenntnisse an-eignen, die nötig waren, um Vorlesungen zu halten und Seminare durchzuführen auf den Gebieten: Deutsche Geschichte, Geschichte Russlands und der Sowjetunion, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Politische Ökonomie und marxistisch-leninistische Philosophie. Diese Jahre an der Antifa-Schule – sie waren meine eigentliche Universität; und ich übertreibe nicht, wenn ich sage: von dem dort Gelehrten zehre ich noch heute, denn ohnedem wäre es mir nicht möglich gewesen, die Chruschtschowerei als Verrat am Marxismus-Leninismus und als feindliche Diversion zu erkennen. Das, was uns dort der stärkste Ansporn war und auch die größte Befriedigung gewährte, war das Bewusstsein, dazu beizutragen, dass Landsr, die Hitler dazu missbraucht hatte, die Sowjetunion zu zerstören, als Antifaschisten in die Heimat zu-rückkehrten um zu helfen, das schwere geistige und materielle Erbe des Faschismus zu über-winden und eine neue, antifaschistische Ordnung in ganz Deutschland zu errichten.

Nach meiner Rückkehr in die Heimat im Sommer 1947 arbeitete ich bis zum Jahre 1955 in der Bezirksleitung der SED, um dann 1955 eine Doktor-Aspirantur an der Humboldt-Universität zu beginnen. Am 5. März 1953, also noch in der Zeit meiner Arbeit im Parteiapparat, starb Stalin. Während der gewaltigen Trauerdemonstration, die in Berlin wie in der ganzen Welt stattfand, hörte ich nicht nur einmal die fast verzweifelte Frage: “Was soll denn nun werden? Wie wird es weitergehen?” Ich habe damals gedacht und wohl auch diesem und jenem gesagt: “Wie kann ein Marxist nur so fragen? Es werden andere an seine Stelle treten und seine Sache, die Sache Lenins, weiterführen!”

Nur zu bald sollte ich feststellen, dass ich unrecht, dass ich die Rolle der Persönlichkeit doch unterschätzt hatte. Woher kam das? Mir war noch nicht klar, was ich erst langsam hinzulernte: dass nämlich die Rolle der Persönlichkeit in der sozialistischen Gesellschaft um vieles bedeutsamer ist, als im Kapitalismus. Im Kapitalismus wäre ganz unmöglich, dass ein Partei- oder Staatsführer durch eine Politik des Verrates an seiner Klasse die kapitalistische Ordnung un-terminieren und Schritt für Schritt und Stück für Stück in eine nicht mehr kapitalistische, in eine sozialistische überführen könnte. Im Sozialismus aber ist ein solcher Weg der Unterminierung der sozialistischen Ordnung und ihre Perestroika in eine kapitalistische mittels einer Politik des Klassenverrates durch die Partei- und Staatsführung nicht nur möglich, sondern von Chruschtschow begonnen und von Gorbatschow zum Erfolg geführt worden. Woran liegt das?

Die Erklärung kennen wir eigentlich alle, aber wir machen sie uns nicht bewusst: Der Kapitalismus ist ein sich selbst regulierendes System, dessen Gesetzen die Menschen unterworfen sind. Der Sozialismus ist in Theorie und Praxis eine Wissenschaft. Der sozialistische Aufbau muss also auch wissenschaftlich betrieben werden, d.h., der sozialistische Politiker und Ökonom muss die Gesetze der Entwicklung der Gesellschaft und die ökonomischen Gesetze des Sozialismus kennen und darauf seine Politik aufbauen. Oder anders gesagt: Während der Prozess der Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus ein spontaner Prozess ist, ist der Prozess der Errichtung und Entwicklung des Sozialismus ein bewusster, organisierter Prozess. Das aber bedeutet, dass die Führungsqualitäten der führenden Persönlichkeiten im Sozialismus eine für das Schicksal des Sozialismus, für das Gelingen oder das Scheitern des sozialistischen Aufbaus, entscheidende Rolle spielen. Das bedeutet aber auch, dass die imperialistischen Politiker über ganz andere und wirkungsvollere Mittel der Einflussnahme auf die politische Entwicklung in den Ländern des Sozialismus verfügen, als umgekehrt. Das sozialistische System kann durch Einschleusung von Agenten des Imperialismus in seinen Herrschaftsapparat oder durch Korrumpierung von Führungskräften paralysiert und sogar zerstört werden, das kapitalistische System nur durch den Kampf der Massen.

Die Bourgeoisie weiß um diese besonders große Bedeutung revolutionärer Persönlichkeiten für den Sieg des Sozialismus offenkundig besser Bescheid, als wir. Daher gehört die Planung von Morden an besonders fähigen, populären und unbestechlichen Führern der kommunistischen Parteien und der antiimperialistischen Bewegungen ebenso zum Alltagsgeschäft der imperialistischen Geheimdienste wie die Zersetzung revolutionärer Bewegungen und der kommunistischen Parteien von innen. Und daher auch ihre besonders großen Hoffnungen auf das Ableben von besonders populären und hervorragenden revolutionären Führern, und die besonders intensiven Bemühungen, nach deren Tod auf die Wahl des Nachfolgers Einfluss zu

nehmen. Dazu gab es die Einteilung der Führer der kommunistischen Parteien in die "Tauben" die zu fördern und die "Falken", die zu bekämpfen waren; später taufte man dann die zu Fördernden in die "Antistalinisten" und "Reformer" um, und die zu Bekämpfenden und zu Eliminierenden in "Stalinisten" und "Betonköpfe."

Schon in den letzten Wochen und Tagen Lenins hoffte man im Westen auf die Schwächung und Zersetzung der Sowjetmacht durch Machtkämpfe um die Nachfolge Lenins nach dessen Tod. Und sie hatten Grund zu solchen Hoffnungen, denn der jahrzehntelange Gegner Lenins, der erst in den letzten Monaten vor der Oktoberrevolution, auf dem VI. Parteitag der Bolschewiki im August 1917, durch Eintritt in die Partei Lenins auf den Zug der von den Bolschewiki vorbereiteten und geführten Revolution aufgesprungen war, Trotzki, setzte alles daran, sich als Nachfolger Lenins an die Spitze der Partei zu setzen. Wäre ihm das gelungen, wäre das gleichbedeutend gewesen mit dem Ende der Partei als marxistisch-leninistischer Partei, und damit gleichbedeutend mit dem Ende der Sowjetmacht. Denn im Gegensatz zu Lenin und der Mehrheit der führenden Genossen vertrat Trotzki vehement die These, dass der Sieg und der Aufbau des Sozialismus in einem Lande unmöglich sei.

Lenin hatte 1915 in einem Aufsatz in der Schweizer Zeitung "Sozialdemokrat" erstmals davon gesprochen, dass der Sieg des Sozialismus in einem einzeln genommenen Lande möglich sei. Er schrieb in dem Artikel "Die Vereinigten Staaten von Europa":

Als selbständige Losung wäre ... die Losung Vereinigte Staaten der Welt wohl kaum richtig, denn erstens fällt sie mit dem Sozialismus zusammen, und zweitens könnte sie die falsche Auffassung von der Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande und eine falsche Auffassung von den Beziehungen eines solchen Landes zu den übrigen entstehen lassen. Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, dass der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist." (Nachzulesen ist das in Bd.21, S.345 der Werke Lenins, Berlin 1960).

Sofort meldete sich Trotzki mit einem Gegenartikel zu Wort, in dem er schrieb:

"Das einzige einigermaßen konkrete historische Argument gegen die Losung der Vereinigten Staaten wurde im schweizerischen ‚Sozialdemokrat‘ in folgendem Satz formuliert: ‚Die Un-gleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus.‘ Daraus zog der ‚Sozialdemokrat‘ den Schluss, dass der Sieg des Sozialismus in einem Lande möglich sei." Dem widersprach Trotzki mit der Feststellung, es wäre aussichtslos, zu glauben, "dass zum

Beispiel ein revolutionäres Russland einem konservativen Europa gegenüber sich behaupten ... könnte." (In: Trotzki, Schriften, Bd. III, Teil I, S.89).

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution hofften natürlich alle Revolutionäre in Russland, dass ihrem Beispiel die Arbeiter in anderen Ländern, vor allem in Deutschland folgen würden. Als sich dann nach dem Abklingen der revolutionären Welle herausstellte, dass Sowjetrussland zunächst allein in einer kapitalistischen Umkreisung leben müsse, waren Lenins Worte von 1915 von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande, noch dazu einem Lande wie Russland, das gewissermaßen einen eigenen Kontinent darstellte, der Leitfaden für das Handeln der wirklichen Bolschewiki.

Trotzki dagegen hielt an seiner These von der Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande fest und verkündete, ohne den Sieg der Weltrevolution sei die Sowjetunion zum Untergang verurteilt. Die Revolution müsse deshalb "permanent" gemacht werden und nötigenfalls mit den Bajonetten der Roten Armee nach Westen getragen werden – oder sie werde "auf dem Halm verfaulen". Trotzki's "Theorie der permanenten Revolution" verbarg in Wahrheit unter "revolutionärem" Etikett eine Theorie der Kapitulation für den Fall, dass die "Weltrevolution" nicht baldigst die russische Revolution aus der Isolierung befreien würde. Diese Theorie war zugleich abenteuerlich und defätistisch, und auf jeden Fall konterrevolutionär. Der Kampf gegen sie war deshalb ein Kampf, von dessen Ausgang die Existenz der Sowjetmacht abhing.

Weil Stalin am entschiedensten gegen Trotzki's Untergangsthese von der "Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande" Lenins These von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande, in der Sowjetunion, verteidigte, konzentrierten Trotzki und die Seinen das Hauptfeuer auf Stalin. Sie haben immerhin erreicht, dass die meisten Leute heute glauben, Stalin sei der "Erfinder der Theorie von der Möglichkeit des Sozialismus in einem Lande" gewesen und keine Ahnung davon haben, dass diese Theorie von Lenin stammt, noch davon, mit welchen Argumenten Stalin diese Leninsche Theorie verteidigte und begründete. Deshalb sei hier vorgetragen, was Stalin dazu in seiner Arbeit "Zu den Fragen des Leninismus" 1926 geschrieben hat:

"Was bedeutet die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande? Das bedeutet die Möglichkeit, die Gegensätze zwischen Proletariat und Bauernschaft mit den inneren Kräften unseres Landes zu überwinden, die Möglichkeit, dass das Proletariat die Macht ergreifen und diese Macht zur Errichtung der vollendeten sozialistischen Gesellschaft in unserem Lande ausnutzen kann, gestützt auf die Sympathien und die Unterstützung der Proletarier der anderen Länder, aber ohne vorherigen Sieg der proletarischen Revolution in anderen Ländern.

Was bedeutet die Unmöglichkeit des vollen, endgültigen Sieges des Sozialismus in einem Lande ohne den Sieg der Revolution in anderen Ländern? Das bedeutet die Unmöglichkeit einer vollständigen Garantie gegen die Intervention und folglich gegen die Restauration der bürgerlichen Ordnung, wenn die Revolution nicht wenigstens in einer Reihe von Ländern gesiegt hat.” (Nachzulesen in Band 8, S.58 der Stalin-Werke.)

Nicht wenige Leute meinen heute, der Untergang der Sowjetunion beweise, dass Trotzki mit seiner These von der Unmöglichkeit des Sozialismus in einem Lande doch gegen Stalin recht behalten habe. Sie übersehen dabei jedoch erstens, dass die Sowjetunion nicht unterging, als sie noch der einzige sozialistische Staat der Erde war, sondern nachdem es sozialistische Staaten und Staaten sozialistischer Orientierung schon in allen Erdteilen außer Australien gab, die in den Jahren von 1948/49 an bis 1960, bis zum von Chruschtschow bewerkstelligten Bruch mit der Volksrepublik China und Albanien, eine sozialistische Staatengemeinschaft gebildet hatten, die bereits ein Drittel des Erdballs ausmachte. Das Problem des Sozialismus in einem Lande war damit gegen Trotzki im Sinne Lenins und Stalins gelöst. Und diese Leute vergessen nun ganz und gar, dass allein das bisherige Überleben des sozialistischen Winzlings Kuba im Würgegriff seines übermächtigen Nachbarn USA nach dem Untergang seiner wichtigsten Unterstützer die Trotzki-Theorie von der Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande der Lächerlichkeit preisgibt und beweist, dass Trotzki nie begriffen hat, wo die Wurzeln der Überlebenskraft der proletarischen Revolution liegen. Noch vor Lenins Tod begann er den Kampf um die Macht. Selbst in der nach dem XX. Parteitag “entstalinisierten” “Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion” aus dem Jahre 1970 (erschieden in Berlin 1971), wurde dies noch wahrheitsgemäß berichtet:

“Trotzki machte sich den Umstand zunutze, dass der Führer der Partei, W.I. Lenin, infolge seiner schweren Erkrankung aus der Arbeit ausgeschieden war, und nahm den Kampf gegen die Partei erneut auf. Er hoffte, dass die Schwierigkeiten im Lande seine Pläne begünstigen würden, die Führung der Partei an sich zu reißen und eine Linie durchzusetzen, die letztlich zur Restauration des Kapitalismus geführt hätte.” (S.423).

Dabei setzte er vor allem auf Lenins Aufzeichnungen vom 23./24./25. Dezember 1922 und 4. Januar 1923, die als Brief an den bevorstehenden XIII Parteitag gedacht waren. Aus diesen Aufzeichnungen spricht die große Sorge Lenins, die Auseinandersetzungen in der Partei, vor allem zwischen Trotzki und Stalin, könnten zur Spaltung der Partei führen. Er gab in diesen Aufzeichnungen auch eine kurze Charakteristik der wichtigsten Genossen der Führung der Partei, – Trotzki, Stalin, Sinowjew, Kamenjew, Bucharin und Pjatakow, wobei er deren Vorzüge und Mängel

benannte. Dabei war Stalin der einzige, bei dem er an seiner politischen Haltung nichts auszusetzen hatte, wohl aber an, wie er sie nannte, Stalins Grobheit in den innerparteilichen Auseinandersetzungen.

“Stalin ist zu grob”, schrieb er am 4. Januar 1924, “und dieser Mangel, der in unserer Mitte und im Verkehr zwischen Kommunisten durchaus erträglich ist, kann in der Funktion des Generalsekretärs nicht geduldet werden. Deshalb schlage ich den Genossen vor, sich zu überlegen, wie man Stalin ablösen könnte, und jemand anderen an diese Stelle zu setzen, der sich in jeder Hinsicht von Gen. Stalin nur durch einen Vorzug unterscheidet, nämlich dadurch, dass er toleranter, loyaler, höflicher und den Genossen gegenüber aufmerksamer, weniger launenhaft usw. ist. Es könnte so scheinen, als sei dieser Umstand eine winzige Kleinigkeit. Ich glaube jedoch, unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung einer Spaltung und unter dem Gesichtspunkt der von mir oben geschilderten Beziehungen zwischen Stalin und Trotzki ist das keine Kleinigkeit, oder eine solche Kleinigkeit, die entscheidende Bedeutung erlangen kann.” (Die genannten Aufzeichnungen vom 22. 12. 1923 bis zum 4. 1. 1924 sind nachzulesen in Band 36, S.577-580, Berlin 1964 der Lenin-Werke).

Die trotzkistische Propaganda behauptet bis zum heutigen Tage, Stalin habe diese Kritik Lenins vor der Partei verheimlicht. Wie es sich wirklich verhielt, das wird in einem 1995 in Moskau erschienenen und natürlich antikommunistischen Buch mit dem Titel: Stalin. Briefe an Molotow 1925-1936, in Deutschland 1996 im Siedler Verlag herausgebracht, von einem der Herausgeber wie folgt beschrieben:

“Nur Nadeschda Krupskaja, Lenins Frau, kannte den vollen Inhalt des Dokuments, das sie nach Lenins Tod Anfang 1924 zusammen mit anderen Papieren dem Zentralkomitee übergab. Die Parteiführung entschied, Lenins Brief nicht in das offizielle Protokoll des bevorstehenden XIII. Parteitages aufzunehmen, sondern es den einzelnen Delegationen vertraulich zu verlesen. Stalin bot seinen Rücktritt als Generalsekretär an, dies wurde aber nicht akzeptiert. Der Brief selbst wurde nicht veröffentlicht.” (S.33 des angegebenen Buches).

Veröffentlicht wurde jedoch Stalins Rede über “Die trotzkistische Opposition früher und jetzt” vom 23. Oktober 1927, in der Stalin auf die so genannte “Eastman-Affäre” einging und dann ausführte:

“Man sagt, Genosse Lenin habe in diesem “Testament” dem Parteitag vorgeschlagen, man solle sich im Hinblick auf Stalins ‚Grobheit‘ überlegen, ob man nicht Stalin als Generalsekretär durch einen anderen Genossen ersetzen solle. Das stimmt durchaus. Ja, Genossen, ich bin grob gegen diejenigen, die grob und verräterisch die Partei zersetzen und spalten. Ich habe das nicht verheimlicht und verheimliche es nicht. Möglich, dass hier eine gewisse Milde gegenüber den Spaltern erforderlich ist. Aber

das bringe ich nicht fertig. Gleich in der ersten Sitzung des ZK-Plenums nach dem XIII. Parteitag ersuchte ich das Plenum des ZK, mich von der Funktion des Generalsekretärs zu entbinden. Der Parteitag selbst behandelte diese Frage. Jede Delegation behandelte diese Frage, und alle Delegationen, unter ihnen auch Trotzki, Kamenew, Sinowew, verpflichteten Stalin einstimmig, auf seinem Posten zu bleiben.

Was konnte ich tun? Von meinem Posten davonlaufen? Das ist nicht meine Art, ich bin niemals von irgendeinem Posten davongelaufen, und ich habe kein Recht, davonzulaufen, denn das wäre Desertion... Ein Jahr danach richtete ich erneut einen Antrag an das Plenum, mich von meiner Funktion zu entbinden, aber man verpflichtete mich erneut, auf meinem Posten zu bleiben. Was konnte ich weiter tun?

Was die Veröffentlichung des ‚Testaments‘ angeht, so beschloss der Parteitag, es nicht zu veröffentlichen, da es an den Parteitag gerichtet und nicht für die Presse bestimmt war.“ (Zu finden in: Stalin, Werke, Bd. 10, S.153, Berlin 1953).

In der Tat hatte nicht Stalin, sondern hatten andere eine Veröffentlichung zu fürchten, hatte Lenin doch Trotzki „Nichtbolschewismus“ bescheinigt, von Kamenew und Sinowjew gesagt, „dass die Episode im Oktober natürlich kein Zufall war“ – (im Oktober 1917 hatten die beiden der bürgerlichen Presse den in der Parteiführung beschlossenen Termin für den Beginn des bewaffneten Aufstandes zugespielt, weshalb Lenin damals für diesen Verrat ihren Ausschluss aus der Partei verlangt hatte); und hatte Lenin doch von Bucharin gesagt, „er gilt mit Recht als Liebling der ganzen Partei, aber seine theoretischen Anschauungen können nur mit sehr großen Bedenken zu den völlig marxistischen gerechnet werden“.

Trotzki aber benutzte das „Testament“ mit der Empfehlung, Stalin als Generalsekretär durch einen anderen zu ersetzen, dazu, der Parteiöffentlichkeit zu suggerieren, Lenin habe als seinen Nachfolger an der Spitze der Partei ihn, Trotzki, im Auge gehabt. Dabei gab ihm das 1925 herausgebrachte Buch eines amerikanischen Journalisten und Trotzki-Sympathisanten, Max Eastman, mit dem Titel: „Since Lenin Died“, kräftige Hilfestellung. Zu diesem Eastman und seinem Buch hatte Stalin in der erwähnten Rede ausgeführt: „Es gibt da einen gewissen Eastman, einen ehemaligen amerikanischen Kommunisten, der dann aus der Partei hinausgeworfen wurde. Nachdem sich dieser Herr eine Zeitlang in Moskau unter Trotzkiisten herumgetrieben und verschiedene Gerüchte und Verleumdungen in Bezug auf Lenins ‚Testament‘ gesammelt hatte, fuhr er ins Ausland und gab unter dem Titel ‚Nach Lenins Tod‘ ein Buch heraus, in dem er nicht an Farben spart, um die Partei, das Zentralkomitee und die Sowjetmacht zu verleumden, und in dem alles darauf aufgebaut ist, dass das ZK unserer Partei angeblich das ‚Testament‘ Lenins ‚verheimlicht‘. Da dieser Eastman eine Zeitlang mit Trotzki in Verbindung stand, forderten wir, die Mitglieder des Politbüros, Trotzki auf, sich von Eastman abzugrenzen, der dadurch, dass er sich an

Trotzki klammert und sich auf die Opposition beruft, Trotzki für die Verleumdungen unserer Partei hinsichtlich des ‚Testaments‘ verantwortlich macht. Da die Frage so offenkundig war, grenzte sich Trotzki wirklich von Eastman ab und gab eine entsprechende Erklärung an die Presse. Sie wurde im September 1925 in Nummer 16 des ‚Bolschewik‘ veröffentlicht.“

Dieses Buch war eine unverhohlene Hilfestellung für Trotzki in dessen Kampf um die Nachfolge Lenins. Was von Eastmans “Enthüllungen” zu halten ist, schildert der Mitherausgeber der oben erwähnten Dokumentation der Stalin-Briefe an Molotow aus dem Jahre 1995 wie folgt:

“Frühere westliche Interpretationen sind stets davon ausgegangen, dass Eastmans Buch »lange Auszüge«, des Testaments »korrekt wiedergibt«. Als ich Testaments »Since Lenin Died« las, stellte ich zu meiner Überraschung fest, dass dies weit von der Wahrheit entfernt ist. Eastman gibt das Testament nicht nur stark entstellt wieder. Vielmehr dienen seine Entstellungen alle ganz offensichtlich einem politischen Zweck, der im Schlusssatz des Buches unzweideutig formuliert ist: Die Revolutionäre anderer Länder sollten sich daran erinnern, dass »sie nicht gelobt haben, im Namen des ‚Leninismus‘ die internationale Autorität einer Gruppe zu akzeptieren, vor der Lenin in seinen letzten Worten warnt und die wesentlichen Texte Lenins unterschlagen hat, um diese Autorität aufrechtzuerhalten«.

Eastman interpretiert das Testament als eine »direkte Bestätigung von Trotzki Ansehen«. Um zu dieser Schlussfolgerung zu kommen, musste er die positiven Äußerungen über andere Führungspersönlichkeiten und die negativen Bemerkungen über Trotzki weglassen. Die Schuld für diese Fehler ist nicht in erster Linie Eastman anzulasten, der sich auf »drei verantwortliche hochgestellte Kommunisten in Russland« berief, die das Testament gelesen und »sich seine wichtigsten Sätze eingeprägt« hatten. In seinen Memoiren, die 1964 erschienen, erinnert sich Eastman, dass Trotzki auf dem XIII. Parteitag im Jahre 1924 »mich in eine verborgene Ecke des Palastes zog und mir dort die wichtigsten Sätze aus Lenins ‚Testament‘ mitteilte«. (In einem Memorandum an Stalin,... deutet Trotzki an, er habe Eastman während dieser Zeit nicht getroffen.) Vor der Veröffentlichung zeigte Eastman sein Manuskript Christian Rakowski, einem Gefolgsmann Trotzki, der damals in Frankreich tätig war. Rakowski stimmte der Veröffentlichung zu. Die Verantwortung für die Entstellungen scheint deshalb bei der Trotzki-Gruppe selbst zu liegen.“ (S.34/35)

Damit aber hatte die Trotzki eine Grube gegraben, in die Stalin stürzen sollte, in die er aber nun selber fiel. Er konnte nicht anders, als der Forderung des Politbüros nachzukommen und sich von den Lügen und Verleumdungen Eastmans in dem von Stalin erwähnten Artikel zu distanzieren. In seiner Rede über die trotzkistische

Opposition zitierte Stalin eine lange Passage aus diesem Artikel Trotzki's. Trotzki hatte darin festgestellt:

“Es versteht sich von selbst, dass alle diese Briefe und Vorschläge (Lenins) stets bestimmungsgemäß weitergeleitet, den Delegierten des XII. und XIII. Parteitag's zur Kenntnis gebracht wurden und selbstverständlich immer entsprechenden Einfluss auf die Beschlüsse der Partei ausübten, und wenn nicht alle diese Briefe veröffentlicht wurden, so deshalb, weil sie von ihrem Verfasser nicht für die Presse bestimmt waren.... Alle Redereien über ein verheimlichtes oder verletztes ‚Testament‘ sind böswillige Erfindungen und sind ganz und gar gegen den faktischen Willen Wladimir Iljitschs sowie gegen die Interessen der von ihm geschaffenen Partei gerichtet.”

Das kam einer Selbstentlarvung gleich, denn jedem musste klar sein, dass die Quelle für Eastmans “Enthüllungen” nur Trotzki selbst und seine Gruppe sein konnte. Die “East-man-Affäre” dürfte daher mit dazu beigetragen haben, dass der Versuch, Lenins Tod dazu auszunutzen, durch Entfesselung eines Machtkampfes die KPdSU zu schwächen und führungsunfähig und dadurch den Weg für eine kapitalistische Restauration frei zu machen, kläglich scheiterte. Das Hauptverdienst dafür kam Stalin zu. Es war ein Glücksfall für die KPdSU und für die Sowjetunion, dass nach Lenins Tod ein Mann wie Stalin bereitstand, der Lenins Ideen wie kein zweiter sich zu eigen gemacht hatte und die notwendige Elastizität und Härte besaß, die notwendig war im Überlebenskampf der Sowjetunion gegen die feindlichen Umkreisung, besonders, nachdem der Imperialismus die Sowjetunion mit dem Überfall des faschistischen Deutschland bedrohte.

Ich habe diese weit zurückliegende Geschichte so ausführlich erzählt, weil sie nach Stalins Tod – 5.März 1953 – wieder hervorgeholt wurde, um zu dem gleichen Zweck eingesetzt zu werden, zu dem sie damals von Trotzki und den Seinen eingesetzt worden war. Wieder erhofften sich die Imperialisten vom Tode des verhassten und gefürchteten Bolschewikenführers eine Chance, in die unvermeidliche Situation der Unsicherheit während der Herausbildung der neuen Führung zu ihren Gunsten eingreifen und Leute ihrer Wahl an die Spitze bringen zu können. Hätte ich damals, 1953, schon das westdeutsche “Keesings Archiv der Gegenwart” gekannt und dessen Veröffentlichungen verfolgt, es wäre mir schneller gelungen, dahinter zu kommen, dass man in London und Washington mit der neuen Moskauer Führung sehr zufrieden war und große Hoffnungen auf sie setzte. Ich hätte dann nämlich folgende Berichte lesen können:

Der neue USA-Präsident Eisenhower hielt am 16.April 1953 eine Rede, in der er sagte: “Die Welt weiß, dass mit dem Tode Stalins eine Epoche zu Ende ging... Jetzt ist eine neue Führergeneration in der Sowjetunion an die Macht gekommen. Die sie mit der Vergangenheit verknüpfenden Bande mögen auch noch so stark sein, sie

bedeuten jedoch keine feste Bindung für sie.” (Zwischenfrage: Woher wussten die das?) Eisenhower fuhr fort: “Die Gestaltung der Zukunft hängt weitgehend von ihrem Willen ab... Die neuen sowjetischen Führer haben somit eine einmalige Gelegenheit, sich ... darüber klar zu werden, welchen Grad der allgemeinen Gefährdung wir erreicht haben, und dass sie das Ihre tun müssen, den Lauf der Geschichte zu wenden.”

Churchill am 11. Mai 1953 im Unterhaus: “Das wichtigste Ereignis ist natürlich die Änderung der Haltung und, wie wir alle hoffen, des Geistes, die im Sowjetbereich und insbesondere im Kreml seit dem Tode Stalins stattgefunden hat.... Es ist die Politik der (britischen) Regierung, es durch jedes Mittel in ihrer Macht zu vermeiden, etwas zu tun oder zu sagen, das irgendeine günstige Reaktion hemmen könnte, die sich ergeben könnte, sowie jedes Zeichen einer Verbesserung in unseren Beziehungen zu Russland zu begrüßen.”

Hätte ich das damals schon zu lesen bekommen, ich hätte mich bestimmt gefragt: Was ist denn da los? Woher auf einmal so viel Hoffnung auf und Wohlwollen gegenüber dieser neuen Kreml-Führung? Haben die da etwa einen Vertrauensmann drin? Ich hatte es aber nicht gelesen und brauchte deshalb viel länger, bis ich wegen einer Abfolge von Ereignissen zwischen 1953 und 1956 schließlich doch auch auf die gleiche Frage gestoßen wurde. Die Ereignisse, die das waren, kann ich aus Zeitmangel hier nur benennen. Was es war, das mich stutzig und misstrauisch machte, habe ich in der Einleitung meines Buches (Die Taubenfuß-Chronik oder Die Chruschtschowiade 1953 bis 1964, Bd. I 1953 bis 1957, S. 9-26) einigermaßen ausführlich genannt, und vielleicht haben wir in der Diskussion noch Zeit, darauf zurückzukommen.

Der erste Anlass dafür, dass ich mich fragte, warum die Freunde in Karlshorst so etwas zuließen oder vielleicht sogar die Anweisung dafür gegeben haben, war das Kommuniqué der SED-Parteiführung über den “Neuen Kurs” , das am 11. Juni 1953 veröffentlicht wurde. (Ausführliches kann man dazu in meinem Buch “Wider den Revisionismus” in dem Artikel über den 17. Juni 1953 nachlesen.)

Das zweite Ereignis, das mich überraschte und mir den Eindruck vermittelte, dass da drüben in der SU etwas nicht mehr ganz rund lief, war die Mitteilung im Dezember 1953 über die Erschießung Berijas, – nach Stalins Tod zusammen mit Malenkov, Molotow und Chruschtschow prominentes Mitglied der neuen “kollektiven Führung” der KPdSU, nun zum Tode verurteilt mit der Beschuldigung, seit dem Bürgerkrieg schon ein imperialistischer Agent gewesen zu sein.

Als Drittes dann im Mai 1955 Chruschtschows Totalrehabilitierung Titos mit der Erklärung, alle 1948 und danach gegen ihn erhobenen Vorwürfe seien Erfindungen

von Staatsfeinden und imperialistischen Agenten gewesen, – eine Behauptung, die ganz offenkundig falsch war und die Frage aufwarf, was eigentlich mit dieser Geschichtslüge bezweckt wurde. Schließlich wusste ja alle Welt, dass Tito Jugoslawien in den Balkanpakt geführt hatte, dessen weitere Mitglieder die NATO-Staaten Türkei und Griechenland waren und der zum USA-geführten, gegen die Sowjetunion gerichteten Bündnissystem gehörte. Nicht weniger bekannt war, dass die USA, die ein striktes Waffenausfuhrverbot in die sozialistischen Staaten erlassen hatten, keinerlei Bedenken trugen, Tito-Jugoslawiens Armee mit Waffen auszurüsten.

Als Viertes und bislang Verwirrendstes – Chruschtschows Stalin-Verdammungsrede auf dem XX. Parteitag im Februar 1956. Sie schlug nicht nur allem ins Gesicht, was wir bisher aus der Sowjetunion über Stalin gehört, gelesen und in Filmen gesehen hatten, und es war das auch so sehr das Gegenteil dessen, was bisher Chruschtschow selbst über Stalin gesagt hatte, vor allem aber enthielt diese Rede nicht wenige ganz offenkundige Unwahrheiten, dass ich mich nunmehr ernsthaft fragte: Wer ist denn dieser Chruschtschow wirklich? Kann man ihm tatsächlich weiterhin voll vertrauen?

Und dann geschah schließlich im Herbst des Jahres 1956, in den Tagen der Konterrevolution in Ungarn, das absolut Unbegreifliche und Unverzeihliche: Die Rote Armee stand mit ihren Panzern im Lande und griff tagelang nicht ein, als das ungarische Faschistengesindel wie in den Tagen der Liquidierung der Räterepublik in Ungarn im Jahre 1919 die Kommunisten jagte und an den Bäumen aufknüpfte. Die Verantwortung dafür konnte nur bei der Spitze, bei Chruschtschow liegen.

Was aber sollte man von einem Manne halten, der einen Liebling des Imperialismus, wie Tito, trotz erwiesener Feindschaft gegen die Sowjetunion und ebenso erwiesener Mitgliedschaft im USA-geführten Paktsystem rehabilitierte und einen “Teuren Genossen” nannte – gleichzeitig aber den Rotarmisten in Ungarn den Befehl gab, tagelang tatenlos zuzusehen, wie die ungarischen Genossen ermordet wurden?

In meinem Buche (ebenda, S. 20) schildere ich, wie ich schließlich zu der Gewissheit gelangte, dass mit Chruschtschow als Generalsekretär der KPdSU das Undenkbare Wirklichkeit geworden war – dass nämlich ein als Marxist-Leninist getarnter Feind an die Spitze der Partei Lenins gelangt war. Diese Feststellung klingt manchem noch heute ungeheuerlich, aber nach den Erfahrungen mit einem Gorbatschow als KPdSU-Chef wohl nicht mehr so ganz unwahrscheinlich und abenteuerlich, weil sich das Undenkbare nun doch vor aller Augen als nicht nur denkbar, sondern als traurige Wirklichkeit erwiesen hat.

Umso dringlicher aber stellt sich die Frage: Wie war das möglich? Bis wir imstande sein werden, darauf eine umfassende Antwort zu geben, wird noch viel Zeit vergehen, weil es noch lange dauern wird, bis wir Zugang auch zu den Archiven

bekommen, in denen ein Teil der Antwort verborgen ist. Aber Wesentliches zum Aufkommen und Wuchern des Revisionismus können wir doch schon heute sagen.

I. Gemeinsamkeiten und Unterschiede des “alten” und des “modernen” Revisionismus in den sozialistischen Ländern.

In der Zielsetzung:

Als “alten Revisionismus” bezeichne ich den Revisionismus, der Ende des 19. Jahrhunderts in den Parteien der Sozialdemokratie aufkam, als “moderner Revisionismus” wurde der seit Ende der vierziger Jahre in der kommunistischen Bewegung aufkommende Revisionismus in den Dokumenten der internationalen Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien bezeichnet. Beide sind Agenturen der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung. Aber der alte wirkt im Kapitalismus, der moderne vor allem im Sozialismus, aber auch in den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder. Wir beschäftigen uns hier mit der Rolle des Revisionismus im Sozialismus.

Der alte Revisionismus will die Revolution verhindern, um den Kapitalismus zu erhalten. Der moderne will die Revolution rückgängig machen, um den Kapitalismus zu restaurieren.

Bei der Entstehung:

Der alte Revisionismus ist das Ergebnis der Entwicklung des Kapitalismus zum Monopolkapitalismus, zum Imperialismus und des Entstehens der Arbeiteraristokratie, der vom Imperialismus korrumpierten Arbeiterschichten. Er ist der theoretische Ausdruck der Haltung der mit Brosamen der Extraprofite des Monopolkapitals korrumpierten Arbeiterschichten, die ihren Frieden mit einem “reformierten” Kapitalismus gemacht haben. Zu Beginn des Imperialismus war das auch in den Hauptländern des Kapitals eine mehr oder weniger dünne Oberschicht, heute stellt sie in diesen Ländern eine sehr breite Schicht dar, deren Ideologie gegenwärtig zur Ideologie der großen Mehrheit der Arbeiterklasse geworden ist.

Der moderne Revisionismus entstand auf andere Weise, ist nicht “von unten gewachsen”. Den Begriff des “modernen Revisionismus” gab es in der Sowjetunion der Vorkriegszeit nicht, weil es das, was ihn ausmacht, noch nicht gab. Es gab den Trotzismus als “linke” Abweichung, und es gab rechte, opportunistische Abweichungen von der marxistisch-leninistischen Generallinie der Partei, aber sie besaßen noch keine durch bestimmte Inhalte gekennzeichnete programmatische Ausprägung.

Das treffen wir erst nach dem Zweiten Weltkrieg an, aber nicht zuerst in der Sowjetunion, sondern in Titos Jugoslawien.

Eines der Merkmale des modernen Revisionismus ist die Geringschätzung der Rolle der Partei, das Bestreben, sie in einer klassenübergreifenden nationalen oder Volksfront aufgehen zu lassen. Genau diese Linie verfolgte Tito in Jugoslawien. In einer Rede, die er 1947 auf dem II. Kongress der Volksfront Jugoslawiens hielt und die 1947 von einem Westberliner Verlag in großer Auflage unter dem Titel "Marschall Tito: Wie wir es machen" verbreitet wurde, sagte er: "Besitz die Kommunistische Partei außerhalb der Volksfront irgendein anderes Programm? Nein! Die Kommunistische Partei hat kein anderes Programm. Das Programm der Volksfront ist auch ihr Programm."

Ein weiteres Merkmal des Tito-Revisionismus war die Leugnung der Einteilung der Welt in ein Lager des Imperialismus und ein Lager des Sozialismus. Die Dokumente der Tito-Partei kennen eine solche Teilung nicht, sondern sprechen stets von der Einteilung der Welt in "entgegenstehende militärische Blöcke." Trotz ihrer Zugehörigkeit zum imperialistischen Bündnis-system behaupteten sie von sich, "blockfrei" zu sein und traten als Organisatoren eines Blocks der "Blockfreien" auf.

Die Propagierung der "Blockfreiheit" – bedeutete jedoch und hatte zum Ziel und Ergebnis die Länder der nationalen Befreiungsbewegungen von einem Bündnis mit ihren natürlichen Verbündeten im Kampf um nationale Unabhängigkeit, mit den sozialistischen Ländern fernzuhalten. Während Fidel Castro innerhalb der Bewegung der "Blockfreien" immer wieder für ein solches Bündnis eintrat, stellte sich ihm Tito stets mit der Forderung entgegen, die "Block-freien" müssten "gleichen Abstand zu beiden Blöcken" halten. Das war eine raffiniert verschleierte Hilfestellung für den USA-Imperialismus.

Was wir in Jugoslawien als Tito-Revisionismus vorfinden, war aber nicht dort entstanden, sondern hatte seinen Ursprung in den USA, genauer: der Schöpfer der Urform des modernen Revisionismus war Earl Browder, langjähriger Generalsekretär der KP der USA. Ab 1942, nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis, schlug er einen opportunistischen Kurs ein, löste die Partei auf und verwandelte sie in eine Art Propaganda-Verein, befürwortete das Aufgehen der Partei in einer breiten, alle Klassen umfassenden antifaschistischen Front, die Preisgabe des Kampfes der Kommunisten um den Sozialismus in den USA, und verkündete, die USA hätten ihre Absicht, den Sozialismus in der Sowjetunion zu beseitigen, aufgegeben, künftig werde ein dauerhafter Frieden durch die Zusammenarbeit der USA mit der UdSSR gesichert und die Sowjetunion solle ihre zerstörten Gebiete mit USA-Krediten wieder aufbauen. Diese revisionistischen Ideen fasste er in einer Schrift zusammen.

Diese Schrift wurde während des Krieges in deutscher und französischer Sprache in der Schweiz unter den kommunistischen Emigranten verschiedener Länder – vor allem deutscher, ungarischer und jugoslawischer – verbreitet und in Schulungen breit

popularisiert. Der Mann, der die Übersetzung, den Druck und die Verbreitung dieser Urschrift des modernen Revisionismus betrieb, war Noel Field. Er war mit Browder befreundet. Als Beamter des US-Außenministeriums war er im Völkerbund tätig gewesen, war während des Verteidigungskrieges der spanischen Republik gegen die faschistische Intervention in Spanien, gehörte nach dem Abzug der Interbrigadisten und deren Einweisung in Lager in Frankreich der Kommission an, die alle Freiwilligen der Internationalen Brigaden namentlich registrierte. In Frankreich und der Schweiz übernahm er die Leitung einer Hilfsorganisation und knüpfte dadurch Beziehungen zu den kommunistischen Emigranten vieler Länder an. Gleichzeitig arbeitete er mit dem in Bern residierenden Chef des US-Geheimdienstes OSS, Allan Dulles zusammen.

In Bezug auf die Entstehung des alten und des neuen Revisionismus können wir also kurz zusammenfassend sagen: Der sozialdemokratische Revisionismus ist gewissermaßen aus den Oberschichten der Arbeiterklasse herausgewachsen. Der "moderne" Revisionismus ist als imperialistische Zersetzungsideologie von außen in die kommunistische Bewegung eingeschleust worden.

Wie und warum aber konnte er dort Wurzeln schlagen und schließlich über den Marxismus-Leninismus in der Sowjetunion und ihren europäischen Verbündeten den Sieg davontragen?

Auf den Beratungen der Kommunistischen und Arbeiterparteien 1957 und 1960 wurde der moderne Revisionismus zur Hauptgefahr erklärt und werden seine Hauptbestandteile aufgezählt. So lesen wir in der Erklärung der Beratung von 1957:

"Der moderne Revisionismus ist bemüht, die große Lehre des Marxismus-Leninismus in Verruf zu bringen, er erklärt sie für ‚veraltet‘, behauptet, sie habe heute ihre Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung verloren. Die Revisionisten sind bestrebt, die revolutionäre Seele des Marxismus auszumerzen und den Glauben der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes an den Sozialismus zu erschüttern. Sie wenden sich gegen die historische Notwendigkeit der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, sie leugnen die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, sie lehnen die Prinzipien des proletarischen Internationalismus ab, sie fordern Verzicht auf die grundlegenden Leninschen Prinzipien des Parteaufbaus und vor allem auf den demokratischen Zentralismus, sie fordern, dass die kommunistische Partei aus einer revolutionären Kampforganisation in eine Art Diskutierklub verwandelt wird."

Das ist ein sehr hilfreicher, aber nicht einmal vollständiger Katalog der Kennzeichen des modernen Revisionismus. Es fehlt ein ganz wichtiges Merkmal:

Die Verschleierung des unheilbar friedensfeindlichen Charakters des Imperialismus und seiner unversöhnlichen Feindschaft gegenüber dem Sozialismus, die Verbreitung der Illusion, der Imperialismus könne dazu gebracht werden, auf Dauer mit dem Sozialismus friedlich zusammenzuleben und zusammenzuarbeiten.

Diese Aufzählung ist sehr nützlich, hat aber auch einen großen Mangel: Es fehlt die klare Aussage darüber, wer ist Träger dieser Auffassungen. Es werden zwar die inhaltlichen Merkmale des Revisionismus beim Namen genannt, aber über Namen und Adressen der führenden Revisionisten wurde geschwiegen. Hätte man diese benannt, hätte zusammen mit Tito Chruschtschows Name genannt werden müssen.

Er hat auf dem XX. Parteitag den Marxismus-Leninismus für veraltet erklärt, indem er verkündete, jetzt sei auch der parlamentarische Weg zum Sozialismus möglich!

Er hat den Glauben an die Gerechtigkeit des Sozialismus, des eigenen Werkes erschüttert, indem er auf dem XX. Parteitag der KPdSU die Geschichte der Sowjetunion als die Geschichte eines Landes darstellte, das seit 1924 von einem Verbrecher und Massenmörder geleitet wurde.

Er hat für die Gegenwart die proletarische Revolution und in der Sowjetunion die Diktatur des Proletariats für entbehrlich erklärt, als er verkündete, sie sei in der Sowjetunion von der "Herrschaft des Volkes" abgelöst worden.

Er erklärte solche Revisionisten, wie Tito und Gomulka, die die Notwendigkeit der führenden Rolle der Kommunistischen Partei beim Aufbau des Sozialismus leugneten, zu zuverlässigen Marxisten-Leninisten.

Er erklärte den Verzicht auf die Prinzipien des proletarischen Internationalismus, als er 1955 zusammen mit Tito die jugoslawisch-sowjetische Belgrader Deklaration unterzeichnete, in der es u.a. heißt: "die Fragen der inneren Ordnung, des Unterschieds zwischen den konkreten Formen der Entwicklung des Sozialismus sind ausschließlich Sache der einzelnen Länder". Das war Chruschtschows Segen zum Tito-revisionistischen sog. "Nationalkommunismus!"

Aber er blieb ungenannt, konnte sich vielmehr auf beiden Tagungen als Vorkämpfer gegen den Revisionismus aufspielen.

Auf der Tagung von 1960 wurde die Anonymität des Revisionismuskorwurfes durchbrochen, indem eine scharfe Kennzeichnung und Verurteilung des Tito-Revisionismus in die Abschlusserklärung aufgenommen wurde:

"Die kommunistischen Parteien haben die jugoslawische Spielart des internationalen Opportunismus, die einen konzentrierten Ausdruck der 'Theorien' der modernen Revisionisten darstellt, einmütig verurteilt. Die Führer des Bundes der Kommunisten

Jugoslawiens, die den Marxismus-Leninismus verrieten, indem sie ihn für veraltet erklärten, haben der Erklärung von 1957 ihr antileninistisches revisionistisches Programm – (das “Laibacher Programm” von 1958, K.G.) – entgegengestellt. Sie haben den BdKJ der gesamten kommunistischen Weltbewegung entgegengestellt, ihr Land vom sozialistischen Lager losgerissen, es von der so ge-nannten Hilfe der amerikanischen und anderen Imperialisten abhängig gemacht und damit die Gefahr heraufbeschworen, dass das jugoslawische Volk seiner im heroischen Kampf erzielten revolutionären Errungenschaften verlustig geht. Die jugoslawischen Revisionisten betreiben eine Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Weltbewegung. Unter dem Vorwand einer blockfreien Politik entfalten sie eine Tätigkeit, die der Einheit aller friedliebenden Kräfte und Staaten Abbruch tut. Die weitere Entlarvung der Führer der jugoslawischen Revisionisten und der aktive Kampf dafür, die kommunistische Bewegung wie auch die Arbeiterbewegung gegen die antileninistischen Ideen der jugoslawischen Revisionisten abzuschirmen, ist nach wie vor eine unerlässliche Aufgabe der marxistisch-leninistischen Parteien.”

Diese Forderung war nur zu sehr berechtigt, aber sie kam viel zu spät. Was hier verlangt wurde – Entlarvung Titos als Revisionist, und Abschirmung der kommunistischen Bewegung gegen die antileninistischen Ideen der jugoslawischen Revisionisten – das hatten die Parteien des Kommunistischen Informationsbüros – KPdSU, Polnische Arbeiterpartei, Ungarische Partei der Werktätigen, KP der CSR, Bulgarische Arbeiterpartei, KP Frankreichs und KP Italiens – schon 12 Jahre vorher mit ihrer Resolution vom Juni 1948 “Über die Lage in der kommunistischen Partei Jugoslawiens” getan. Aber wir hatten ja schon gesehen, dass Chruschtschow 1955 mit seiner Totalrehabilitierung Titos diese – wie von der Beratung 1960 so nachdrücklich bestätigt – notwendige Schutzimpfung der ganzen kommunistischen Bewegung unwirksam gemacht hatte. Tito wurde von Chruschtschow zum Opfer von Verleumdungen von Parteifeinden und imperialistischen Agenten, fast zu einem unschuldig verfolgten Heiligen erklärt. Stalin aber, der genau das getan hatte, was in der Erklärung von 1960 verlangt wurde, – Stalin wurde auch dafür von Chruschtschow auf dem XX. Parteitag als Verfolger des unschuldigen Tito verdammt.

Chruschtschow hatte – nach dem Zeugnis von Enver Hoxha in seinem Buch “Die Chruschtschowianer” (S.502) – erklärt: “Das Dokument war ein Kompromiss, und Kompromisse haben ein kurzes Leben.” Er hat damit zum Ausdruck gebracht, dass er nicht im mindesten daran dachte, sich an das zu halten, was ihm an diesem Dokument nicht passte. Wiederum blieb der gefährlichste aller Revisionisten, Chruschtschow, ungenannt.

Und wie erfüllte Chruschtschow nun, 1960, die Forderung der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien? Überhaupt nicht! Er tat das genaue

Gegenteil! Er führte den Bruch mit den konsequentesten Kämpfern gegen den Tito-Revisinismus, mit China und Albanien, herbei und entfesselte eine beispiellose Hetzkampagne gegen diese beiden sozialistischen Bruderländer! Bereits auf dem Kongress von 1960 griff er Albanien und China massiv an. Von ihm war der Verlauf des Kongresses ganz anders geplant: Er hatte eine Anklageschrift gegen die KP Chinas verfasst, die vor Beginn der Konferenz an alle Delegationen verteilt wurde. Er wollte einen Kongress, der Jugoslawien erneut volle Rehabilitation gewährt und dafür Volkschina auf die Anklagebank setzt. Das ist ihm gründlich misslungen! Statt dessen wurde daraus ein Kongress, der seinen Schützling Tito verurteilte. Das war für ihn ein Betriebsunfall, der schnellstens korrigiert werden musste: Keine weiteren Entlarvungen der Tito-Revisionisten, sondern volles Feuer gegen Mao und Enver Hodscha, gegen Volks-China und Albanien!

Warum kam er damit durch?

Ein wesentlicher Grund war: Chruschtschow gelang es, wie schon auf der Beratung von 1957, durchzusetzen, dass in dem Dokument der Beratung der XX. Parteitag und seine Festlegungen als richtig bestätigt wurden.

Dazu schrieb die KP Chinas in ihrem Dokument vom 14. Juni 1963 :”Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung” : “Viele der falschen Ansichten im Erklärungsentwurf der Führung der KPdSU wurden abgelehnt... Auch die Delegation der KP Chinas und die Delegationen einiger anderer Parteien machten gewisse Zugeständnisse, nachdem die Führer der KPdSU damit einverstanden waren, ihre falschen Ansichten fallen zu lassen und die richtigen Ansichten der Bruderparteien anzunehmen. So zum Beispiel gingen unsere Meinungen über die Frage des XX. Parteitages der KPdSU... auseinander, aber mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der KPdSU und einiger anderer Bruderparteien gaben wir unsere Zustimmung, in diesen ...Fragen die gleiche Formulierung wie in der Deklaration von 1957 zu gebrauchen.” (In: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, hgg. von der KAZ 1993, Nachdruck der Ausgabe des Oberbaumverlages, Berlin 1971). Diese Formulierung lautete:

“Die historischen Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU haben nicht nur für die KPdSU und den kommunistischen Aufbau in der UdSSR große Bedeutung, sondern leiteten auch in der internationalen kommunistischen Bewegung eine neue Etappe ein und trugen zu deren weiterer Entwicklung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus bei.”

Um der Erhaltung der Einheit willen gingen damals die Parteien, die auf unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Standpunkten standen, eine Art Handel ein:

Lässt Du meine Formulierung an dieser Stelle zu, dann lasse ich auch Deine an jener Stelle zu.

In Wahrheit wurde damit aber nicht die Einheit erhalten, sondern eine nicht vorhandene Einheit nach außen hin vorgezeigt – ein Vorgehen, dass der Forderung Lenins nicht gerecht wurde, sondern sie missachtete: vorhandene Gegensätze in grundsätzlichen Fragen müssen ausgetragen und dürfen nicht verkleistert werden!

Diese Illusion ist lebensgefährlich für den Sozialismus, weil sie zur duldsamen Hinnahme einer Politik der freiwilligen Entwaffnung und schließlich der Selbstausslieferung an den Todfeind führen kann und tatsächlich ja auch geführt hat.

Die Verbreitung einer solchen Illusion auch in der kommunistischen Bewegung und in der Sowjetunion fand nach dem Ende des zweiten Weltkrieges einige günstige Bedingungen vor: Solche waren z.B.

1. Die Anti-Hitler-Koalition erleichterte Illusionen über eine Wandlung des Imperialismus und über das Verschwinden des antagonistischen Gegensatzes zwischen Imperialismus und Sozialismus.
2. Kriegsmüdigkeit, Friedenssehnsucht der Menschen
3. Die Existenz der Atomwaffen: das revisionistische Argument erschien jetzt besonders einleuchtend: der Frieden kann nicht gegen, sondern nur zusammen mit dem Imperialismus gesichert werden.

Zur Gründung der SED

Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und der KPD, 21./22.4.1946: Beschluß über die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Am 19. und 20. April 1946 haben der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands übereinstimmend die Vereinigung beider Arbeiterparteien beschlossen.

Beide Parteien treten daher am 21./22. April 1946 zu ihrem Vereinigungsparteitag in Berlin zusammen und beschließen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands konstituieren sich als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. (Einstimmig angenommen.)

Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Zwölf Jahre faschistischer Diktatur, sechs Jahre Hitlerkrieg schleuderten das deutsche Volk in die furchtbarste wirtschaftliche, politische und sittliche Katastrophe seiner Geschichte.

Deutschland wurde in ein Trümmerfeld verwandelt.

Der Hitlerfaschismus war das Herrschaftsinstrument der wildesten reaktionären und imperialistischen Teile des Finanzkapitals, der Herren der Rüstungskonzerne, der Großbanken und des Großgrundbesitzes.

Durch die Spaltung der Arbeiterklasse gelangte der Faschismus zur Macht. Mit grausamstem Terror vernichtete er alle demokratischen Rechte und Freiheiten und verwandelte Deutschland in ein Militärzuchthaus.

Damit war der Weg für eine ungehemmte imperialistische Kriegspolitik frei. Der deutsche Imperialismus opferte seinen Weltmachtsansprüchen bedenkenlos das Leben und die Existenz von Millionen Arbeitern, Bauern, Gewerbetreibenden, Geistesarbeitern und vor allem der Jugend, er setzte Existenz und Zukunft der Nation aufs Spiel.

Wo ist der Ausweg aus der Katastrophe?

Militarismus und imperialistische Gewalt- und Kriegspolitik haben Deutschland zweimal in das größte nationale Unglück gestürzt.

Die Sicherung des Friedens, der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und die Erhaltung der Einheit Deutschlands erfordern die Vernichtung der Überreste des Hitlerfaschismus und die Liquidierung des Militarismus und Imperialismus.

Niemals wieder darf die Reaktion zur Herrschaft gelangen!

Dazu ist die Einheit der Arbeiterbewegung und der Block aller antifaschistisch-demokratischen Parteien die wichtigste Voraussetzung.

Von allen Schichten des deutschen Volkes haben die Werktätigen das größte Leid, die größten Lasten getragen. Sie sind die große Mehrheit des Volkes. Auf ihren Schultern ruht in erster Linie die Last des Wiederaufbaus und der Wiedergutmachung.

Das schaffende Volk muß daher auch die Geschieke des neuen demokratischen Deutschlands bestimmen.

Die Arbeiterklasse wird alle demokratischen und fortschrittlichen Kreise des Volkes einen. Sie ist die konsequenteste demokratische Kraft und der entschiedenste Kämpfer gegen den Imperialismus. Sie ist die Kraft, die unser nationales Unglück überwinden wird.

Die Arbeiterklasse allein hat ein großes geschichtliches Ziel: den Sozialismus.

Ihr gehört daher im Bunde mit den Werktätigen die Zukunft.

Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit lehren, daß die Arbeiterklasse nur dann die Führung im Aufbau der neuen, freien, unteilbaren deutschen Republik haben wird und zur Umgestaltung der gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Beziehungen, zum Aufbau des Sozialismus nur schreiten kann, wenn sie die Spaltung in ihren eigenen Reihen überwindet, die Sozialistische Einheitspartei schafft und das ganze werktätige Volk um sich sammelt.

Die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands ist daher das unaufschiebbare Gebot der Stunde!

Von diesen Erwägungen ausgehend, wird die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auf dem Boden folgender Grundsätze und Ziele gebildet:

I. GEGENWARTSFORDERUNGEN

1. Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher. Beseitigung der Überreste des Hitlerregimes in Gesetzgebung und Verwaltung. Völlige Säuberung des gesamten öffentlichen Lebens, aller Ämter und Wirtschaftsleitungen von Faschisten und Reaktionären.
2. Beseitigung der kapitalistischen Monopole, Übergabe der Unternehmungen der Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.
3. Vernichtung des reaktionären Militarismus, Entmachtung der Großgrundbesitzer und Durchführung der demokratischen Bodenreform.
4. Ausbau der Selbstverwaltung auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen. Leitung aller öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft durch ehrliche Demokraten und bewährte Antifaschisten. Systematische Ausbildung befähigter Werktätiger als Beamte der Selbstverwaltungsorgane, als Lehrer, Volksrichter und Betriebsleiter unter besonderer Förderung der Frauen.
5. Überführung aller öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, der Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmungen, in die Hände der

Gemeinden, Provinzen und Länder oder der gesamtdeutschen Regierung. Zusammenfassung der wirtschaftlichen Unternehmungen in Wirtschaftskammern unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften und Genossenschaften. Stärkste Förderung des Genossenschaftswesens. Begrenzung der Unternehmerrgewinne und Schutz der Werkttätigen vor kapitalistischer Ausbeutung.

6. Aufbau der Wirtschaft und Sicherung der Währung auf Grund von Wirtschaftsplänen. Planmäßige Förderung der Bedarfsgütererzeugung in Industrie und Handwerk unter Einschaltung der Privatinitiative. Stärkste Intensivierung und Förderung der Landwirtschaft. Wiederaufbau der zerstörten Städte und beschleunigte Wiederherstellung des Transports und der Sicherheit des Verkehrs. Schaffung der Grundlagen zur Wiedereingliederung Deutschlands in den internationalen Warenaustausch durch Ausfuhr von Bedarfsgütern und Einfuhr fehlender Rohstoffe und Lebensmittel, auch mit Hilfe internationaler Warenkredite. Neuaufbau des Kreditwesens durch öffentliche Kreditinstitute.

Arbeitsbeschaffung für alle Werkttätigen. Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs der breiten Volksmassen an Nahrung, Kleidung, Wohnung und Heizung.

7. Demokratische Steuer-Reform. Vereinfachung des Steuerwesens durch straffe Zusammenfassung aller Steuerarten. Stärkere Berücksichtigung der sozialen Lage bei der Steuerbemessung. Die Reicheren sollen die größeren Kriegslasten tragen.

8. Sicherung der demokratischen Volksrechte. Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift unter Wahrung der Sicherheit des demokratischen Staates gegenüber reaktionären Anschlägen. Gesinnungs- und Religionsfreiheit. Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied von Rasse und Geschlecht. Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Leben und im Beruf. Staatlicher Schutz der Person. Demokratische Rechts- und Justizreform.

9. Sicherung des Koalitions-, Streik- und Tarifrechtes. Anerkennung der Betriebsräte als gesetzmäßige Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Gleichberechtigte Mitwirkung der Betriebsräte in allen Betriebs- und Produktionsfragen.

10. Achtstundentag als gesetzlicher Normalarbeitstag. Ausbau des gesetzlichen Arbeitsschutzes, besonders für Frauen und Jugendliche. Ausbau einer einheitlichen Sozialversicherung unter Einbeziehung aller Werkttätigen. Neuordnung der Sozialfürsorge, des Mutter-, Kinder- und Jugendschutzes. Besondere Fürsorge für die Opfer des Faschismus, Betreuung der Umsiedler und Heimkehrer.

11. Demokratische Reform des gesamten Bildungs - und Erziehungswesens. Aufbau der Einheitsschule. Erziehung der Jugend im Geiste einer fortschrittlichen

Demokratie, der Freundschaft unter den Völkern und einer wahren Humanität. Jeder Deutsche hat das Anrecht auf Bildung nach seinen Anlagen und Fähigkeiten. Trennung der Kirche von Staat und Schule. Kulturelle Erneuerung Deutschlands; Förderung von Literatur, Kunst und Wissenschaft.

12. Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik, Bildung einer Zentralregierung durch die antifaschistisch-demokratischen Parteien.

13. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung der durch das Hitlerregime den anderen Völkern zugefügten Schäden. Sicherung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstandards für das deutsche Volk im Sinne der Potsdamer Konferenz der drei Großmächte.

14. Schärfster Kampf gegen Rassenhetze und jedwede Hetze gegen andere Völker. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Nationen.

II. DER KAMPF UM DEN SOZIALISMUS

Mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen ist jedoch das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigt und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben, der Frieden nicht endgültig gesichert.

Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse die ausgebeutete und unterdrückte Klasse. Sie kann sich von Ausbeutung und Unterdrückung nur befreien, indem sie zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrückung befreit und die sozialistische Gesellschaft errichtet. Der Sozialismus sichert allen Nationen, allen Menschen die freie Ausübung ihrer Rechte und die Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Erst mit dem Sozialismus tritt die Menschheit in das Reich der Freiheit und des allgemeinen Wohlergehens ein.

Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft um diesen neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik.

Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerschlagung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.

III. DAS WESEN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Die geschichtliche Aufgabe der geeinten Arbeiterbewegung ist es, den Kampf der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes bewußt und einheitlich zu gestalten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat die Gegenwartsbestrebungen der Arbeiterklasse in die Richtung des Kampfes um den Sozialismus zu lenken, die Arbeiterklasse und das gesamte schaffende Volk bei der Erfüllung dieser ihrer historischen Mission zu führen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kann ihren Kampf nur erfolgreich führen, wenn sie die besten und fortgeschrittensten Kräfte der Werktätigen vereint und durch die Vertretung ihrer Interessen zur Partei des schaffenden Volkes wird.

Diese Kampforganisation beruht auf dem demokratischen Beschlußrecht ihrer Mitglieder, der demokratischen Wahl aller Parteileitungen und der Bindung

aller Mitglieder, Abgeordneten, Beauftragten und Leitungen der Partei an die demokratisch gefaßten Beschlüsse.

Die Interessen der Werktätigen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise gleich. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erklärt sich daher eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller Länder. Sie fühlt sich solidarisch mit den friedliebenden und demokratischen Völkern der ganzen Welt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft als unabhängige Partei in ihrem Lande für die wahren nationalen Interessen ihres Volkes. Als deutsche sozialistische Partei ist sie die fortschrittlichste und beste nationale Kraft, die mit aller Kraft, die mit aller Energie gegen alle partikularistischen Tendenzen für die wirtschaftliche, kulturelle und politische Einheit Deutschlands eintritt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird sich nach diesen Grundsetzen und Forderungen ein Programm geben, das vom Parteivorstand der Mitgliedschaft vorzulegen und vom nächsten ordentlichen Parteitag zu beschließen ist.

Die Einheit der sozialistischen Bewegung ist die beste Gewähr für die Einheit Deutschlands! Sie wird den Sieg des Sozialismus sichern! Der Sozialismus ist das Banner der Zukunft! In diesem Zeichen werden wir siegen!

Quelle: Protokoll des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) am 21. und 22. April 1946. Dietz Berlin 1946. S. 172-180

Willi Opitz: Brüder, in eins nun die Hände! - In Erinnerung an die Gründung der SED im April 1946

DDR-Kabinettt Bochum: Die für die deutsche Arbeiterbewegung historische Vereinigung von KPD und SPD im April 1946 in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) wird bis zum heutigen Tage durch den Begriff "Zwangvereinigung" diskreditiert. In Erinnerung an dieses Ereignis und zur Klarstellung der historischen Fakten dokumentieren wir Auszüge aus einem Referat von Prof. Dr. sc. Willi Opitz aus dem Jahr 2006:

Der Händedruck der beiden gleichberechtigten Vorsitzenden, der sich vereinigenden Arbeiterpartei der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, des Kommunisten, Wilhelm Pieck und des Sozialdemokraten, Otto Grotewohl wurde zum Symbol des Wirkens der Partei, die mehr als 40 Jahre deutsche Geschichte prägte.

Das, auch in den Archiven der SPD vorliegende Protokoll dieses Vereinigungsparteitages enthält folgende Aussage: Die 548 SPD- Delegierten - sie hatten das Mandat von 407.623 Mitgliedern sowie die 507 kommunistischen Delegierten - sie hatten das Mandat von 372.714 Mitgliedern stimmten der Vereinigung zu. Ich betone: 548 zu 507.

Dieser historische Akt, die Vereinigung von SPD und KPD, war und bleibt von herausragender Bedeutung für den schon bald einsetzenden revolutionären Prozeß, für die Schul- und Bodenreform, für die Enteignung der Monopolisten, für die Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher. Dieser Akt bildete das Fundament für die am 07. Oktober 1949 gegründete DDR, für die Festigung und den Ausbau der

antifaschistisch demokratischen Ordnung, für den Aufbau des Sozialismus im ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat.

Die Einheit der Arbeiterbewegung war auch und gerade das feste Fundament zur Umsetzung der Forderung „Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg“, für eine konsequente Friedenspolitik.

Besonders nach dem zeitweiligen Sieg der Konterrevolution, nach dem Untergang unserer DDR, gehörte und gehört die Schlammschlacht gegen die Vereinigung von SPD und KPD zum ideologischen Großangriff auf die SED, auf ihre Geschichte. Das erfolgte und erfolgt im krassen Widerspruch zur historischen Wahrheit.

An einigen historischen Fakten ist zu belegen, daß es sich um keine Zwangsvereinigung, sondern um einen freiwilligen, um einen demokratischen Akt der Vereinigung der beiden Parteien gehandelt hat.

Ich erinnere noch einmal an die Zahl der Delegierten des historischen Vereinigungsparteitages: **SPD = 548, KPD = 507.**

Ich werde anhand von Tatsachen, und unter Anführung namhafter Zeitzeugen nachweisen, wie der Vereinigungsprozeß ablief.

Ich verweise auch darauf, wie ihn die KPD, anknüpfend an die von Ernst Thälmann in seiner Rede vom 10. März 1932 im Sportpalast Berlin sowie auf der illegalen Tagung des ZK der KPD am 07. Februar 1933 in Ziegenhals aufgestellten Forderungen maßgeblich unterstützte und gestaltete.

Lassen wir zu Anfang den Dieter Itzerott zu Wort kommen, welcher im „RotFuchs“, April 2001 ein Gespräch mit dem Werner Bruschke wiedergab. Wer war Werner Bruschke?

1898 geboren - 1916 Mitglied der SPD. Seit 1931 Funktionär der SPD in Magdeburg. 1939 Verhaftung wegen angeblichen Hoch- und Landesverrat. Bis 1945 Häftling im Konzentrationslager der Nazis. Nach 1945 übte er leitende Funktionen in der SPD aus. 1946 Regierungspräsident des Bezirkes Magdeburg. Nach der Vereinigung von SPD und KPD war er, gemeinsam mit den Kommunisten Bernhard Koenen, Vorsitzender des Landesvorstandes der SED von Sachsen-Anhalt, Mitglied des ZK der SED und Abgeordneter der Volkskammer der DDR.

Ich zitiere: „...Nach der konterrevolutionären Liquidierung der DDR und der sie eröffnenden faktischen Zerschlagung der SED durch den Parteiputsch vom Dezember 1989 hatte ich intensive Gespräche mit dem von der SPD gekommenen Genossen Werner Bruschke, der gemeinsam mit dem späteren Landespartei sekretär Bernhard Koenen in Sachsen-Anhalt den Vereinigungsprozeß der beiden Parteien führend

gestaltete. Der schon damals hochbetagte und inzwischen verstorbene Chef der anhaltinischen Landesregierung unterstrich, daß er Wort für Wort zu dem steht, was er in seinem Buch „Für das Recht der Klasse - für die Macht der Arbeiter und Bauern“ zum Vereinigungsprozeß geschrieben hat. Genosse Brusckke verwies darauf, daß die Spaltung der Arbeiterbewegung von vielen Sozialdemokraten und Kommunisten immer als letztlich überwindbar betrachtet wurde. Eine Erkenntnis, die sich unter dem Erleben der Katastrophe von 1933 und den nachfolgenden Geschehnissen außerordentlich verschärfte. Der Einheitswille war 1945 so ausgeprägt wie nie zuvor und setzte sich elementar durch. Der Zwang der Lehren der Geschichte war der einzige Zwang, der bei diesem Prozeß ausgeübt wurde ...“

Wir, meine spätere Frau Sonja und ich, wurden Anfang 1946 Mitglieder der KPD. Wir haben in einer Reihe von Ortschaften des Kreises Merseburg den Vereinigungsprozeß miterlebt. Auch in diesen Gemeinden waren die SPD-Genossen zahlenmäßig stärker als die der KPD. Auf Vorschlag von SPD-Ortsvorständen fanden bereits vor der Vereinigung gemeinsame Versammlungen statt.

Der Vereinigung von SPD und KPD zur SED wurde in der Regel einstimmig zugestimmt.

Da bekanntlich die Wiederholung die Mutter der Weisheit ist, rufe ich nunmehr weitere und zwar zentrale Aktivitäten auf. Noch während der Kampfhandlungen in Berlin, als der nordöstliche Teil Berlins bereits von der Roten Armee besetzt war, schrieb Max Fechner in seiner Eigenschaft als Mitglied des 1933 eingesetzten illegalen Kampfausschusses der SPD am 28. April 1945 an Walter Ulbricht folgenden Brief: „Werter Genosse Ulbricht! Wie ich von einigen politischen Freunden hörte, bist Du wieder in der Heimat angekommen und hast sofort die politische Arbeit aufgenommen ... Ich hätte gerne mit Dir darüber gesprochen, wie es möglich wäre, endlich die so ersehnte Einheitsorganisation der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen. Meine politischen Freunde und ich stehen auf dem Standpunkt, daß bei der ersten Möglichkeit, sich wieder politisch betätigen zu können, über alle Vergangenheit hinweg, der neu zu beschreitende Weg ein gemeinsamer sein muß - zwischen der KPD und SPD. Ich möchte sagen, daß es bei Beginn der politischen Tätigkeit leichter sein wird, die Einheit zu schaffen, als wenn wir erst bei den Nachwirkungen der Kriegshandlungen angelangt sind. Ich würde mich freuen, bald mit Dir oder einem anderen Genossen von Euch dieses Fragengebiet besprechen zu können. Bitte gib mir eine Nachricht an meine Adresse: Berlin-Neukölln, Ziethenstraße 1-2.“

Ich werde später anhand von überprüfbaren Fakten darlegen, wie die Führer der SPD im Westen des Landes den Kampf gegen diese Wünsche nach Vereinigung führten.

Bevor ich weitere Aktivitäten der SPD und KPD aufrufe, um den demokratischen Prozeß der Vereinigung zu verdeutlichen, zunächst einige Angaben über diese Parteien von 1945/1946.

SPD:

11. Juni 1945 - Konstituierung des provisorischen Zentralaussschusses in Berlin. Er war verantwortlich für die Parteiarbeit in Berlin und Umgebung.

19. Juni 1945 - Bildung eines geschäftsführenden Vorstandes des Zentralaussschusses. Er entwickelte sich in der Folgezeit als provisorische Führung der SPD in der sowjetischen Zone. Otto Grotewohl und Max Fechner waren gleichberechtigte Vorsitzende. Anfang 1946 gehörten der SPD in der sowjetischen Zone 407.623 Mitglieder an.

Am 07. Juli 1945 erschien die Parteizeitung „Das Volk“ mit einer Auflage von 165.000 Exemplaren.

Am 05. und 06. Oktober 1945 kam es in Wenningen bei Hannover zwischen Kurt Schumacher und Vertretern des ostdeutschen Zentralaussschusses der SPD zu einer Vereinbarung, wonach der Zentralaussschuß in Berlin nur als Führung der SPD in der sowjetischen Zone anerkannt wurde. Schumacher wurde als politischer Beauftragter der SPD für die drei Westzonen bestätigt. Damit waren die Bemühungen des Berliner Zentralaussschusses zur Bildung einer gesamtdeutschen Parteiführung gescheitert. Es gab also keine Gesamtdeutsche Führung der SPD.

KPD:

Die KPD zeichnete sich durch einen hohen Organisationsgrad aus. Sie verfügte als einzige Partei über eine gesamtdeutsche Organisation. Den Charakter einer gesamtdeutschen Partei drückte auch die Durchführung einer Reichsberatung am 08. und 09. Januar 1946 und einer Reichskonferenz am 02. und 03. März 1946 in Berlin aus. Daran beteiligten sich Delegierte aus den Parteibezirken West. Otto Grotewohl und Max Fechner nahmen als Gäste teil.

1932/33 hatte die KPD 150.834 Mitglieder. Ende 1945 hatte die Partei in der sowjetischen Zone 372.714 und in den Westzonen 131.855 Mitglieder.

Am 13. Juni 1945 erschien die „Deutsche Volkszeitung“ als Zentralorgan der KPD mit einer Auflage von 400.000 Exemplaren.

Kehren wir zurück zu den Aktivitäten von KPD und SPD.

Es gilt festzustellen: In den Archiven ist eindeutig belegt, die Aktivitäten gingen sowohl von der Basis als auch von den Leitungen der beiden Parteien aus. Sie liefen

synchron. Sie erfaßten die Orts- und Kreisvorstände, die Landesvorstände von KPD und SPD.

Lassen wir noch einmal den Genossen Werner Brusckke, 1931 SPD-Mitglied, 1939-1945 KZ, 1946 Regierungspräsident Bezirk Magdeburg, mit Bernhard Koenen gemeinsamer Vorsitzender des Landesvorstands der SED, Mitglied der Volkskammer der DDR, zu Wort kommen: „Der Vereinigungsprozeß verlief von unten nach oben. Er stützte sich auf überwältigende Majoritäten, zum Teil sogar auf einmütige Voten, zuerst in getrennten Konferenzen und dann bei gemeinsamen Tagungen. Schumacher hatte in seinem antikommunistischen Sendungsbewußtsein fest angenommen, daß sich die alte SPD-Hochburg Magdeburg gegen die Vereinigung stellen würde. Er wurde indes bitter enttäuscht. Die dortige Mitgliederversammlung der SPD beschloß im Januar 1946 mit erdrückender Mehrheit diesen Schritt.“ (Interview „Die Rote Fahne“, April 2001)

Am 11. Juni 1945 wurde der Aufruf des ZK der KPD an das schaffende Volk in Stadt und Land beschlossen. (Schriftenreihe der KPD, Heft Nr. 108, Seite 11)

Am 15. Juni 1945 kam es zur Beschlußfassung über den „Aufruf des Zentralaussschusses der SPD“. Auch in „diesem Aufruf kam es zu einer Analyse der durch den Hitlerkrieg entstandenen Lage sowie der Herausarbeitung der Ursachen und Bedingungen für das Entstehen des Nazifaschismus. Es wurde die Bereitschaft bekundet mit allen gleichgesinnten Menschen und Parteien zusammenzuarbeiten, für Demokratie in Staat und Gemeinden, für Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 wurde wärmstens begrüßt und unterstützt.“ (Schriftenreihe der KPD, Heft Nr. 108, Seite 12)

Der Aufruf der KPD wurde am 19. Juni 1945 im Stadthaus Berlin öffentlich vorgestellt.

Am 17. Juni 1945 wurde der Aufruf der SPD in einer Funktionärsversammlung der Öffentlichkeit unterbreitet.

Otto Grotewohl führte in seiner Rede im Auftrag des Zentralaussschusses aus: „Darum wollen wir auch, daß niemals mehr die aus der Uneinigkeit der Arbeiterschaft entstandenen Fehler von 1918 wiederholt werden. In der Einheit liegt die große Kraftentfaltung der arbeitenden Bevölkerung und aller freiheitsliebenden Kreise. Wir sind darum bereit und entschlossen mit allen gleichgesinnten Menschen in politischen Parteien zusammenzuarbeiten. Ja, wir sind bereit, den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse zu führen.“

Am 19. Juni 1945 kam es zur Bildung eines zentralen Arbeitsausschusses von je fünf führenden Vertretern der KPD und SPD. Er billigte ein von der KPD vorgelegtes Aktionsprogramm, in dem unter Achtung der demokratischen Grundsätze wesentliche Fragen der gemeinsamen Tagespolitik, aber auch ideologische Probleme der Vorbereitung der Vereinigung beraten und festgelegt wurden.

Am 04. September 1945 vereinbarten das ZK der KPD und der Zentralausschuß der SPD die Durchführung gemeinsamer Funktionärs- und Mitgliederversammlungen zu Fragen der Bodenreform. Diese fanden in allen Ländern und Kreisen statt. Wirksame Aktivitäten gab es auch und gerade hier in Thüringen und das sowohl bezogen auf die KPD, als auch auf die SPD, gemeinsame Sitzungen, vorbereitende Maßnahmen zur Schaffung eines gemeinsamen Aktionsprogramms, Aufrufe an das werktätige Volk und vieles andere mehr.

Am 20. und 21. Dezember 1945 wurde eine weitere, eine sehr bedeutsame Phase der Einheit eingeleitet.

Es kam zur Durchführung einer gemeinsamen Konferenz des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD mit Vertretern der Landesvorstände und der Bezirksverbände beider Parteien im Parteihaus der SPD in Berlin.

Diese Konferenz erlangte eine wahrhaft historische Bedeutung. Es kam nicht nur zur Vertiefung der Aktionseinheit, sondern auch zur gemeinsamen Ausrichtung bei den bevorstehenden Gemeindewahlen. Es wurde auch eine volle Übereinstimmung in den Gewerkschaftsfragen erzielt. Es wurden Beschlüsse gefaßt, die eine neue Etappe der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung einleitete.

Hier einige Auszüge aus der EntschlieÙung: Unter Ziffer V wurde hervorgehoben, daÙ „die Erweiterung und Vertiefung der Aktionseinheit den Auftakt bilden sollte zur Verwirklichung der politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterbewegung, d. h. zur Verschmelzung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands zu einer einheitlichen Partei ... Die Konferenz hat zu ihrer Klärung eine Studienkommission gebildet, die sich aus je vier Genossen der beiden Parteien zusammensetzt.“ In der EntschlieÙung wird eindeutig zum Ausdruck gebracht: „Die baldige Verwirklichung der politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterbewegung ist eine dringende nationale Notwendigkeit: denn wie jede Zerklüftung in unseren Reihen die Aufspaltung Deutschlands begünstigen müÙte, so bedeutet jeder weitere Schritt zur Festigung der Arbeitereinheit die Stärkung der Einheit Deutschlands!“

Dieser EntschlieÙung stimmten neben den Vertretern des ZK der KPD und des Zentralausschusses der SPD, die Vertreter der beiden Parteien der Landesverbände

Sachsen, Mecklenburg und Thüringen, der Provinzial-Verbände Sachsen-Anhalt und Brandenburg, sowie die Vertreter der Bezirksverbände von Groß-Berlin zu.

Es kann und darf nicht verschwiegen werden, daß bestimmte Funktionäre der SPD, darunter zeitweilig auch Otto Grotewohl, sich an einem Reichsparteitag der SPD klammerten und auf Schumacher setzten.

Am 08. Februar 1946 erlosch während eines Treffens zwischen Otto Grotewohl und Schumacher in Braunschweig für die Mehrzahl dieser Funktionäre die letzte Hoffnung, mit Unterstützung der westzonalen SPD der Einheitsbewegung entgegenzutreten zu können.

Schumachers kategorische Auffassung, die SPD in der Ostzone aufzulösen, zerstörte den ohnehin engen Handlungsspielraum dieser Leute erheblich. Unter dem Eindruck der Landesvertreter Bruno Böttger - Sachsen-Anhalt, Otto Buchwitz - Sachsen, Heinrich Hoffmann - Thüringen und Carl Mollmann - Mecklenburg, die auf einer Beratung des Zentralausschusses am 10. und 11. Februar 1946 kategorisch erklärten, daß unabhängig von der Haltung des Zentralausschusses in den Ländern und Provinzen der sowjetischen Zone die Vereinigung in jedem Fall vollzogen werde, beschloß der Zentralausschuß, der Mitgliedschaft der SPD in der sowjetischen Zone die Einheit der beiden Arbeiterparteien zur Entschließung vorzulegen und einen Parteitag einzuberufen.

Damit war die Entscheidung für den Zusammenschluß mit der KPD gefallen.

Ein vom ZK der KPD und dem Zentralausschuß der SPD beschlossener Organisationsplan sah vor, die Vereinigung der beiden Parteien von unten nach oben also auf Kreis-, Bezirks- und Landesparteitagen vollziehen zu lassen.

In Realisierung dieses Beschlusses erfolgte die Konstituierung der SED auf Kreisebene und Bezirksebene im März 1946, in den Ländern am 6. und 7. April auf Landesparteitagen. Auf diesen wurden die Landesvorstände in paritätischer Zusammensetzung gewählt.

Ich hatte das große Glück am Vereinigungsparteitag Sachsen-Anhalts teilnehmen zu können. Der Held des Mitteldeutschen Aufstandes, der im Nationalkomitee bewährte Kommunist Werner Brusckke und der bereits erwähnte Sozialdemokrat, die ehemaligen kommunistischen Häftlinge der Konzentrationslager, die gegen das Franco-Regime gestandenen Kämpfer der internationalen Brigaden, Arbeiter und werktätige Bauern, die Aktivisten der ersten Stunde der Polizei und der demokratischen Verwaltungsorgane und Jungkommunisten lagen sich in den Armen, sangen „Wann wir schreiten, Seit an Seit ...“ und „Die Internationale“. Sie schämten sich ihrer Tränen nicht.

Am 21. und 22. April 1946 vollzog sich in Berlin die Vereinigung von SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Das war - und da wiederhole ich mich ganz bewußt - ein historischer Akt, ein historischer Parteitag.

Er wählte den Kommunisten Wilhelm Pieck und den Sozialdemokraten Otto Grotewohl zu gleichberechtigten Vorsitzenden der Partei. Wir erinnern uns noch alle an den berühmten Händedruck dieser beiden Genossen! Ich wies eingangs meiner Ausführungen darauf hin und komme am Schluß noch einmal darauf zurück.

Ich möchte an dieser Stelle auf eine weitere wesentliche Tatsache verweisen. Der Parteitag wählte einen Parteivorstand aus insgesamt 80 Mitgliedern, darunter 8 frühere SPD und 12 ehemalige KPD-Mitglieder, das ist die eine Feststellung. Die andere - und die betone und belege ich mit Nachdruck - lassen wir zum Abschluß dieses Teils meines Vortrages noch einen weiteren bedeutsamen Zeitzeugen zu Wort kommen, den früheren führenden Sozialdemokraten, das Mitglied des Polit-Büros und Vorsitzenden der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK), den Genossen Erich Mückenberger.

Er, der 85jährige, angeklagt in einem der zahlreichen politischen Prozesse, mit denen die Bonner Justiz versuchte, die Geschichte strafrechtlich zu korrigieren, wurde zur Person befragt. Er gab den Richtern und Staatsanwälten eine Nachhilfelektion im Fach Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Erich Mückenberger, der 1927 Mitglied der SPD wurde, erklärte: „Was heute als Zwangsvereinigung dargestellt wird, war für nicht wenige von uns, besonders schon ab 1933, notwendige Realität, um zu Überleben. In den Januar Tagen 1933 erlebte ich die beginnende Jagd, die wachsende Anzahl von Verhaftungen, die Prügel- und Folderszenen in SA-Kellern und SS-Quartieren. Dabei machte man keinen Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, Gewerkschaftlern und Arbeitersportlern. Solidarität wurde auch für mich immer mehr entscheidend bei der illegalen Arbeit bis 1945, ob im Arbeitslager, im KZ Sachsenburg, im Strafbataillon ...“ (Klaus Huhn, Zwangsvereinigung - Ostbüro der SPD, Spotles-Verlag 1996)

1945 unterstützte er als Sekretär des Unterbezirksvorstandes der SPD in Chemnitz die Schaffung der Einheit der Arbeiterbewegung. „Es galt nicht nur die materiellen Trümmer, sondern zugleich die geistigen und die vorhandene Lethargie zu beseitigen. Der Antifaschismus brauchte uns nicht verordnet zu werden. Die Einheit der Arbeiterbewegung war dringend geboten. Sie entsprach dem Willen von SPD- und KPD-Genossen ...“ (Klaus Huhn, Zwangsvereinigung – Ostbüro der SPD, Spotles-Verlag 1996)

Die Demagogie der Kolporteure des Zwangsvereinigungsgeredes wird auch darin deutlich, daß sie auch die Unwahrheit verbreiten, als ob es eine Einheitsbewegung nur

in der sowjetischen Zone gegeben hätte. Man unterschlägt ganz einfach den Willen für den Zusammenschluß von KPD und SPD in den drei westlichen Besatzungszonen und in Westberlin.

Obwohl die Parteien im Westen nur auf örtlicher Ebene zugelassen waren, stand die Einheitspartei auch dort auf der Tagesordnung. Es gab gemeinsame Arbeitsausschüsse und Kundgebungen unter Teilnahme von Hunderttausenden. In nicht wenigen Orten kam es spontan zu Parteigründungen.

Aus dem Protokoll des Vereinigungsparteitages von 1946 geht hervor, daß von den 548 SPD-Delegierten 107 und von den 507 kommunistischen Vertreten 130 aus dem Westen kamen. Und das, trotz der Rolle Schuhmachers und seiner Komplizen.

Einige Worte zur SPD in Berlin und darüber, wie die Schuhmacher-Clique, wie das Ostbüro der SPD die Vereinigung verhinderte, wie diese Agentenzentrale subversive Tätigkeit gegen uns betrieb.

Die Westberliner Sozialdemokraten gründeten am 7. April 1946 eine neue „unabhängige Landesorganisation“, der sich alle Westberliner Kreisorganisationen anschlossen. Dadurch verfügte der alte SPD-Bezirksvorstand und der Zentralausschuß in den Westbezirken über keine organisatorische Basis mehr.

Ein hauptsächlich von Ostberliner Delegierten beschickter SPD-Parteitag sprach sich am 13. April zwar für die Einheitspartei aus, der Beschluß blieb aber zunächst bedeutungslos, da die Bildung der SED in Berlin am Veto der Briten und Amerikaner in der Alliierten Kommandantur scheiterte.

Erst Ende Mai 1946 wurde die Einigung über die gleichzeitige Zulassung der SED innerhalb der Stadtgrenzen von Großberlin und der SPD auch in Ostberlin erzielt.

Die SPD existierte in Ostberlin legal bis zum 23. August 1961. Es muß mit aller Deutlichkeit darauf verwiesen werden, daß der Vereinigungsprozeß einem massiven Störfeuer durch die SPD-West, besonders durch die Schumacher-Clique ausgesetzt war.

Gemeinsam mit den imperialistischen Besatzungsmächten unternahmen sie alles um die Vereinigung zu verhindern. Sie fürchteten sie. All diese Machenschaften sind in den Archiven belegt. Sie werden aber verschwiegen. Warum wohl?

Lassen wir vorerst Prof. Wolfgang Triebel, der bis 1990 an der Humboldt-Uni zu Berlin tätig war, zu Wort kommen. Er erklärte in einem am 8. April 1995 im ND veröffentlichten Artikel: „Wer das Wort von der Zwangsvereinigung meint unbedingt verwenden zu müssen, muß der Ehrlichkeit wegen akzeptieren, daß es in den Westzonen eine zwangsweise Verhinderung der Einheit gegeben hat. Schumacher hat

allen SPD-Mitgliedern den Parteiausschluß angedroht, wenn sie an der Einheitsbewegung teilnehmen würden.“

Eine von den Zwangsvereinigungs-Propagandisten unterschlagene Tatsache wirft ein bezeichnetes Bild auf das „Büro Schumacher“, die Zentrale der Einheitsgegner. Es besaß keinerlei demokratische Legitimation.

Bis zum Parteitag der SPD im Mai 1946 verfügte diese Partei im Westen über keine gewählten Leitungsorgane. Als „übergeordnete Instanz“ fungierte Schumacher, der die West-SPD extrem zentralistisch formiert hatte und dessen Monopolstellung durch die britischen Militärorgane abgesichert wurde. Verschwiegen wird auch die subversive Tätigkeit einer Agentenzentrale, die sich „Ostbüro der SPD“ nannte. Sie hatte aktiv gegen die Schaffung und Entwicklung der SED gearbeitet.

Einige notwendige Aussagen über das Ostbüro der SPD, über diese Spionage-, Sabotage- und Diversionszentrale der deutschen Sozialdemokratie, und ich verbürge mich für die Richtigkeit der Aussagen. Ich habe in den 50er und Anfang der 60er Jahre mit inoffiziellen Kräften, mit wahren Patrioten, an der Aufklärung dieser Zentrale mitwirken können, darunter zwei aus dem Raum Gera-Ronneburg.

Um die gegen die Einheitsbestrebungen gerichteten Aktivitäten besser leiten, organisieren und koordinieren zu können, um den Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung wirksamer schädigen zu können wurde am 10. April 1946 beim Landesvorstand der SPD in Westberlin ein Ostbüro gebildet.

Es wurde kurze Zeit danach dem Ostbüro der SPD beim Parteivorstand der SPD in Hannover unterstellt. Beide Einrichtungen tarnten sich zunächst als „Flüchtlingsbetreuungsstelle Ost“.

Beim Ostbüro der SPD handelte es sich um eine Gründung des englischen Geheimdienstes in Kooperation mit dem amerikanischen Geheimdienst. Die Finanzierung erfolgte zunächst aus geheimdienstlichen Quellen, später zunehmend auch durch staatliche Förderung.

Der Vorsitzende der West-SPD, Schumacher, führte am 10. April - also vor der Vereinigung von SPD und KPD - auf einer Beratung der leitenden Funktionäre der Berliner SPD zu den Aufgaben dieser Zentrale aus: „Es hat sich die Notwendigkeit ergeben, daß wir in der SBZ eine weitverzweigte Organisation schaffen müssen, die streng zentralisiert sein muß. Diese muß ihre Mitglieder in allen Ortsgruppen von unten bis zu den Landesvorständen der SED haben. In allen Verwaltungen, Betrieben, Gewerkschaften und anderen Organisationen müssen von uns Leute vertreten sein. Wir müssen über alle politischen, ökonomischen, militärischen und kulturellen

Ereignisse in der sowjetischen Besatzungszone Nachrichten erhalten. Dieses Material wird den westlichen Besatzungsmächten übergeben.“

Der amerikanische Geheimdienststoffizier Sylver führte bei einem Bankett aus Anlaß der Bildung des Ostbüros der SPD im April 1946 in Berlin, im Beisein von Schumacher aus: „Die Funktionäre der SPD müssen die Ereignisse und Begebenheiten mit offenen Augen betrachten ... Sehr wichtig ist es für uns, die Standorte der sowjetischen Militäreinheiten und Behörden der SMAD-Truppengattungen und Stärke der Truppenteile zu erfahren sowie Feldpostnummern u. a. festzustellen. Dieses ganze Material muß von sehr zuverlässigen Funktionären gesammelt werden. Wir müssen über die Tätigkeit der Werke und Betriebe Nachrichten haben und wissen, was hergestellt und wohin die Produktion geliefert wird. Die finanzielle Frage dieser Organisation wird von uns geregelt werden.“

Es ist gerichtsnotorisch belegt und in den Archiven der BIRTHLER-Behörde befinden sich die Beweise: Es hat in der sowjetischen Zone und später in der DDR ein weitverzweigtes Netz von Agenturen gegeben, die mit Geheimtinte, Minikameras und anderen geheimdienstlichen Mitteln ausgerüstet waren. Diese sammelten Informationen aus allen Leitungsorganen der SED. Neben den subversiven Aufgabenstellungen zur Verhinderung der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung sowie zur Zersetzung der SED und der sich in der sowjetischen Zone und später in der DDR herausbildenden staatlichen Ordnung waren die Agenten angesetzt, zur politisch-ideologischen Zersetzungsarbeit im Rahmen der politisch ideologischen Diversion und der psychologischen Kriegsführung. Es kam zur Verbreitung von Hetzschriften, von Gerüchten und Falschmeldungen. Allein vom 08. März bis 06. Mai 1957 wurden über fünfeinhalb Millionen Flugblätter mittels Ballon und über die Agentennetze in der DDR vertrieben.

Die kriminellen Elemente dieser Zentrale betrieben Spionage auf militärischen, ökonomischen und politischen Gebiet. Sie beschafften Sitzungsberichte des ZK der SED, Details über den Aufbau und die Arbeitsweise der Volkspolizei. Sie erhielten von den britischen Streitkräften Ausforschungsaufträge zu Wirtschafts- und Militärfragen. Sie berichteten über Flugplätze, Kasernen und Militärtransporte, speziell der sowjetischen Streitkräfte in der DDR. Sie lieferten Charakteristiken von Staats- und Wirtschaftsfunktionären und sabotierten die Wirtschaft der DDR. Prozesse, die 1951/52 gegen Agenten des Ostbüros der SPD geführt wurden, bestätigen, daß diese zunehmend unter Handwerkern und Gewerbetreibenden aktiv wurden.

Es ist ebenso belegt, daß die Spionageberichte an die amerikanischen und englischen Geheimdienste, an den Bundesnachrichtendienst, den Verfassungsschutz sowie an das 14. Kommissariat der Bonner Polizei weitergegeben wurden.

In den Archiven ist ebenso belegt: Das Ostbüro der SPD befaßte sich mit der sogenannten Innenaufklärung, vor allem bezogen auf die Kommunistische Partei in Westdeutschland.

Es ist auch belegt: Das Ostbüro der SPD sammelte durch seine Agenten Informationen über drei Millionen DDR-Bürger. Und das ist kein Schreibfehler! Sie wollten „nach der Wiedervereinigung ein besseres Nürnberg ermöglichen.“ Der „Neue Vorwärts“ vom 23. September 1952 ließ verlauten: „Eine besondere Rolle im Widerstandskampf gegen das kommunistische Regime ist dem Ostbüro zugefallen.“ Es schreibt ihm aktive Unterstützung für die Widerstandsgruppen in den Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg und Brandenburg zu. „... Die Tätigkeit des Ostbüros wird von den politischen Richtlinien des Parteivorstandes bestimmt ... Erst wenn das kommunistische Regime gestürzt werden kann, erst dann wird sich das ganze Ausmaß des illegalen Widerstandskampfes der Sozialdemokratie in der Sowjetzone erweisen und bestätigen.“

Die in den Archiven der Birthler-Behörde lagernden Dokumente belegen, daß ca. 800 Agenten dieser Zentrale aufgespürt und von den Rechtspflegeorganen rechtskräftig verurteilt wurden. Und das waren eben keine „Andersdenkenden“. Das waren Kriminelle, die im Auftrag des Ostbüros Verbrechen begangen hatten wie es in einer Mitteilung des Presseamtes beim Ministerrat der DDR vom 21. Juni 1956 richtigerweise heißt.

Im Zuge einer Amnestie wurden im Mai/Juni 1956 zahlreich Verurteilte, darunter 691, die der westdeutschen Sozialdemokratie angehört haben, oder angaben, ihr anzugehören, aus der Haft entlassen.

Im Gegenzug forderte Walter Ulbricht im Auftrag der Regierung der DDR, daß die Tätigkeit des Ostbüros eingestellt werde. Das geschah aber erst im Januar 1971 und zwar im Ergebnis weiterer vom MfS geführter operativer und politischer Schläge und der durchgeführten Öffentlichkeitsarbeit.

Lassen wir noch den letzten Leiter des Ostbüros, Bärwald, zu Wort kommen: Er bemühte sich in einer 1991 veröffentlichten Schrift „Das Ostbüro 1946-1971 - Kampf und Niedergang“ dieser Agentenzentrale - Herbert Wehner hatte sie einst als „Agentenschuppen“ bezeichnet - vom Makel einer Agenten- und Spionagezentrale zu befreien. Er kam aber nicht umhin zu erklären: „Das Ostbüro der SPD hat wie mit anderen Stellen, mit Forschungsinstitutionen und dergleichen, auch mit Geheimdiensten des eigenen Landes, vor allem im Bereich der Informationsbeschaffung und des Informationsaustausches sowie der Auswertung zusammengearbeitet und auch an der Anfertigung von Analysen mitgewirkt. Auch

Geheimdienste der anderen NATO-Staaten unterhielten gute Beziehungen zum Ostbüro, dessen Archiv und dessen sachkundige und informative Expertise über die SBZ/DDR, über die Entwicklung des internationalen Kommunismus und über die kommunistische ‚Westarbeit‘ seit 1946 auch im Ausland sehr geschätzt war.“ Diese Archive sind immer noch verschlossen. Warum wohl?

Wer aber ernsthaft und objektiv sein will, daß die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die Geschichte des Vereinigungsprozesses von SPD und KPD zur SED aufgearbeitet wird, der muß dafür eintreten, daß auch diese Archive ohne wenn und aber der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, daß die gegen die DDR gerichteten konspirativen Machenschaften des Ostbüros der SPD öffentlich gemacht werden. (Quelle: DDR-Kabinetts-Bochum)

Unterstützungsunterschriften für die KPD

Redaktion offen-siv: An unsere Leserinnen und Leser in Thüringen

Wir dokumentieren den Aufruf der KPD für Unterstützungsunterschriften zur Teilnahme an den Landtagswahlen in Thüringen und die Wahlforderungen der KPD. Das bundesdeutsche Parteiengesetz sieht vor, dass Parteien in gewissen Abständen an Wahlen teilnehmen müssen, um ihren Parteistatus zu behalten. Zur Teilnahme an einer Wahl muss eine Partei, die in der abgelaufenen Wahlperiode nicht in dem zu wählenden parlamentarischen Gremium vertreten ist, eine bestimmte Anzahl von Unterstützungsunterschriften beim Wahlleiter vorlegen. Deshalb bittet die KPD um Unterstützungsunterschriften. Bedingung: der Hauptwohnsitz der Unterzeichnenden muss in Thüringen liegen.

Der Aufruf der KPD:

**Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Freunde und Sympathisanten!
Am 27. Oktober 2019 wird in Thüringen der Landtag gewählt.**

Wir wollen diese Wahl nutzen, um noch mehr für die gerechte Sache zu gewinnen. Die KPD muss noch mehr Menschen aus der Arbeiterklasse erreichen.

Dazu brauchen wir eure Unterstützung, denn um an der Wahl teilnehmen zu können, müssen wir Unterstützungsunterschriften sammeln und dem Landeswahlleiter vorlegen.

Wenn ihr in Thüringen wohnt, dann könnt ihr uns helfen mit eurer Unterstützungsunterschrift. Hier könnt ihr das Formular herunterladen: http://www.k-p-d-online.de/images/daten/dokumente/Unterstuetzungsunterschrift_Thueringen.pdf

Dieses müsst ihr ausdrucken und vollständig ausfüllen und an folgende Adresse schicken:

Kommunistische Partei Deutschlands
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Landtagswahl 2019 in Thüringen: Forderungen der Kommunistischen Partei Deutschlands, KPD

Ein grundlegender Wandel der gesellschaftlichen Zustände ist notwendig. Deswegen ist für uns der Sozialismus die einzige Perspektive. Wir werden mit allen fortschrittlichen und demokratischen Kräften für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Lohnabhängigen in Thüringen und Deutschland kämpfen.

Um zu zeigen, wofür die KPD steht, hat die Landesorganisation Thüringen folgende 20 Wahlforderungen aufgestellt.

- Einführung von Volksentscheiden in das Grundgesetz als höchsten Ausdruck der Demokratie
- Stärkung der Durchsetzung von Volksentscheiden in der Landesverfassung
- Pflicht zur Rechenschaftslegung am Ende einer Legislatur
- Recht auf Arbeit in die Landesverfassung, „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ins Grundgesetz
- Hebung der Löhne auf das Niveau der alten Bundesländer
- Sofortige Herstellung der Rentengleichheit
- Abschaffung von Hartz IV
- kostenlose Erziehung, Bildung und Sport
- sozialverträglicher Zugang und größere Förderung von Kunst und Kultur
- zweijähriges Erziehungsgeld und kostenfreie Kitas
- Verbot und konsequente Bekämpfung aller faschistischer Organisationen und Strukturen
- umfassende kostenlose medizinische Versorgung
- Stopp der Privatisierung von kommunalem Eigentum und Rekommunalisierung von ehemaligem öffentlichen Eigentum
- Ausbau eines an den Bedürfnissen der Bürger ausgerichteten öffentlichen Dienstes

- Schutz von Umwelt und Natur mit dem Volk, nicht dagegen (z. B. Abschaffung des Dieselfahrverbots, Verbot von Fracking)
- Verbot von genmanipuliertem Saatgut und Verbot des Einsatzes von Glyphosat
- Abschaffung aller durch Lobbyisten beeinflussten Gesetze und Vorschriften
- Verbot von geheimen Staatsverträgen (z.B. Kali+Salz)
- Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz
- Sofortige Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr
- kostenloser ÖPNV und Erhöhung der Taktfrequenz im ländlichen Raum sowie Erweiterung der Anbindung
- Schluss mit dem Mietwucher

Helft mit! Gebt uns eine Unterstützungsunterschrift!

In eigener Sache

Redaktion **offen-siv:** **Planung** **zweier**
Veröffentlichungsprojekte

Zwei Buchprojekte sind bei uns in der Planung.

Das ist zum einen eine zweite Auflage von „Unter Feuer. Die Konterrevolution in der DDR“. Das Buch ist vor 10 Jahren bei uns erschienen und inzwischen vergriffen. Wir haben in der Redaktionsnotiz zu Beginn dieses Heftes aus „Unter Feuer“ zitiert. Neben dem dort zitierten Hermann Leihkauf sind die weiteren Autoren des Buches Erich Buchholz, Dieter Itzerott, Kurt Gossweiler, Heinz Keßler, Klaus Eichner, Klaus Hesse und Hermann Jacobs. Wir arbeiten daran, eine zweite Auflage auf den Weg zu bringen, weil viele junge Genossinnen und Genossen danach fragen. Wir würden uns sehr freuen, wenn es möglich wäre, das Buch aus Anlass des 70. Jahrestages der Gründung der DDR in einer zweiten Auflage wieder zugänglich zu machen.

Zum zweiten planen wir zum 140. Geburtstag Stalins am 21. Dezember die Herausgabe einer ausführliche und vor allem weder antikommunistischen noch antistalinistischen Biographie Stalins von Gerhard Schnehen. Es werden knapp 500 Seiten werden. Wir können diese Herausgabe realisieren, weil ein Genosse eine außerordentlich großzügige Vorfinanzierung gibt, mit der die Druckkosten abgesichert sind. Natürlich kommen dann noch die weiteren Kosten wie ISBN-

Nummer, Verzeichnis lieferbarer Bücher, Porto und Verpackung sowie vor allem das Schalten von Anzeigen zur Bekanntmachung des Buches auf uns zu, aber wir sind optimistisch, diese Ausgaben (mit Eurer Hilfe) stemmen zu können.

Das Problem liegt halt immer bei den Finanzen. Deshalb unsere Bitte und unser Hinweis: Wer sich an der Finanzierung beteiligen möchte, spende bitte auf das unten genannte Konto, damit die Spenden projektgebunden zugeordnet werden können bitte mit Kennwort entweder „Unter Feuer“ oder „Stalin-Biographie“. Genauso helfen verbindliche Vorbestellungen, also Subskriptionen.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Absender: Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt

DIE WAFFE DER KRITIK HAT EIN MAGAZIN



JETZT ABONNIEREN! MELODIEUNDRHYTHMUS.COM/ABO